

d'Lëtzeburger **Land**

OR

Heimatkunde

Mit dieser Ausgabe eine 12-seitige Beilage *Recherche* zur Forschung und Lehre nicht nur in, sondern über Luxemburg

Looking for UBO

Avec cinq mois de retard, le Luxembourg introduit un registre des bénéficiaires effectifs. Le projet de loi semble dépassé avant même d'avoir été déposé

Tatkraft statt Trübsal

Damit die LSAP ihrer Talfahrt entkommt, braucht es viel mehr als Mut- und Muntermacher

Foto: Sven Becker

Unabhängige Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

#46 64. Jahrgang 17. November 2017



5 453000 174663



17046

4,00€

Tatkraft statt Trübsal



Sven Becker

Lieber lustvoll Sieger feiern, als zu den Losern gehören: LSAP-Meeting im Mamer Kulturzentrum

Ines Kurschat

„Wir haben die besten Minister, die besten Abgeordneten, die beste Partei“, rief Etienne Schneider, Vizepremier und LSAP-Wirtschaftsminister, den rund 250 Parteimitgliedern zu, die am Montagabend in den Mamer Kinneksbond gekommen waren. Der selbstbewusste Zuruf bildete den Schlusstakt eines landesweiten Meetings, das Schneiders rechte Hand, Staatssekretärin Francine Closener, initiiert hatte. Mit einem Mikrophon bewaffnet, hatte die ehemalige RTL-Journalistin sich auf alte Kompetenzen besonnen und durch einen Abend moderiert, der streckenweise an ein Motivationstraining erinnerte, bei dem nur die Einpeitschlieder fehlten.

Man hätte nachdenklichere Töne erwarten können: Nur noch zweite Partei bei den diesjährigen Gemeindewahlen, bei den Chamberwahlen 2013 knapp über 20 Prozent Zustimmung, bei den Europawahlen 2014 auf knapp über elf Prozent abgestürzt. Nicht zu vergessen die gemeinsame Klatsche für Blau-Rot-Grün beim Referendum 2015, als über das Wahlrecht für Ausländer abgestimmt wurde. Die LSAP befindet sich in einem Abwärtstrend, der, glaubt man neuesten Umfragen, Gefahr läuft, wie ein Schneeball an Fahrt zu gewinnen, zur Lawine zu werden und die Partei unter die 20-Prozent-Marke zu drücken. Auch in Deutschland hat die Schwesterpartei SPD bei den Bundestagswahlen trotz frenetisch gefeiertem Spitzenkandidaten Martin Schulz eine historische Niederlage kassiert. In Frankreich hat sich der PS nach der Präsidentschaft von François Hollande selbst zerlegt und droht, in die völlige Bedeutungslosigkeit zu versinken. Nur in Großbritannien hat mit Parteichef Jeremy Corbyn Labour bei den Wahlen mit 40 Prozent Stimmenanteil den zweiten Platz behaupten und so das beste Ergebnis seit 2005 einfahren können. Doch seine Position ist in der Partei stark umstritten, nicht zuletzt wegen seiner unentschlossenen Haltung in punkto Brexit.

In Mamer war der europaweite Niedergang kein Thema. Lieber feierte die LSAP vier Sieger der Gemeindewahlen. „Ich wollte Danke sagen allen denen, die sich für die Partei engagiert haben“, er-

Einige Erfolge täuschen nicht darüber hinweg, dass Frauen und Ausländer es schwer haben, in der Parteihierarchie aufzusteigen

klärt Francine Closener den Hintergedanken des Abends, den die Parteispitze später mit „Die LSAP schaut zuversichtlich nach vorn“ auf ihrer Internetseite resümieren wird. Außenminister Jean Asselborn erinnerte daran, dass Demokratie und Frieden keine Selbstverständlichkeit seien und forderte ... eine europäische Armee. Selbstverständlich zur Verteidigung. Vizepremier Etienne Schneider blieb im eigenen Land und zählte stolz die Erfolge der blau-rot-grünen Koalition auf: Trennung von Kirche und Staat, Sanierung der Staatsfinanzen, Neuausrichtung der Familienpolitik, Gemeindefinanzreform, Polizeireform, Steuerreform. Man brauche sich nicht verstecken, so sein unbeirrtes Fazit.

Beim Gemeindeforum, das ebenfalls am Montag, morgens, in Gasperich in Luxemburg-Stadt stattgefunden hatte, klang das noch anders: Da überwogen Frust und Sorgen der Kameradinnen und Kameraden um die politische Zukunft. Besonders die verlorene Führung in Esch, das enttäuschende Abschnitten in der Hauptstadt und im traditionell roten Süden setzen ihnen zu. Wie viele Weckrufe es denn noch brauche, bis die Parteileitung endlich echte Korrekturen vornehme, so eine verzweifelte Kritik. Man konnte sie auch an manchen Stehtischen und in den Gängen im Mamer Kulturzentrum hören.

„Ich hatte gedacht, wir würden hier über die Gründe für unser schlechtes Abschneiden reden“, sagte ein Parteimitglied aus dem Süden enttäuscht. Ein anderes begrüßte die Initiative: „Das ist mal was anders. Wir dürfen nicht immer alles madig machen, sondern müssen nach vorne schauen.“

In elf Monaten sind Chamberwahlen und wenn die Partei den Abstimmungskeller vermeiden will, muss sie liefern, das weiß Fraktionschef Alex Bodry und hat kurz vorm Mamer Treffen im Netz einen Meinungsbeitrag veröffentlicht. Unterm Titel *Die LSAP erneuern* mahnt er zu mehr Tempo und dazu, sich personell und organisatorisch weiter zu erneuern. Drei „neue“ Regierungsmitglieder (Francine Closener, Staatssekretärin für Tourismus; Dan Kersch, Innenminister; Lydia Mutsch, Gesundheitsministerin), sowie sechs Neuzugänge in der *Chamber* (Fränky Arndt, Taina Bofferding, Tess Burton, Yves Cruchten, Franz Fayot, Cécile Hemmen) seien nicht genug. Wenn in den nächsten Wochen die Kandidatenlisten für die Bezirke bestimmt werden, soll der Prozess fortgesetzt werden.

Einige haben sich empfohlen: die Gewinner der Gemeindewahlen, die in Mamer unter Applaus auf die Bühne gerufen wurden, darunter Manon Bei-Roller aus Dippach oder der neue Betzdorfer Bürgermeister Jean-François Wirtz. Marguy Kirsch-Hirtt aus Lorentzweiler war bereits 2013 kurz im Gespräch für die Landesliste gewesen, kam dann aber nicht zum Zuge. Und hier liegt ein Problem: Seit längerem murren Parteimitglieder, die seit Jahren brav lokal oder in den Unterorganisationen ihre Frau und ihren Mann stehen, aber auf Landesebene nicht durchdringen. So beispielsweise Ex-Jungsozialist Sammy Wagner, der bei den Gemeindewahlen in Steinfort Zweitgewählter wurde. Aber nicht nur er. Die LSAP ist eingezwängt in eine historisch gewachsene Struktur, die Alex Bodry als „rigide“ bezeichnet, die vor allem aber nicht mehr zeitgemäß ist. Die Jugend heute engagiert sich anders, sie bringt sich eher punktuell oder themenbezogen ein. Sie will raschen Erfolg und wenn der nicht kommt, zieht sie eben weiter.

Auch Quereinsteiger haben es schwer, in der traditionsbewussten Partei Fuß zu fassen, wenn sie nicht gerade wie Francine Closener zunächst im Windschatten eines Spitzenkandidaten segeln. Der klassische Weg zu Ämtern und Ehren ist immer noch, sich erst auf lokaler Ebene Sporen zu verdienen und dann langsam nach oben zu arbeiten, auch wenn Mars Di Bartolomeo in Mamer in hitziger Diskussion mit Journalisten darauf beharrt, dass die LSAP es auch so schaffe, sich personell zu erneuern.

Doch einige Durchbrüche können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Strukturen es nach wie vor Frauen und Nicht-Luxemburgern erschweren, in der innerparteilichen Hierarchieleiter hinaufzuklettern. Und daran sind nicht nur verstaubte *Pochen*-Kampagnen schuld, die vielleicht gutbürgerliche ältere Damen ansprechen, aber kaum die Jugend. Sitzt eine/r dann einigermaßen sicher im Sattel, sieht er oder sie es oft nicht gerne, von anderen überholt zu werden. Das ist kontraproduktiv, wenn es darum geht, neue Ideen und neue Gesichter in die Partei zu bekommen. „Wir brauchen mehr Diversität. Sie nur in den Unterorganisationen zu haben, reicht nicht. Sie muss in Partei und Fraktion besser sichtbar sein“, betont Francine Closener.

Die Statutenreform vom Frühjahr, die mehr Mitbestimmung der Parteibasis bringen soll, war allenfalls eine kleine Anpassung. Heiße Eisen, wie der Streit darüber, ob der/die Parteipräsidentin ein Amt in der Regierung bekleiden darf, wurden nicht angepackt, schwelen aber weiter. Die Basis mit ihren Unterorganisationen besteht traditionell auf eine strikte Trennung. Sie befürchtet, sonst an Einfluss und Ressourcen zu verlieren. Inhaltliche Impulse kommen eher aus den Reihen der Fraktion, denn von der Basis, respektive erstere setzt sich häufiger durch. Generalsekretär Yves Cruchten war als Juso-Vorsitzender noch strikt gegen die Verbindung von Regierungsamt und Parteivorstand, inzwischen kann er der Idee „etwas abgewinnen“. Denn mindestens ebenso alt sind die Klagen der Basis, nicht genügend mitzubekommen, was die eigenen Vertreter in der Regierung verzapfen, ein

Grund, warum vor allem Stimmen aus Fraktion und Regierung dafür sind, beide Ebenen stärker zu verschränken: So könnten Inhalte besser vermittelt und Kräfte gebündelt, der Spagat zwischen politischem Pragmatismus in der Regierung und programmatischen Prinzipien besser erklärt werden.

Der Wunsch nach mehr Wirk- und Durchschlagskraft ist aber nicht zuletzt auch der Wunsch, keine Energie mehr in kräftezehrenden Flügelkämpfen zu verlieren. Beim Fokus auf die Organisation, ausgedrückt etwa in der (schwierig zu finanzierenden) Idee eines Vollzeit-Generalmanagers oder einer Chefkordinatorin, geht es keineswegs nur um eine straffere Organisation der Arbeitsgruppen und einen direkteren Kommunikationsfluss. Auch wenn Generalsekretär Cruchten im *Land*-Gespräch betont, es gebe keinen Richtungsstreit in der Partei und Selbstkritik wäre „ur-sozialistisch“, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die LSAP seit einigen Jahren auf der Suche ist nach einer frischen Identität – und sie bislang nicht gefunden hat.

Inzwischen ist es um Globalisierungskritiker wie Nico Wennmacher still geworden, was auch daran liegt, dass das Thema in Brüssel und Washington derzeit auf Eis liegt. Aber die tiefsitzenden Zweifel an der eigenen Zukunftsfähigkeit und der „richtigen“ programmatischen Ausrichtung sind eben nicht ausgeräumt, da mag die Parteispitze sich und den Parteimitgliedern noch so sehr Mut und Zuversicht einreden. Das war nicht zuletzt in den Lokalen am 8. Oktober deutlich zu sehen, in denen Gemeindepolitiker wie Marc Angel in der Hauptstadt erst entgeistert, dann zunehmend verzweifelt das Ausmaß ihrer Niederlage zu verdauen versuchten. Franz Fayot, Ko-Autor eines Positionspapiers vor zwei Jahren und ebenfalls aus dem Zentrum, wünscht sich seit langem klarere, linkere Positionen, in der Frage der sozialen Gerechtigkeit etwa, ein Kernthema der Sozialdemokratie. Doch bisher hat sich die Parteileitung nicht dazu durchringen können, die Anhebung der Vermögens- oder die Idee einer direkten Erbschaftsteuer in ihren Forderungskatalog aufzunehmen.

Die LSAP will raus aus der Abwärtsspirale. Aber wie? Die Zeit bis zu den Parlamentswahlen 2018 ist knapp, die Ressourcen sind es auch



Kein offener Richtungsstreit, aber die Zweifel an der eigenen Zukunftsfähigkeit bleiben

Drängende Probleme, die während der Sommerakademien regelmäßig detektiert werden, wie die Wohnungsnot oder der Verlust von Lebensqualität, haben, außer zu einigen hektisch geschriebenen Artikeln oder populistischen Forderungen nach Enteignung (die man sich als Bürgermeister aber nie zutraute) kurz vorm Wahlabend, bisher nicht zu neuen Politikansätzen geführt.

„Wir haben viele Ideen, wir sind oft Stichwortgeber für Debatten. Vielleicht vermitteln wir sie nicht genügend“, überlegt Generalsekretär Yves Cruchten laut. Tatsächlich ist die Wachstumsdebatte und die Suche nach Alternativen zur klassischen Industrialisierungspolitik ein Kernanliegen der LSAP. Doch ist fraglich, ob futuristische Vorschläge, wie Rohstoffe im Weltall abzubauen, von der Basis goutiert werden: Wer am Montag genau hinschaute, konnte erkennen, dass immer dann, wenn Etienne Schneider aufzuzeigen versuchte, wie seine liberale Wirtschaftspolitik mit dem Erhalt des Wohlfahrtsstaates zusammenhängt, wenn Wörter wie „nachhaltig“ oder „Lebensqualität“ fielen, die Gesichter der Zuhörer unbeteiligt wirkten und der Beifall nachließ. Ein Vermittlungs- oder Kommunikationsproblem, wie die Parteileitung oft behauptet, oder doch eine tiefer liegende Skepsis gegenüber unorthodoxen Ideen?

Dass auf ur-sozialdemokratische Werte wie der sozialen Umverteilung zu setzen, keine Garantie für mehr Wählerzustimmung ist, hat sich nicht zuletzt bei den Bundestagswahlen in Deutschland gezeigt, wo SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz trotzdem eine Riesenschlappe einfuhr. Bodry ruft in seinem Schlusssatz auf: Sozialdemokraten (oder Sozialisten, wie sie in Luxemburg heißen) müssten ihre Werte auch leben. Nur wie glaubwürdig ist eine soziale Partei, die in Regierungsverantwortung als eine der ersten Amtshandlungen ein fragwürdiges Sparpaket durchdrückt und deren Wortführer gut situierte Anwälte oder Beamte sind, die sich um ihre Zukunft kaum Sorgen machen dürfen? Die gar nicht wissen, wie es sich anfühlt, bei Arbeitsplatzabbau und Flexibilisierung auf der Verliererseite zu stehen.

Let's make it happen, der Slogan zum Nation Branding, der aus dem LSAP-geführten Wirtschaftsministerium stammt, soll Elan und ein Bekenntnis zu Fortschritt und Modernisierung verbreiten, doch Optimismus verspüren viele LSAP-Mitglieder und potenzielle Wähler nicht. Sie haben längst durchschaut, dass Globalisierung und Flexibilisierung das Wohlstandsversprechen nur teilweise einlösen: weil immer mehr Jobs nach Übersee verlagert werden oder ganz wegfallen, weil in einem Haushalt beide Partner arbeiten gehen müssen, wenn ein Einkommen nicht mehr ausreicht, um sich ein Dach überm Kopf und ein gutes Leben zu leisten. Weil sie nicht zu den Glücklichen zählen, die beim Staat ein besseres Auskommen mit Arbeitsplatzgarantie oder von den Eltern Vermögen geerbt haben.

Zwar ist die Arbeitslosenquote zuletzt wieder gesunken, doch die Armutsrate stieg von 2015 auf 2016 erneut um 1,2 Punkte auf 19,2 Prozent und liegt bei den Kindern und Alleinerziehenden sogar deutlich darüber. Ein Skandal für das reiche Luxemburg. Das ausländerskeptische Votum beim Referendum hat deutlich gemacht, dass auch hierzulande sich viele

Wählerinnen und Wähler um Wohlstand und Privilegien sorgen und die Schuld an ihrer Verunsicherung und ihrem Unwohlsein lieber anderen zuschieben. „Wir müssen die Sorgen der Menschen ernst nehmen und uns deutlicher auf die Seite der Modernisierungsverlierer stellen“, fordert Tom Krieps, bisher für die LSAP im hauptstädtischen Gemeinderat.

Die Parteileitung hält mit einer notwendigen, komplexen und komplizierten Zukunftsdebatte dagegen, die auf Wachstum setzt – unter qualitativen statt quantitativen Vorzeichen –, die aber bislang Antworten schuldig geblieben ist, wie sie die Folgen, die mit dem anhaltenden, Landesgrenzen überschreitenden Fachkräftebedarf unweigerlich einhergehen, sozial- und umweltverträglich abfedern will. Automatisierung, Digitalisierung, Flexibilisierung bedeuten neue Dienstleistungen, vielleicht auch neue Arbeitsplätze; ganz gewiss gehen damit aber auch der Abbau und die Verlagerung von Arbeitsplätzen einher.

Es ist nicht so, dass der LSAP dies nicht bewusst ist. Die sozialistische Europaabgeordnete Mady Delvaux macht sich seit längerem Gedanken, welche arbeitsrechtlichen und ethischen Folgen Robotertechnologien und künstliche Intelligenz haben, und hat der EU-Kommission hierzu einen Bericht vorgelegt, für den sie im Ausland viel gelobt wurde. Aber ihre Überlegungen kommen hier nicht an, finden kaum Resonanz. Gleichzeitig hat die Partei es bis heute versäumt, Delvauxs einstiges Steckpferd, die Bildung, adäquat zu besetzen, obwohl das Ressort der Schlüssel ist, um auf die digitale Gesellschaft vorzubereiten und Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und individuellen Aufstieg. Claude Haagen vertritt die LSAP in Bildungssachen, hat aber mit dem Bürgermeisterstuhl in Diekirch, dem Abgeordnetenamt und dem Parteivorsitz alle Hände voll zu tun.

So kommt es, dass ein liberaler Bildungsminister unwidersprochen mit linken Leitsätzen wie „Chancengleichheit für alle“ und „sozialen Fahrstuhl“ hausieren geht, obwohl sein Verständnis von Bildungspolitik eher manageriell-bürokratisch denn pädagogisch geprägt ist. Und dessen Gestaltungswillen sich darin erschöpft, Schulen sich weitgehend selbst zu überlassen, noch mehr Zwischenstrukturen einzuziehen, während im Unterricht bei Schülern und Lehrern immer weniger ankommt. Dass die LSAP das Ressort, ebenso wie die Kultur oder die Finanzen, der DP überlassen hat, tadelte der ehemalige bildungspolitische Sprecher Ben Fayot in einem Interview vor zwei Jahren als „sich unter Wert“ zu verkaufen. Es ist schlimmer: ein Verrat eines sozialdemokratischen Kernanliegens sowie eigener politischer Errungenschaften. Am Versäumnis, talentierten Nachwuchs ins umfangreiche Dossier einzuarbeiten, sind Fayot und Delvaux indes nicht unschuldig; Interessenten dafür waren da.

Diese Lücken hat die Partei, allen Sommerakademien, Arbeitsgruppen und Leitfaden-Diskussionen zum Trotz, bis heute nicht geschlossen. Eine *Open-Source*-Plattform oder Arbeitsgruppen mit externen Experten, wie sie die Parteileitung für die kommenden Wochen angekündigt hat, können neue Impulse liefern, aber eine kohärente tragfähige, zukunftsweisende Bildungs- und Forschungspolitik, die den Modernisierungskurs unterfüttert, den die Partei

verfolgt, und dessen negative Auswirkungen positiv wendet, schüttelt man nicht einfach aus dem Ärmel.

Und so ist die Malaise der LSAP, um im Modernisierungs-Sprech der Zeit zu bleiben, mehrdimensional und multifaktoriell: Während insbesondere die Regierungsmitglieder und alteingesessenen Abgeordneten (wenn auch teils umstrittene) thematische Profile vorweisen können, tun sich die jüngeren damit schwer. Manche, wie Taina Boffe-

ring für die Forschung oder Franz Fayot in wohnungs- und steuerpolitischen Fragen, bemühen sich redlich, doch eine unverkennbare eigene Handschrift haben sie bisher nicht gefunden. Andere sind so sehr in die Führung des politischen Tagesgeschäfts auf Gemeindeebene eingespannt, dass sie kaum Kapazitäten für substanziellen programmatischen Input frei haben. Eine Chance für Seiteneinsteigerinnen und Neuzugänge – wenn sie und andere engagierte Mitglieder rangelassen

werden und ihre Beiträge wirklich Widerhall finden. Graue Eminenzen wie Mars Di Bartolomeo oder Jean Asselborn, die unbestritten große Verdienste haben, sind bei den Wählern beliebt und bleiben als Stimmenfänger in einem sehr auf Personen zugeschnittenen Wahlsystem unentbehrlich, zumal wenn es darum geht, ältere Wähler an die Partei zu binden. In den Augen der Jugend aber sind die Grünen und die Linken immer öfters die attraktivere Partei.



Banque de Luxembourg, société anonyme – 14, boulevard Royal – L-2449 Luxembourg – R.C.S. B5310 – HEANIGOS – Credit photo: Gettyimages – Photo: Fritz/Fredrick Cival

“Notre attention, la meilleure alliée de la gestion de votre patrimoine.”

Depuis 1920, notre métier est de protéger et de valoriser votre patrimoine dans la durée. Nous confier la gestion de vos avoirs, c'est bénéficier d'une stratégie d'investissement responsable qui privilégie la qualité aux effets de mode.

Être à la Banque de Luxembourg, c'est choisir une Maison attentionnée.
Contactez-nous au 48 14 14 ou sur www.banquedeluxembourg.com

- Conseil en investissements
- Gestion de portefeuille
- Optimisation de patrimoine
- Financement

BANQUE DE LUXEMBOURG

Wie glaubwürdig ist eine soziale Partei, die in Regierungsverantwortung ein fragwürdiges Sparpaket durchdrückt und deren Wortführer Anwälte oder Beamte sind, die sich um ihre Zukunft keine Sorgen machen?

Édito

Mär sinn houfreg

josée hansen

« Le succès a de nombreux pères, l'échec aucun, » dit-on, et la véracité de la citation apocryphe se laissa aisément vérifier vendredi dernier, 10 novembre, lors de la cérémonie d'attribution du titre de capitale européenne de la culture 2022 à Esch-sur-Alzette et à la région Sud. Voir le Premier ministre et ministre de la Culture Xavier Bettel (DP) embrasser l'ancienne bourgmestre socialiste d'Esch Véra Spautz, qui était, par sa fonction d'alors encore présidente de l'asbl organisatrice de cette année culturelle, est un de ces moments d'anthologie de tactique politique. Car les deux, ce n'est pas un secret, ne s'aiment guère.

Et bien que Xavier Bettel ait affirmé le soir même à *RTL Télé Lëtzebuerg* que son soutien affiché pour l'année culturelle eschoise durant une réunion avec le jury le matin même avait contribué à les convaincre de dire oui au projet, nombreux furent les *Minetter* à souhaiter un appui un peu plus clair de la capitale durant tout le processus de préparation du projet jusqu'à aujourd'hui. Mais cet aval bruxellois est aussi un peu la revanche des classes populaires du Sud sur les bourgeois de la ville, le « mär sinn Escher an houfreg drop » qu'on entendait ces derniers mois plus souvent qu'avant. Comme si la culture pouvait rendre à la région sa fierté d'avant la crise sidérurgique.

Pourtant, le gouffre économique et politique entre le Centre et le Sud du pays reste énorme, même si les choses ont changé, les communes traditionnellement socialistes le sont beaucoup moins depuis le 8 octobre – surtout Esch-sur-Alzette, qui a viré à droite avec la coalition CSV/DP/Verts. Il suffit de regarder l'index socio-économique réalisé par le Statec : à Esch-sur-Alzette, le revenu médian est de 2 660 euros (contre 4 795 à Weiler-la-Tour), le taux de chômage dépasse les treize pour cent, 8,7 pour cent des ménages sont monoparentaux et 7,9 pour cent recevaient le RMG en 2016. Pour Esch et sa région, le projet d'une année culturelle est un grand projet de transformation sociale, impliquant toutes les franges de la population dès 2018, alors que pour le gouvernement DP/LSAP/Verts, il s'agit tout au plus d'un peu de *nation branding* qui aide à faire oublier les *rulings* et autres *papers*. *Nice to have* mais pas forcément plus.

Dans un communiqué de presse sur Esch 2022, Tibor Navracsics, commissaire européen responsable entre autres de la culture, insiste que « le titre [de capitale européenne de la culture, ndlr.] peut apporter des bénéfices culturels, économiques et sociaux significatifs et à long terme ». La philosophie d'une forte implication de la population, d'une importante activité dans l'espace public et de partenariats européens dévelop-

pée par Janina Strötgen et Andreas Wagner s'est avérée être la bonne. (Même s'il était impensable que le jury n'investisse pas Esch-sur-Alzette et la région sud, comme c'était la seule candidature luxembourgeoise et que c'était au tour du grand-duché.)

Voilà donc le titre et les promesses, les actions concrètes doivent suivre désormais : le nouvelle majorité politique eschoise doit s'approprier cette année culturelle, y voir plus qu'un accélérateur pour le commerce et le tourisme, comme l'ont laissé entendre le nouveau maire Georges Mischo (CSV) et son échevin à la culture Pim Knaff (DP) dans leurs premières interviews. Et le ministère de la Culture, pour sa part, devra donner forme à cette « fierté » affichée par Xavier Bettel vendredi. Les quarante millions d'euros qu'il s'est engagé à réserver à l'organisation seront libérés dès 2018, commençant avec quatre millions, puis augmentant jusqu'à seize millions annuels en 2021. Mais qu'en est-il des infrastructures ? Les organisateurs d'Esch 2022 rêvent de récupérer la Salle des soufflantes à Belval, le grand hall industriel qui avait abrité e.a. *All we need* en 2007, comme quartier général. Or, on cherche en vain, même dans le budget pluriannuel, la moindre trace d'un budget de rénovation de l'infrastructure qui est désormais loin des normes de sécurité pour l'accueil de personnes.

Wenn Anfang Oktober Kammerwahlen gewesen wären, hätten die Regierungsparteien sieben Prozentpunkte im (holprigen) Vergleich zum gewichteten nationalen Durchschnitt von 2013 verloren. Die CSV hätte fünf Punkte gewonnen, meldete das *Tageblatt* diese Woche. Auch wenn die Stichprobe von 827 volljährigen Wahlberechtigten der erstmals bei Ifop gekauften Meinungsumfrage zu klein ist, um eine Mandatszahl nach Wahlbezirken zu berechnen, wird der seit Frühjahr 2014 bei Umfragen ununterbrochene Trend bestätigt, laut dem die aktuelle Koalition bei den Parlamentswahlen in einem Jahr ihre Mehrheit verlieren dürfte. rh.

Sven Becker



blog

Personalien

Personalien

Soziales

Politik

Soziales

Soziales

Lucien Welter



aus Munsbach, der sich selbst „bloß einen einfachen Bürger“ nannte, ist nach seinen „fifteen minutes of fame“ wieder der Vergessenheit anheimgefallen. Aber ein Jahr nach seiner Petition, mit der 14 702 Unterzeichner das Luxemburgische zur Amtssprache erheben wollten, verabschiedete die Regierung am Mittwoch den Entwurf einer Art *Loi Welter*. Mit dem Gesetz soll ein Kommissar und ein Zentrum zur Förderung der Luxemburger Sprache geschaffen und die liberale Koalition im Wahlkampf vor rechten Vorwürfen geschützt werden, es mangle ihr an Liebe zum Vaterland und zur Muttersprache. rh.

Guy Folschette,

Gemeindebeamter aus Leudelingen, hatte beim Verwaltungsgericht Einspruch dagegen erheben, dass er um zwei Stimmen den Einzug in den Gemeinderat verpasste, weil die Auszählung nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden und ein Beisitzender parteiisch gewesen sei. Doch das Gericht wies die Klage nun als unzulässig ab. rh.

Henri Kox,

Abgeordneter, nimmt sein Mandat als Erstgewählter der Grünen bei den Gemeindewahlen in Remich nicht an. In einer am letzten Tag seiner Amtszeit als Bürgermeister abgegebenen Erklärung begründet er seinen Verzicht nicht. Die Grünen hatten ein Drittel ihrer Stimmen und Kox sein Bürgermeistertum verloren, was er auf eine von dem Skandalblatt *Lëtzebuerg Privat* unterstützte Schmutzkampagne der Piratenpartei zurückführte. rh.

Claude Lamberty,



Abgeordneter, wurde am Mittwoch einstimmig vom *Comité directeur* der DP zum neuen Generalsekretär der Partei ernannt. Der freigestellte Lehrer am Lycée technique de Bonnevoie, Hesperinger Gemeinderat und ehemalige Präsident der Jungdemokraten, hatte 2013 den Wahlkampf der DP koordiniert. Er tritt die Nachfolge des nach nur zwei Jahren zurückgetretenen Marc Ruppert an. Bis ihn ein Parteitag im April nächsten Jahres statutengemäß wählen soll, übt Claude Lamberty das Amt kommissarisch aus. rh.

Basis ein Drittel Mindestlohn

Hochschulstudenten in Luxemburg, die weder über eine eigene Krankenversicherung verfügen, noch über Eltern oder Partner mitversichert sind, müssen sich bei der CNS selber versichern. Das stand schon 2010 im Gesundheitsreform-Gesetz, weil der damalige CSV-Finanzminister Luc Frieden nicht länger bereit war, den betreffenden Studenten – hauptsächlich „Drittstaatler“ an der Uni – die Versicherung aus der Staatskasse zu spendieren (*d'Land*, 12.08.2010). Die Studentenverbände bekamen davon erst Wind, als die neue Regel in Kraft war. Sie protestierten lautstark, denn da die Studenten den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberbeitrag zahlen sollten, wurden monatlich 5,6 Prozent auf einen unqualifizierten Mindestlohn fällig; beim damaligen Indexstand rund 96 Euro. Die Regierung gab nach und versprach Mitte 2011 eine „Lösung“. Sie besteht bis heute darin, dass die Uni die Beiträge vorschießt und später vom Staat zurückerhält. Jedenfalls für Drittstaats-Studenten unter 30; wer älter ist, muss selber zahlen. Tritt demnächst ein Gesetz in Kraft, das diverse Bestimmungen für die Sozialversicherung ändert und sich auch zur Studenten-Krankenversicherung äußert, müssen alle in Frage kommenden Studenten sich selber versichern. Ausnahmsweise aber wird nur ein Drittel Mindestlohn die Basis sein, so dass der Schutz bei der CNS beim heutigen Indexstand 37 statt 111 Euro kosten wird. pf

Rechenmaschine

Angeichts der bevorstehenden Einführung der Individualbesteuerung für Ehepaare und der neuen Besteuerung verheirateter Grenzpendler sei die Steuerverwaltung von Anfragen überschwemmt, wie sich die Besteuerung „à la carte“ auswirke, klagt die Staatsbeamtenkammer in ihrem Haushaltsgutachten. Sie plädiert für die Gleichbehandlung von Ortsansässigen und Grenzpendlern. Da auch die im Internet angebotene *Calculatrice fiscale* unvollständig sei, fragt sich die Berufskammer, ob das komplizierte System nicht bloß eine verkappte Bezuschussung von Steuerberatern darstellt. rh.

Mit Wohlwollen

Lange Zeit herrschte ein breiter Konsens, dass der Staat eigentlich nie genug investieren könne – bis in den vergangenen Monaten überraschend Stimmen laut wurden, die auch Einsparungen bei den öffentlichen Investitionen forderten. Das sieht die Handwerkskammer aber ganz anders. In ihrem Gutachten zum Staatshaushalt für nächstes Jahr begegnet sie der Investitionspolitik der Regierung „mit Wohlwollen“ und rät, lieber bei den Steuervergünstigungen für Privathaushalte, den Sozialausgaben und der Einstellung zusätzlicher Beamter zu sparen. Schließlich macht sie „keinen Hehl daraus, dass die Investitionen das Geschäft im Handwerk anregen“. rh.

Repräsentativbeschwerden

Der Ärzterverband AMMD hat sich beim Präsidenten der Abgeordneten-kammer über den parlamentarischen Gesundheitsausschuss beschwert. Der will ins neue Spitalgesetz schreiben, dass der Mustervertrag für die freiberuflichen Klinik-Belegärzte nicht von der AMMD mit dem Spitalverband FHL ausgehandelt werden soll, sondern von der Nationalen Konferenz der Klinik-Ärzteräte. Die aber sei nicht „repräsentativ“, nur die AMMD sei das. Außerdem seien die Ärzteräte in einer zu schwachen Position gegenüber den Klinikdirektionen. Ironischerweise aber hatte die AMMD im Frühjahr durch Lobbyarbeit gegenüber den Fraktionen und die Drohung mit einem Ärztestreik erreicht, dass die Medizineräte Sitz und Stimme in den Verwaltungsräten der Spitäler erhalten und sie damit sogar zu Chefs des Generaldirektors werden. Was die Nationale Konferenz der Ärzteräte (CNCM) tatsächlich stärkt, obwohl sie erst durch das neue Spitalgesetz eine legale Basis erhalten soll und bisher informell funktionierte. Sie war 2010 während der Auseinandersetzungen um die Gesundheitsreform ins Leben gerufen worden, weil es vielen Ärzten zu weit ging, dass die AMMD damals die Klinikdirektionen zum Feind der Mediziner stilisierte. Würde die CNCM mit der Zeit als Ansprechpartnerin immer wichtiger, könnte der AMMD Ungemach drohen. Ihr Hauptdaseinsgrund ist die Rolle, die sie bei der Gestaltung der Ärzte-Gebührenordnung spielt. Erhielte die CNCM eines Tages auch dazu Mitsprache, könnte unter der Ärzteschaft ein ernster Konflikt um die Repräsentativität ausbrechen. pf

Gratisrunde

Mit einer bei Ilres gekauften Meinungsumfrage unter 1 015 Erwachsenen ließ sich die DP bestätigen, dass ihre Familien- und Bildungspolitik „gut ankommt“, so Fraktionsvorsitzender Eugène Berger am Mittwoch. Dabei stellte die Partei alles ins Schaufenster, was sie kostenlos zu verteilen verspricht, und die Befragten fanden das überraschenderweise mehrheitlich „gut“ bis „sehr gut“: kostenlose Kinderbetreuung, kostenlose Schulbücher, kostenlose Ipad, aber auch höhere Elternurlaubsentschädigung und Steuererleichterungen für Eltern. Drei Viertel verlangten flexiblere Arbeitszeiten, größere Sprachenvielfalt in den Schulen, mehr Kinderbetreuungsplätze und längeren Elternurlaub. rh.

Fast drei Milliarden

Einstimmig hat der Vorstand der CNS am Mittwoch dem Budget 2018 für die Krankenversicherung zugestimmt. Es sieht Ausgaben von 2,9 Milliarden Euro vor; darunter mehrere neue. Zum Beispiel den familienbedingten Krankenurlaub, der von derzeit zwei Tage pro Kind und Jahr auf, je nach Alter des Kindes, fünf bis zwölf Tage angehoben werden soll. Oder 8,8 Millionen Euro für die Rückerstattung von Psychotherapie, für die nächstes Jahr „voraussichtlich“ eine Gebührenordnung vorliegen soll. 72 Millionen Euro werden die Kasse die aufgewerteten Karrieren des Pflegepersonals in den Spitälern und die Übernahme der Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst kosten. pf

Après la fin des haricots

Patrick Cahen

« Butter bei die Fische » : l'allocation de vie chère est une aide d'appoint qui permet de boucler les fins de mois

josée hansen

Réforme ? Non, Corinne Cahen (DP), la ministre de la Famille et de l'Intégration, ne veut pas vraiment parler de réforme. Vendredi dernier, le gouvernement en conseil a adopté le projet de règlement fixant l'allocation de vie chère (AVC) pour l'année 2018. Il prévoit d'adapter non pas la somme attribuée, mais le nombre de personnes éligibles pour recevoir cette aide annuelle unique. À partir de janvier, elle ne prendra plus en compte différentes allocations, notamment les allocations familiales, mais aussi celle de rentrée scolaire ou de naissance, dans le calcul du revenu global du ménage qui est pris comme base de la décision d'attribuer l'AVC ou pas. Les syndicats, notamment l'OGBL avaient, eux, demandé une augmentation de la somme attribuée, qui, parce qu'elle n'est pas indexée, aurait perdu jusqu'à seize pour cent de sa valeur. « Les syndicats demandent beaucoup de choses, ils voudraient aussi une sixième semaine de congé légal et une augmentation du salaire social minium, rétorque Corinne Cahen, mais ce ne sont pas les syndicats qui dictent notre politique. Nous voulons lutter concrètement contre la pauvreté infantine et le phénomène des *working poor*, sans passer avec l'arrosoir. Ceci est une mesure concrète qui aide ce public-cible ».

L'allocation de vie chère a été introduite en 1983, alors sous le nom d'« allocation de chauffage », après le choc pétrolier de la fin des années 1979, afin d'aider les personnes les plus vulnérables de chauffer malgré tout leur logement. Il fallait alors concrètement soumettre les factures du combustible pour toucher cette aide après coup. À l'époque, ils étaient quelque 3 000 à toucher cette aide, dans une récente publication *Econews* consacrée au sujet, la Chambre des salariés parle d'un « grand afflux ». Lors de la deuxième crise du pétrole, au début des années 2000, l'allocation est modifiée, passant à une aide annuelle qui peut être payée durant l'année budgétaire et plus forcément à la fin de l'année. Le nombre de bénéficiaires croît pour dépasser les 5 000. En 2005, le montant de l'allocation de chauffage est augmenté, le nombre de bénéficiaires double et en 2008, nouvelle réforme, elle devient l'allocation de vie chère et est désormais touchée par 17 000 personnes.

Du beurre dans les épinards Pensée comme une aide d'appoint pour les ménages les plus

pauvres, cette allocation devait permettre de payer les frais supplémentaires ayant trait, par exemple, au chauffage, à vêtir la famille etc. Elle doit être demandée chaque année auprès de la commune ou de l'office social local entre le 1^{er} janvier et le 30 septembre et est ensuite versée, dans le mois qui suit, par le Fonds national de solidarité. Un barème public sur le site du FNS permet de voir si un ménage peut toucher l'AVC ou pas : une personne seule par exemple ne doit pas toucher plus de 2 002 euros bruts mensuels pour avoir droit à une aide de 1 320 euros annuelle, un ménage de cinq personnes ne doit avoir à sa disposition que 4 805 euros mensuels pour toucher une fois une aide de 2 640 euros (somme maximale). Le poids de l'allocation varie entre 2,8 et 5,5 pour cent du revenu annuel brut, ce qui est non-négligeable. Les revenus maximaux de base sont tels que sont en principe éligibles aussi bien les personnes qui touchent le RMG ou un complément que les personnes seules qui travaillent au salaire social minimum pour non-qualifiés (1 998 euros par mois actuellement). C'est l'argument avancé par le gouvernement de ne pas simplement augmenter la somme du RMG, comme le propose Robert Urbé de la Caritas par exemple, ce qui, à ses yeux, rendrait son attribution beaucoup plus facile pour tout le monde, au lieu de devoir réitérer sa demande chaque année.

Patrick Bissener est administrateur du Fonds national de solidarité et connaît bien le dossier. Il sait que la plupart des demandes arrivent en début d'année, souvent dès janvier, et que les bénéficiaires touchent alors leur aide dès le mois suivant. Durant les mois qui suivent, il y a des versements de plusieurs milliers de ces aides par mois, avant que leur nombre ne chute aux alentours de l'été. Selon les estimations de son service, 18 572 allocations de vie chère auraient été versées cette année (le dernier délai pour demander l'aide ayant été fin septembre). Selon les calculs de l'IGSS (Inspection générale de la sécurité sociale) pour le compte du FNS, la modification de la base de calcul de l'aide décidée vendredi par le gouvernement concernerait 2 200 personnes, surtout donc des familles avec enfants, dont les allocations ne seront plus prises en compte pour ce calcul. Selon le rapport annuel du FNS, le fonds a versé 36 millions d'euros en guise d'allocation de vie chère en 2016, à 21 228 bénéficiaires.

Le gouvernement élargit le nombre de bénéficiaires de l'allocation de vie chère au lieu d'en augmenter la somme

« Ce ne sont pas les syndicats qui dictent notre politique. Nous voulons lutter concrètement contre la pauvreté infantine et le phénomène des *working poor*, sans passer avec l'arrosoir. Ceci est une mesure concrète qui aide ce public-cible. » Corinne Cahen

Problème de fond Or, même si l'allocation de vie chère est certes une aide d'appoint qui permet aux ménages de boucler les fins de mois, de payer les doudounes aux enfants pour passer l'hiver ou de remplacer enfin cet électroménager qui a rendu l'âme, la question essentielle est beaucoup plus fondamentale : comment enrayer plus durablement la paupérisation d'une frange de plus en plus importante de la population autochtone ? En octobre, le Statec a prouvé dans son rapport *Travail et cohésion sociale*, qu'en 2016, une personne sur cinq était en risque de pauvreté et d'exclusion sociale, taux qui serait de 44,5 pour cent sans transferts sociaux. Les populations les plus vulnérables sont les familles monoparentales, dont quarante pour cent sont en risque de pauvreté. Douze pour cent des personnes qui ont un emploi sont des *working poor*, donc qui travaillent et touchent un salaire, mais sont quand même en-dessous du risque de pauvreté. En plus, et malgré l'arrivée des *High-net-worth-individuals*

si prisee par le gouvernement, le salaire médian en-dessous duquel on est statistiquement en pauvreté a chuté à 1 689 euros par mois.

Pour Robert Urbé, porte-parole de la Caritas, cette augmentation du risque de pauvreté au Luxembourg est un phénomène inquiétant qu'il observe depuis le milieu des années 1990. « Sur-tout, dit-il, nous constatons que c'est un phénomène qui touche désormais aussi les ménages qui se situent dans ce qu'on appelle classiquement les classes moyennes. Comme si les conséquences de la crise impactaient désormais aussi les budgets des ménages du milieu de l'échelle des salaires. » Et les statistiques sur le risque de pauvreté ne considèrent que la partie des revenus, pas celle des dépenses des budgets, avec des loyers prohibitifs par exemple. « Nous voyons des familles dont plus de quarante pour cent du revenu initialement disponible vont dans les loyers... Et si le revenu initial était déjà très bas, c'est de l'argent qui manque tragiquement. »

BIL Business Owner

Développez votre entreprise et votre patrimoine privé en toute sérénité.

www.bil.com/businessowner

Vous avant tout

BIL
1856

BANQUE
INTERNATIONALE
À LUXEMBOURG

Die Grenzpendler sollen nicht mehr pendeln

Die Destillation der abstrakten Arbeit

Romain Hilgert

Vergangene Woche war Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) in Saarbrücken, um den luxemburgischen Honorarkonsul Leo Petry zu besuchen, treffenderweise ein ehemaliger Energie-Manager und SPD-Landtagsabgeordneter. Im Begleitprogramm wünschte sich der Minister nicht nur eine saarländisch-luxemburgische *Tatort*-Koproduktion, sondern warb auch für die neuste Idee, den grenzüberschreitenden Straßenverkehr zu verringern: indem die in Luxemburg beschäftigten Grenzpendler wenigstens einen Tag in der Woche zu Hause blieben und Heimarbeit für ihren Betrieb in Luxemburg leisteten.

„Das ist natürlich ein Steuerproblem, das ist eine Steuerfrage, die geklärt werden muss“, gab Etienne Schneider gegenüber dem *Saarländischen Rundfunk* zu bedenken. „Aber ich denke, wenn wir da eine Lösung finden würden, in der wir die Mitarbeiter in Luxemburg nach Luxemburger Recht besteuern würden und dann diese Steuereinnahmen für die Tage, wo halt Heimarbeit gemacht wird, aufteilen zwischen den Staaten, in diesem Fall dann Luxemburg und Saarland, dass man da wahrscheinlich viel mehr erreichen würde als mit diesen Milliardeninvestitionen, die wir im Moment in Straßenbau, in Schienenbau, in öffentlichen Personennahverkehr investieren.“

Es folgte die Idee, an den Grenzen Auffangparkings nicht nur für ihre Autos, sondern für die Grenzpendler selbst einzurichten, wie das Pilotprojekt der „espaces de co-travail frontaliers“ in Esch-Belval. Als nächste Etappe sollen solche Arbeitsstätten jenseits der Grenze verlegt werden, wie das für nächstes Jahr an der A31 bei Thionville geplante *S-Hub*. Dort sollen Grenzpendler arbeiten, die in ihrer Wohnung nicht genügend Platz haben oder deren Betrieb eine engere Aufsicht ausüben will.

Luxemburgische und französische Beamte sollen gemeinsam die Auswirkungen auf die Sozialversicherung, die Besteuerung und das Arbeitsrecht klären. Die Handelskammer arbeitet an einer Umfrage, um herauszufinden, ob die Betriebe an solchen Gewerbebezonen für Grenzpendler interessiert sind, wie sie organisiert sein müssten und wer sie bezahlen soll. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Gusty Graas (DP) betonte Arbeitsminister Nicolas Schmit (LSAP) schon vor anderthalb Monaten, dass es nicht in Frage komme, dass der Staat Unternehmen bezuschusse, die Büros für Grenzpendler im französischen Grenzgebiet bauten.

Der Rifkin-Bericht versucht solche Ideen als schöne neue Arbeitswelt schmackhaft zu ma-



Es folgte die Idee, an den Grenzen Auffangparkings nicht nur für ihre Autos, sondern für die Grenzpendler selbst einzurichten



Sparversuche bei der Sozialversicherung gingen nahtlos in die Darstellung der Grenzpendler als ökologische Bedrohung über

Der *Saarbrücker Zeitung* vertraute der Minister an, dass er seinen Vorschlag „in den kommenden Monaten in Paris, Brüssel und Berlin“ unterbreiten werde. Man wird dann sehen, ob die Nachbarländer die Luxemburger Steuer-Rulings auf ihre Kosten vergessen haben und bereit sein werden, einen Teil der Lohnsteuer ihrer auf ihrem Staatsgebiet arbeitenden Staatsbürger an Luxemburg abzutreten. Der Vorschlag, die Telearbeit einstweilen auf einen Tag pro Woche zu beschränken, entspricht der zulässigen Obergrenze für die Besteuerung französischer Grenzpendler.

Ganz neu ist Etienne Schneiders Idee nicht. Die vor einem Jahr veröffentlichte Rifkin-Studie rät zur Förderung der Telearbeit und schlägt deshalb vor: „1 day/week: no home to work trips (particularly important for Luxembourg commuters) leads to a potential reduction of traffic by 20%, which has a huge effect on traffic congestion and related negative externalities“ (S. 113).

Angesichts der Verkehrsstaus morgens und abends ist die Bestrebung unübersehbar, die Grenzpendler schrittweise erst aus den Städten und dann aus dem Land zu drängen. Den Anfang machten die Auffangparkings, mit denen dafür gesorgt werden sollte, dass die Grenzpendler wenigstens ihre Autos möglichst nahe der Grenze zurücklassen.

chen: „Develop co-working spaces in outskirt areas (close to borders as a first stage in Luxembourg to avoid current taxation and social protection barriers) and build adequate infrastructures that will allow for remote work, videoconferences, etc. (cf. the New World of Work). These new office spaces should be located near multimodal transports hubs for flexibility. Create a prototype in targeted areas with work spaces (from the municipalities or companies pooling) and subscription cards (per hour fees)“ (S. 113).

Der nächste Schritt soll nun die Einführung von Telearbeit sein, mit der die Grenzpendler das Staatsgebiet gar nicht mehr betreten und aus dem Ausland für Luxemburger Unternehmen arbeiten sollen, sei es in Niederlassungen Luxemburger Firmen jenseits der Grenze, sei es zu Hause. Allerdings erfuhr die Telearbeit bis heute nicht den fulminanten Aufschwung, der ihr prophezeit worden war. Viele Betriebe haben die Probleme entdeckt, die mit der effizienten Organisation der Arbeit verbunden sind, wenn ein Teil der Belegschaft zu Hause bleibt. Sie ziehen den Austausch und die Kontrolle vor, die Großraumbüros ermöglichen, weshalb die Lösung nun „co-working spaces“ im Grenzgebiet heißen soll. Firmen am Finanzplatz sorgen sich zudem um ihren Ruf bei der Kundschaft, wenn ihre Angestellten im Hoheitsgebiet der französischen oder deutschen Steuerfahnder vertrauliche Kundendaten bearbeiten.

Heim- und Telearbeit können aber nur eine Teillösung für die Verkehrsprobleme darstellen. Denn sie eignen sich nur für bestimmte Aufgaben der Büroarbeit, für Industriearbeit kommt sie kaum in Frage. Und für viele Fälle käme es die Unternehmen billiger zu stehen, die damit Beauftragten als selbstständige oder scheinselfständige Zulieferer zu bezahlen, als sie weiterhin als Angestellte mit Sozialleistungen, Überstundenvergütung und Kündigungsschutz zu beschäftigen. Für ihren Arbeitsplatz im „co-working space“ könnten sie dann sogar Stundenmiete zahlen.

Seit der Anteil der Grenzpendler an den Erwerbstätigen drastisch zugenommen hat, gibt es von vielen Seiten Versuche, sie zumindest symbolisch wieder auszugrenzen und sie materiell zu benachteiligen. Dazu wurden sie anfangs als Belastung für die Staatskasse dargestellt, weil sie ein Recht auf jene Sozialleistungen haben, für die sie Steuern und Beiträge zahlen. Der CSV-Abgeordnete Laurent Mosar (CSV) hatte die „Explosion“ der „Exportabilität“ von Sozialtransfers bereits Ende 2004 in seinem Bericht zum Haushaltsentwurf ein „beunruhigendes Phänomen“ genannt. 2009 warnte das Wahlprogramm der DP: „Export von Kindergeld ins nahe Ausland explodiert. Weit über 250 Millionen Euro müssen jährlich aufgrund europäischer Regelungen an Familienleistungen ins nahe Ausland überwiesen werden.“ Seither versuchen die wechselnden Regierungen, die Grenzpendler

mit *Chèques-services*, Studienbörsen und anderen Konstrukten zu beachteiligen.

Diese Rechnungen gingen nahtlos in die Darstellung der Grenzpendler als ökologische Bedrohung über. CSV-Premier Jean-Claude Juncker hatte am Rententisch Panik um den 700 000-Einwohnerstaat geschürt und so die Gründung der Bürgerinitiative *Wat fir eng Zukunft fir Lëtzebuerg?* durch den ehemaligen Haebicht-Bürgermeister Henri Hirsch provoziert. Diese Beamten und Selbstständigen aus den Randgemeinden der Hauptstadt machten vor allem die ausländischen Angestellten und Arbeiter für einen drohenden „Verkehrsinfarkt“ auf den Luxemburger Autobahnen und Nationalstraßen verantwortlich.

Die Europäische Kommission will nächstes Jahr auf Anraten ihrer *Ageing Working Group* die Bevölkerungsprognosen für das Jahr 2060 wieder unter die magische Grenze von einer Millionen senken, von 1,14 Millionen auf 992 924. Das Statoc veröffentlichte vergangene Woche neue *Projections macroéconomiques et démographiques de long terme: 2017-2060*, laut denen, je nach jährlichem Wirtschaftswachstum, in 43 Jahren zwischen 996 000 und 1 162 000 Leute in Luxemburg leben werden sowie zwischen 361 000 und 448 000 Grenzpendler arbeiten.

CSV-Spitzenkandidat Claude Wiseler ließ schon bei seinem Krönungskonvent Mitte Oktober vergangenen Jahres keinen Zweifel daran, dass der bevorstehende Wahlkampf ein malthusianistischer sein soll. Selbst wenn man sich noch nicht endgültig über die Bevölkerungszahl im fernen Jahr 2060 einig ist, ist schon sicher, dass sie schrecklich sein wird. Während der Rifkin-Debatte am gestrigen Donnerstag im Parlament forderte Claude Wiseler in einer teilweise textidentischen Wiederholung seiner Haushaltsrede vom 23. Dezember 2016, dass angesichts der Wachstumsprognosen „die Leute ihre Sorgen ausdrücken können“. Denn Leute, die Sorgen ausdrücken, wählen konservativ.

Eine Mischung aus Sozialneid, Naturschutz und Rassismus bietet die Grundlage für eine breite politische Koalition von rechten Nationalisten über moderne Rifkin-Liberale und Rentenmauern bis zu grünen Umweltschützern, um die eine Hälfte der Erwerbstätigen gegen die andere auszuspielen. Die CSV steht schon bereit, um an der Spitze diese Koalition in den Wahlkampf nächstes Jahr zu ziehen. Claude Wiseler berief sich deshalb am Donnerstag auf das Mouvement écologique, das fragte, was „wir bereit sind, aufzugeben, um unser Ziel“, weniger Bevölkerungs- und Beschäftigungswachstum, zu erreichen.

Vor zwei Jahren hatte Außenminister Jean Asselborn (LSAP) in einer deutschen Fernseh-Talkshow über Steueroasen geschertzt: „Als kleines Land haben wir keinen Platz für so viele Häuser, deshalb haben wir so viele Briefkästen.“ Wie so oft, war die Metapher klüger als der Dichter.

Was Herr Asselborn sagen wollte: Arbeit hat einen Doppelcharakter, durch den konkret ein Stuhl oder ein Brot und abstrakt ein Wert geschaffen wird. „Wir“ wollen die beiden Funktionen trennen, wollen, dass die konkrete Arbeit in italienischen Fabriken, in indonesischen Bergwerken, in amerikanischen Versandhandelslagern, bald in saarländischen Wohnungen oder in lothingischen „co-working spaces“ und künftig auf fernen Asteroiden geleistet wird, und nur die abstrakte Arbeit ins Land gelassen wird, mittels winziger Mehrwertanteile in Form von fremden Steuern und Konzessionsabgaben – und bald vielleicht mittels Telearbeit. Zur Nachhaltigkeit des neuen Luxemburger Modells gehört, von der abstrakten Arbeit der Grenzpendler zu zehren und ihre konkrete Arbeit abzulehnen. Weil die konkrete Arbeit für Jean Asselborns kleines Land zu groß, zu laut, zu schmutzig, zu teuer und zu aufrührerisch ist, soll sie im Ausland bleiben, während ein komplexes Röhrensystem von Gesetzen, Abkommen und Zirkularen die abstrakte Arbeit chemisch rein destilliert wie kaum jemals zuvor in der Geschichte und dann nach Luxemburg leitet.

Eine Mischung aus Sozialneid, Naturschutz und Rassismus fördert eine politische Koalition von rechten Nationalisten über moderne Rifkin-Liberale und Rentenmauern bis zu grünen Umweltschützern, um die eine Hälfte der Erwerbstätigen gegen die andere auszuspielen

Brexit-Verhandlungen

Mit dem Rücken zur Wand

Martin Theobald, Berlin

Es ist eigentlich alles schon gesagt. Großbritannien will in etwa 16 Monaten die Europäische Union verlassen. Diese Entscheidung steht seit 17 Monaten fest. Zeit genug, um das Land in eine tiefe Krise zu stürzen und die Union in einen Prozess der Selbstfindung zu schicken. Mit dem Ergebnis, dass London noch immer nicht weiß, was es eigentlich will; Brüssel hingegen hat sich längstens mit der Scheidung abgefunden. Dass es für London keinen Exit vom Brexit geben wird, ist sowohl der britischen Premierministerin und Tory-Chefin Theresa May als auch Labour-Boss Jeremy Corbyn, wichtigster Oppositionsführer im britischen Unterhaus, ins politische Poesiealbum geschrieben. Doch beiden Politikern ist auch bewusst, dass die verbleibende Zeit kaum für einen Scheidungsvertrag reichen wird, denn für einen Interimskontrakt oder gar für ein Freihandelsabkommen.

Den Briten ist bislang nicht einmal klar, welchen Brexit sie überhaupt möchten: einen harten Schnitt mit Austritt aus der Zollunion und dem Binnenmarkt der EU oder einen weichen Rückzug aus den politischen Institutionen, bei dem Großbritannien für den Zugang zum europäischen Freihandelsraum zahlen und auch Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus der EU akzeptieren muss. Theresa May wagt es nicht einmal Andeutungen zu machen, welche Scheidungsvariante sie favorisiert, so sehr steht sie politisch unter Druck – und dann ist das Hemd näher denn die Hose, oder das eigene politische Überleben wichtiger als die Zukunft des Landes.

In Brüssel ist man gelassener. Der Brexit ist ein Faktum. Nun gilt es schnellstmöglich einen Deal auszuhandeln, der andere Staaten vom Nachahmen abhalten soll. Michel Barnier, Chefverhandler der Union, hat den Briten jetzt eine Frist von zwei Wochen gesetzt, um Schwung in die Scheidung zu bekommen.

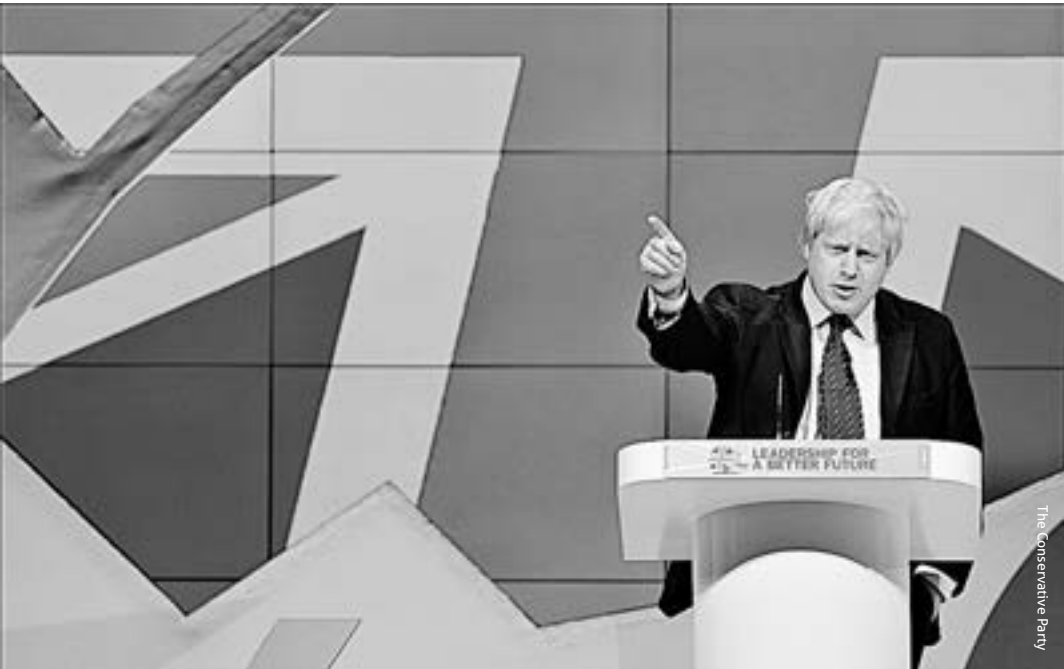
Der interne Machtkampf und die chaotische Verhandlungsführung bei den Tories hilft derzeit vor allen Dingen dem Labour-Chef

In dieser Zeit soll London drei Eröffnungsfragen konkretisieren: die Grenzfrage zwischen Nordirland und der Republik Irland, die künftigen Rechte von EU-Bürgern sowie die Kosten der Scheidung. Bewegen sich die Briten nicht, dann wird die EU beim Gipfel im Dezember kein grünes Licht für den Beginn der zweiten Phase der Trennung geben. Dann wird es richtig knapp: Verhandeln beide Seiten ab Januar nicht über die zukünftigen Handelsbeziehungen und über das Übergangsabkommen, dann wird es eng mit dem Austrittsdatum Ende März 2019. Schließlich müssen die Parlamente auf beiden Seiten des Kanals dem Scheidungsdokument zuvor zustimmen, damit die Trennung gültig werden wird.

Klar ist auch, dass alle Experten dieses Drama haben kommen sehen. Etwa britische Sachverständige: Sie warnten ihre Regierung davor, den Artikel 50 auszulösen, der bloß eine Frist von zwei Jahren vorsieht. Denn nach 44 Jahren Mitgliedschaft ist das britische Recht so eng mit dem europäischen

verwoben, dass es eines Kraftakts bedarf, die Gesetzesbücher umzuschreiben. Anfang der Woche schließlich diskutierte das Unterhaus über einen Entwurf eines Austrittsgesetzes, nach dem zunächst alle EU-Gesetze ins britische Recht überführt werden soll, anschließend dann jedes einzelne darauf untersucht werden soll, ob es für die Zeit nach dem Brexit Bestand haben kann, abgeändert werden muss oder verworfen werden soll. Hundert Änderungsanträge wurden eingebracht, um den Brexit in die ein oder andere Richtung zu lenken. Am Ende des Tages versprach David Davis, Londoner Brexit-Minister, dass das Scheidungsabkommen an sich im Unterhaus zur Abstimmung gestellt werden wird. Ein Zugeständnis an die Kritiker von May, die nur über eine knappe Mehrheit im Parlament verfügt. Die Debatte und die Abstimmungsprozedur um das Austrittsgesetz werden sich wohl bis Weihnachten hinziehen.

Was aber geschieht, wenn das Parlament in London den letztendlich ausgehandelten Brexit-Deal durchfallen lässt? Darf das Unterhaus dann über dieses „No-Deal“-Szenario abstimmen, falls die Regierung kein Abkommen hinkommt? Viele proeuropäische Parlamentarier in London befürchten, dass die Regierung May genau darauf abzielt, ohne Abkommen aus der EU auszutreten. Dem rechten Flügel der Tories käme dieses Szenario gerade recht, denn es bedeutete auch, dass London die Abschlussrechnung der EU nicht zahlen müsse. Außenminister Boris Johnson hatte bereits zu Protokoll gegeben, dass „sich die EU eine hohe Abschlagszahlung abschminken kann“. Der Sprung ins tiefe, vertragslose Wasser hätte allerdings schwerwiegende Folgen: Briten in der EU wären nicht mehr abgesichert, britische Pensionäre in der EU verlören ihre Altersvorsorge, Hilfsprogramme der EU in Großbritannien stellten sofort ihre Arbeit und ihre Zahlungen ein, Nordirland



Boris Johnson gilt als vehementer Brexit-Befürworter

würde sicherlich in politischen Chaos versinken, Abkommen über Flugsicherheit, Medikamentenkontrolle, Fischereirechte hinfällig – die Liste ist unendlich lang. Alles ohne Recht und Ordnung. Besonders gravierend ist dabei, dass Brüssel London kein Handelsabkommen zu besonders günstigen Konditionen gewähren wird, was für die britische Wirtschaft schlimmer ist, als für den EU-Binnenmarkt.

Bei dieser Rosenkriegsliste ist es eine Frage, warum Boris Johnson und Umweltminister Michael Gove als vehemente Brexit-Befürworter, das Land überhaupt über die Klippe springen lassen wollen. Verhandlungsmasche, um einen möglichst guten Vertrag aushandeln zu können? Oder ist es doch

nur die eigene, persönliche Agenda, um möglichst schnell in Downing Street No. 10 einziehen zu dürfen? Der interne Machtkampf und die chaotische Verhandlungsführung bei den Tories hilft derzeit vor allen Dingen Labour-Chef Corbyn. Bei Neuwahlen könnte er gewinnen und einen sanften Brexit aushandeln, so dann seine Utopie vom pragmatischem Sozialismus auf der britischen Insel umsetzen. Dies mag Johnson und Gove noch davon abhalten, Premierministerin May und ihren moderaten Schatzkanzler Philip Hammond abzulösen. Noch. May wird in diesen Tagen oft mit dem früheren Premier John Major verglichen. Von ihm hieß es seinerzeit, dass er zwar im Amt sei, nicht aber an der Macht. Dennoch regierte er über fünf Jahre.

Les néo-nazis marchent en Pologne

Le nous et le eux

Karolina Markiewicz

Penser la démocratie comme un acquis est un leurre. On s’imagine depuis l’élection de Trump, président des États-Unis, que la pensée nationaliste s’est décomplexée. C’est assez juste. Un regard sur la Pologne qui est une nation au passé douloureux, elle n’a pas existé pendant 123 ans, c’est un fait et un complexe. Le gouvernement actuel, ultra-conservateur, de droit et de justice (PiS) en joue. Sous prétexte de vouloir réformer et se renforcer, il efface toutes les traces du passé le plus récent, le communisme ou l’implication de la Pologne dans l’Holocauste, mais surtout il efface le développement démocratique. En deux ans, la société civile est scindée en deux : nous et eux.

Samedi dernier, lors du 99^e anniversaire de l’indépendance, on a assisté à un spectacle effarant : la marche pour l’indépendance. Depuis 2009, d’année en année, aux conservateurs raisonnables se sont joints les populistes hypnotisés par les médias ultra-catholiques, tels que *Radio Maryja*, mais samedi dernier sont apparus des extrémistes aux feux de bengale et aux bannières qui laissaient apparaître les idées les plus nauséabondes: « Pologne pure, Pologne blanche », « Dégagez avec vos réfugiés », « Prions pour un Holocauste islamique », « Nettoyer la société de la juiverie », sous le mot d’ordre évident « Nous voulons Dieu ». Ce furent 60 000 personnes. C’est peu au regard des 39 millions de Polonais. Et puis, il y avait des Hongrois, des Italiens, des Britanniques, des Allemands. Les mouvances populistes d’extrême droite se sont décomplexées partout, c’est établi. Elles sont même rentrées dans le Bundestag. Elles siègent au

Parlement européen, morcelées, souvent en large désaccord entre elles, mais elles y sont et depuis un moment déjà.

Mais ce n’est pas une excuse. La Pologne est au bord de l’abîme démocratique, les membres de mêmes familles s’engueulent pour savoir s’il faut oui ou non faire une purge totale de ce qui reste du passé, celui qui prétendument se servait dans les caisses de l’État, qui profitait pendant que les autres trimaient et surtout celui qui a tué le frère jumeau de Lech Kaczynski dans la catastrophe de l’avion présidentiel à Smoleńsk en 2010. Il y a de nombreux raccourcis. Kaczynski, président du PiS le voit présentement comme ça, il le hurle devant le Parlement polonais. Le gouvernement le suit et agit en conséquence : on démantèle tout ce qui existe de ce passé et par la même occasion la démocratie. On crée une nouvelle narration, on contrôle un maximum de médias, la culture, on efface Lech Wałęsa complètement des livres d’histoire, on retrouve des documents compromettants pour prouver que les héros d’antan n’ont été qu’apparechiks, on offre 500 zł par tête d’enfant pour contenter et puis on démantèle le Tribunal Constitutionnel.

L’UE est dépassée, elle ne réagit qu’à distance, avec un président du Conseil Polonais, Donald Tusk, répugné par le gouvernement. L’UE menace, mais face aux multiples monstres qui ont fait leur apparition, sur son territoire qu’elle dit de liberté, de solidarité, elle a la nausée. Et depuis Viktor Orbán en Hongrie, les monstres restent. Depuis

Si le gouvernement polonais dit vouloir rétablir la justice, nettoyer les débris de corruption communiste, il veut avant tout imposer sa vision du monde

fin 2015, l’État de droit en Pologne a été fortement bousculé, le Tribunal constitutionnel a été réaménagé à la manière du PiS.

Étonnement, le président Andrzej Duda (PiS) a condamné la manifestation du 11 novembre dernier : trop nationaliste. Il a prévenu que le racisme et l’anti-sémitisme, tout comme un nationalisme exacerbé n’ont aucune place et que la Pologne reste un pays où chacun, indépendamment de sa nationalité et de la couleur de sa peau peut vivre et travailler. Ces derniers mois, Duda s’est opposé à quelques reprises à son parti, notamment en posant son double veto pour la réforme du Tribunal Constitutionnel. Une stratégie ou une opposition timide, mais cela permet de voir en lui un interlocuteur raisonnable, d’espérer. Car si le gouvernement polonais dit vouloir rétablir la justice, nettoyer les débris de corruption communiste, il veut avant tout imposer une vision du monde. Un monde chrétien, dans lequel on ne tend la main qu’à ceux qui reconnaissent les valeurs chrétiennes, discréditant tous ceux qui s’opposent à sa vision.

Le PiS comme tous les autres conservateurs extrémistes répondent à un sentiment de supériorité idéologique et se prévalent d’être possesseurs des terres millénaires – comme la forêt de Białowieża ou Standing Rock qu’ils raseraient si on les laissait faire. Mais ce n’est rien de nouveau, ces mouvances populistes, xénophobes et homophobes regroupent des complexés, parfois désespérés et ensemble ils se voient supérieurs aux autres qui eux assument leurs faiblesses et leurs différences.

Le PiS, tout comme Donald Trump, président des États-Unis, ont cependant du positif pour la société civile : des initiatives citoyennes se mettent en place un peu partout, depuis 2008 déjà d’ailleurs, avec Occupy, les protecteurs de Standing Rock ou encore les Polonais qui protestent avec leurs parapluies noirs lors des « czarny protest ». On a beaucoup manifesté contre la haine de l’autre, qui plane, mais surtout pour conserver les libertés acquises et pour en exiger de nouvelles, en somme pour exiger plus d’humanisme. Et comme le dit l’essayiste canadienne Naomi Klein, au lieu de se mesurer à Trump, qui place la barre tellement bas, les jeunes dirigeants qui savent si bien manier le marketing, Twitter et les mêmes, qui parlent de changement de paradigmes à tout bout de champs, tout en reproduisant toujours et encore la même austérité et un libéralisme débridé, créant ainsi les mêmes injustices et les mêmes appels d’air : populisme et xénophobie. Au lieu de ça, le débat politique doit être relevé et rendu *great again*, car la plus grande crise est celle de la représentativité politique.



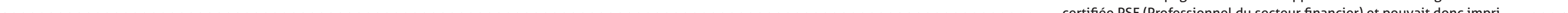
Plus de profondeur

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1



24 ticker



Dein Scheißleben, ...

Staatssekretärin Francine Closener (LSAP) und Stateg-Direktor Serge Allegrezza stellten am Dienstag nach Jahren, wenn nicht Jahrzehnten der Vorbereitung, den Index für das allgemeine Wohlbefinden vor, den sogenannten Pib du bien-être, der entwickelt wurde, weil die Berechnung des Bruttoinlandsproduktes allein nur wenig Aufschluss über den Zustand der Gesellschaft liefert. Das Ergebnis ist gleich aus mehreren Ursachen enttäuschend. Erstens enthält der Index kaum neue statistische Informationen, da offensichtlich keine Regierung bereit war, wirklich Geld in die Erhebung neuer Daten zu investieren, was auch in Frage stellt, wie häufig der Index aktualisiert werden kann. Zweitens ist nicht zu erwarten, dass die Ergebnisse des Indexes politisch irgendwelche Folgen nachsichziehen, weil es keinen Zwang zum Handeln gibt. Der besteht im Bezug auf Wirtschaftsdaten bei den Stabilitäts- und Wachstumskriterien, oder noch innerhalb der Prozedur der makroökonomischen Ungleichgewichte, da spielt die Schulabbrecherrate, die Gesundheit der Einwohner oder ihr Sicherheitsgefühl weiterhin kein Rolle. Drittens verstärkte die Staatssekretärin den Verdacht, dass die Veröffentlichung des Indexes kein politisches Handeln nachsichzieht, indem sie erklärte, er sei noch ganz neu, die verschiedenen Ministerien müssten nun erst einmal die Ergebnisse analysieren. Dabei weiß nicht nur der Bildungsminister ganz genau, dass die Quote der Schulabbrecher zu hoch und steigend ist. Darauf, dass die sozialen Ungleichheiten zunehmen, die Schere zwischen Arm und Reich aufgeht, machte das Statec ebenfalls jüngst aufmerksam und provozierte damit heftige Reaktionen bei Arbeitgebervertretern und bei Sozialeinrichtungen. Über diesen Umstand täuscht der Index sogar ein wenig hinweg. Während das BIP pro Kopf zwischen 2009 und 2015 um 5,7 Prozent anstieg, ist der Luxembourg Index of Well-being im gleichen Zeitraum um 0,8 Prozent gefallen. Im Bericht heißt es dazu erklärend, dass es Verbesserungen in den Bereichen Umwelt, Einkommen und Vermögen, Bildung und Qualifikationen gegeben habe, der Index durch die Entwicklung in den Bereichen Gesundheit, persönliche Sicherheit, Wohnraum und

Verwaltung heruntergezogen wurde. Erst beim Blick in die detaillierten Tabellen bestätigt sich, was die Lohnempfänger in unteren Einkommensklassen jedes Monatsende auf ihrem Konto beobachten: dass das verfügbare Einkommen nach Steuern und Sozialtransfers gesunken ist. Quer durch die Einkommensklassen hindurch ist das verfügbare jährliche Nettoeinkommen von 67 985 Euro um 3 600 Euro auf 64 352 Euro gesunken. Wahrscheinlich aber wiegt der Rückgang von 25 303 Euro in der untersten Einkommensklasse auf 22 071 Euro verfügbares Jahreseinkommen in der offensichtlich keine Regierung bereit war, wirklich Geld in die Erhebung neuer Daten zu investieren, was auch in Frage stellt, wie häufig der Index aktualisiert werden kann. Zweitens ist nicht zu erwarten, dass die Ergebnisse des Indexes politisch irgendwelche Folgen nachsichziehen, weil es keinen Zwang zum Handeln gibt. Der besteht im Bezug auf Wirtschaftsdaten bei den Stabilitäts- und Wachstumskriterien, oder noch innerhalb der Prozedur der makroökonomischen Ungleichgewichte, da spielt die Schulabbrecherrate, die Gesundheit der Einwohner oder ihr Sicherheitsgefühl weiterhin kein Rolle. Drittens verstärkte die Staatssekretärin den Verdacht, dass die Veröffentlichung des Indexes kein politisches Handeln nachsichzieht, indem sie erklärte, er sei noch ganz neu, die verschiedenen Ministerien müssten nun erst einmal die Ergebnisse analysieren. Dabei weiß nicht nur der Bildungsminister ganz genau, dass die Quote der Schulabbrecher zu hoch und steigend ist. Darauf, dass die sozialen Ungleichheiten zunehmen, die Schere zwischen Arm und Reich aufgeht, machte das Statec ebenfalls jüngst aufmerksam und provozierte damit heftige Reaktionen bei Arbeitgebervertretern und bei Sozialeinrichtungen. Über diesen Umstand täuscht der Index sogar ein wenig hinweg. Während das BIP pro Kopf zwischen 2009 und 2015 um 5,7 Prozent anstieg, ist der Luxembourg Index of Well-being im gleichen Zeitraum um 0,8 Prozent gefallen. Im Bericht heißt es dazu erklärend, dass es Verbesserungen in den Bereichen Umwelt, Einkommen und Vermögen, Bildung und Qualifikationen gegeben habe, der Index durch die Entwicklung in den Bereichen Gesundheit, persönliche Sicherheit, Wohnraum und

Luxair fliegt nach Island

Ab kommenden Mai fliegt Luxair während des Sommerflugplans einmal wöchentlich nach Island und zurück. Ein Einzelflug im Mai ist derzeit ab 128 Euro buchbar, im Hochsommer liegt der Preis bei 150 Euro. ms

Verfassungswidrige Brötchen

Das Verwaltungsgericht hat einem Differdinger Bäcker Recht gegeben, der vom Wirtschaftsministerium die Erlaubnis wollte, seinen Laden vor sechs Uhr morgens zu öffnen, damit die Kundschaft ihre Brötchen nicht an der Tankstelle kaufe. Diese Erlaubnis erhielt er zunächst nicht, der Bäcker klagte, der Fall ging bis vor das Verfassungsgericht, das die unterschiedlichen Öffnungszeiten für Bäcker und backwarenverkaufende Tankstelle für verfassungswidrig erklärte. Daraufhin entschied das Verwaltungsgericht nun, die Entscheidung des Wirtschaftsministeriums zu annullieren. Staatssekretärin Francine Closener (LSAP) sagte gegenüber RTL, das Ministerium werde gegen die Entscheidung in Berufung gehen. ms

Countdown läuft

Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) unterzeichnete mit der US Firma Spire eine Kooperationsvereinbarung. Im Gegenzug dafür, dass die

Firma, die mit Satellitendaten, beispielsweise zur Überwachung von Schiffen oder mit Wetterdaten handelt, verspricht Luxemburg Fördergelder für künftige Forschungsaktivitäten von Spire in Luxemburg aus den Programmen zur Forschungsförderung und Luximpulse. Schneider hat außerdem den früheren Nasa-Mitarbeiter Gary Martin als Berater fürs Ministerium rekrutiert, um bei der Umsetzung der Spaceresources-Strategie zu helfen. ms

USP

Le 31 octobre, la Commission spéciale « Panama Papers » de la Chambre des représentants de Belgique a pondu son rapport final. Les parlementaires y recommandent d'étendre le champ d'application de la « taxe Caïman » aux « organismes privés de gestion collective (tels que les Sicav luxembourgeoises) ». Ils reviennent également sur le rôle des deux anciennes filiales de la Dexia, Bil et Experta (photo : sb). Le rapport cite les déclarations « en termes très explicites », de Wouter Devriendt, administrateur délégué de Dexia depuis mai 2016, selon lesquelles le Luxembourg aurait eu une « unique selling proposition » composée du secret bancaire, d'un régime fiscal favorable et de l'expertise acquise dans le domaine de la gestion de patrimoine. [...] Dans le groupe (mais aussi en-dehors de celui-ci), nul n'ignorait la nature des activités de Bil et d'Experta (et d'autres banques luxembourgeoises) ». bt



Chacun pour soi

L'enseignement principal qu'on aura tiré du débat de mardi soir aux Rotondes organisé par Maison moderne sur l'aide à la presse, c'est que, d'ici les élections, rien ne changera. Alors que le Premier ministre Xavier Bettel (DP) expliquait dans un message vidéo qu'une réforme pour 2018 serait une « priorité », les députés Yves Cruchten (LSAP) et Claude Adam (Déi Gréng) étaient bien plus

tempérés : ils seraient en train de préparer les programmes électoraux et d'approfondir le débat. (Le LSAP a ainsi instauré un groupe de travail planchant sur le sujet.) « On ne va rien changer d'ici octobre 2018 », telle était le pronostic « réaliste » de Claude Adam. Claude Wiseler, le prétendant futur Premier ministre CSV, se montrait généreux : les mensuels devraient également pouvoir toucher des aides, tout comme les titres anglo- ou lusophones et les publications spécialisées.

Côté médias, chacun faisait un peu de lobbying pour sa chapelle. Mike Koedinger (Maison moderne) appelait ainsi à arrêter « la discrimination de la presse en ligne » et plaidait pour une réintroduction du plafonnement du nombre de pages subventionnées. Le modèle actuel inciterait à faire du remplissage avec « des pages locales et des faits divers », disait-il, sans préciser que ses propres publications dédient des pages et des pages à des panégyriques à la louange de CEOs divers et variés. Christoph Bumb (*Reporter.lu*) plaidait pour un système encourageant les « new players » comme lui-même. Paul Peckels (Saint-Paul) estimait que l'aide à la presse n'était « pas un système de transferts sociaux », puis mettait en garde contre une multiplication de titres « aux visées économiques douteuses » pour enfin souhaiter « un débat de fond » ; bref, il plaidait pour temporiser. bt

Stock options

La motion déposée ce mardi par la fraction du CSV devrait embêter les députés verts et socialistes. Car la motion reprend les revendications de ces derniers en invitant le gouvernement à « mettre en place un régime d'imposition des 'stock options' dont les avantages fiscaux sont limités dans le temps, sont plafonnés à un montant déterminé et garantissant l'attractivité du Luxembourg avec un accent sur les start-ups ». Pour le ministre des Finances, Pierre Gramegna (DP), la question est également embarrassante : en juin, il avait encore proclamé haut et fort sa volonté de donner un cadre légal aux stock options, avant de rétropédaler, apparemment suite à la pression du Premier ministre, Xavier Bettel (DP). Les Verts et les socialistes s'étaient montrés très critiques face au revire-

mois après la faillite de l'Imprimerie François Faber, voici Faber Digital Solutions qui sombre à son tour, laissant quinze salariés sur le carreau. Créée en 1999, la firme était active dans l'impression digitale, l'élaboration de pages Internet et d'applications. Elle était également certifiée PSF (Professionnel du secteur financier) et pouvait donc imprimer des documents confidentiels, comme les relevés de compte. Dans un communiqué, l'OGBL critique un manque de dialogue de la part de la direction : les salariés n'auraient été informés que la veille, en partie via courriel, que l'entreprise allait fermer le lendemain. bt



Looking for UBO

Bernard Thomas

« **Spiel nicht mit den Schmuddelkindern** » Fin septembre, la Society of trust and estate practitioners (Step), une association internationale de spécialistes en « solutions globales pour familles internationales et fortunées », organisait un colloque à l'hôtel Le Royal. (Les frais d'inscription variaient entre 680 et 910 euros.) À l'ordre du jour : trusts, fonds alternatifs et autres « corporate solutions for high-net-worth individuals ». L'allocution de bienvenue était exprimée par le Premier ministre, Xavier Bettel (DP), qui louait la « stabilité politique et sociale » ainsi que le « cadre légal et réglementaire » grand-ducal, et le directeur général de la CSSF, Claude Marx. Le soir, lors d'un dîner à la « Schéiss », les banquiers, avocats d'affaires, fiscalistes et domiciliataires pouvaient écouter un exposé du juge britannique à la Cour de Justice de l'Union européenne, Christopher Vajda. Parmi les conférenciers invités se trouvait également Alison MacKrell, venue de Guernsey, où elle travaille pour Appleby, le cabinet qui, un mois plus tard, allait se retrouver au centre des « Paradise Papers ». (Comme l'a révélé le Woxx, la firme est également présente au Luxembourg où, en juillet, elle a acquis le domiciliaire Headstart qui a ses bureaux à la Cloche d'Or.)

Le maître mot du colloque était « privacy », un terme qui, en politiquement incorrect, pourrait se traduire par « opacité » : c'est le service que les membres de Step vendent à leur clientèle. Dans une interview publiée en amont de la conférence sur *Paperjam.lu*, le « family office leader » de la société de domiciliation SGG estimait que les familles ultra-riches « s'institutionnalisent dans la mesure où elles demandent à être traitées comme des investisseurs institutionnels, via des fonds d'investissement ». Comme viennent de le rappeler les « Paradise Papers » (« le scandale de la légalité », selon Pascal Saint-Amans, le « Monsieur fiscalité » de l'OCDE), les HNWI sont passés des outils de l'évasion à ceux de l'optimisation fiscale. La juridiction luxembourgeoise en offre toute une panoplie, notamment les fonds d'investissements spécialisés, alternatifs et de titrisation.

Un des points discutés à l'hôtel Le Royal étaient les registres centralisés. Recensant les *ultimate beneficial owners* (UBO) se cachant derrière les intermédiaires, trustees et administrateurs de sociétés-écrans, ce nouveau dispositif anti-blanchiment fut critiqué comme une incursion dans la sphère privée des ultra-riches. Y seront consignés le nom, la nationalité, l'adresse ainsi que la date et le lieu de naissance de l'UBO. Mercredi prochain, 22 novembre, les projets de loi sur les registres des bénéficiaires économiques (celui pour les sociétés et celui pour les trusts) devraient passer par le conseil de gouvernement. La transposition aura pris cinq mois de retard par rapport au délai fixé par la quatrième directive anti-blanchiment. Déjà à

Les registres des *ultimate beneficial owners* (UBO) seront-t-ils un jour librement accessibles ? La partie se joue actuellement à Bruxelles. Avec d'autres juridictions *offshore*, le Luxembourg tente de bloquer cette incursion de la transparence

la fin juillet, le registre figurait à l'ordre du jour du conseil de gouvernement avant d'en être retiré en dernière minute. (Comme explication de ces délais, le ministère des Finances évoque lapidairement « la complexité du dossier ».)

Access denied L'enjeu central sera celui du droit d'accès. La directive note que « toute personne ou organisation capable de démontrer un intérêt légitime » pourra consulter le nom et le pays de résidence du bénéficiaire économique. (Elle prévoit des « circonstances exceptionnelles » pouvant restreindre l'accès, dont le « risque d'enlèvement, de chantage, de violence ou d'intimidation ou lorsque le bénéficiaire effectif est un mineur ».) Or la notion d'« intérêt légitime » reste floue. S'étend-elle au journaliste, à l'employée d'ONG ou au citoyen curieux ? Les pays scandinaves et la Slovénie ont répondu par l'affirmative en rendant publics leurs registres centralisés. L'Allemagne a fait une ouverture aux partenaires d'affaires et « Fachjournalisten ». En juillet 2016, la France avait mis en ligne les noms des bénéficiaires de 16 000 trusts, pour faire marche arrière un mois plus tard, le Conseil constitutionnel ayant estimé qu'une telle publicité portait « une atteinte manifestement disproportionnée » au respect de la vie privée. La Grande-Bretagne occupe une position ambiguë : elle fut parmi les premiers États à créer un registre gratuit et en mode « open data », c'est-à-dire sous licence ouverte, donc téléchargeable. En même temps, Londres est allergique à l'idée de reproduire ce modèle pour les bénéficiaires économiques des trusts.

Le gouvernement luxembourgeois est resté très discret sur le sujet. Il a simplement indiqué, voici sept mois, que l'accès au registre devait « respec-

ter les principes de proportionnalité et de la protection de la vie privée ». Mais quelle que soit la solution retenue, elle sera vite dépassée. Le travail des fonctionnaires de la Justice et des Finances – le secteur financier, assurent-ils, n'aurait pas co-rédigé le texte – ressemble à celui de Sisyphe. Alors qu'ils s'acharnent à transposer la quatrième directive, la cinquième déboule déjà de Bruxelles.

Dès juillet 2016, suite aux « Panama Papers », la question de la publicité du registre était ainsi réapparue. La Commission proposait de « renforcer » la directive anti-blanchiment en y intégrant l'« accès illimité » au registre. « This allows greater scrutiny of information by civil society », notait-elle dans son exposé des motifs. Le 28 février 2017, les eurodéputés – qui, quatre années auparavant, avaient déjà réussi à mettre les registres sur l'agenda politique – sont revenus à la charge. Ils ont voté en faveur d'un amendement selon lequel tout citoyen devrait avoir accès au registre sans avoir à démontrer un « intérêt légitime ». Dans les commissions des affaires économiques et des libertés civiles, le vote fut quasi unanime : 89 voix pour, une voix contre, et quatre abstentions, parmi lesquelles celle de l'eurodéputé luxembourgeois Frank Engel (CSV).

Blocade luxembourgeoise Depuis, certains gouvernements nationaux freinent des quatre fers. À tel point que la présidence maltaise n'aura pas réussi à définir un compromis. Faisant référence à l'échange automatique des *rulings* adopté sous présidence luxembourgeoise, *Le Soir* avait remarqué que le gouvernement maltais avait « laissé passer sa chance de crâner à la luxembourgeoise ». La présidence estonienne n'aura guère fait mieux. Ce mardi, le « trilogue » entre Conseil, Parlement et Commission a tourné court, la présidence estonienne débarquant à Strasbourg sans mandat de négociation. Un câble du gouvernement allemand décrit le Luxembourg à la tête d'une coalition composée de Chypre, Malte, l'Autriche, l'Irlande et de la Grande-Bretagne, joints pour l'occasion par la Pologne et la République tchèque. Cette alliance hétéroclite, rassemblant les *usual suspects* de la finance offshore et les populistes eurosceptiques de l'Est, estime qu'il ne faudrait surtout pas hâter les négociations autour d'une ouverture publique des registres centralisés.

Au Luxembourg, certains voyaient dans le registre centralisé un hommage à l'économiste Gabriel Zucman et à son cadastre financier mondial qui devra être pour les HNWI d'aujourd'hui ce que le cadastre foncier avait été pour la noblesse et le clergé : la fin du privilège fiscal. Dans un article paru en décembre 2016 dans *Jurisnews*, Thierry Pouliquen, un avocat spécialisé dans l'anti-blanchiment, voyait, quant à lui, le *level-playing-field* menacé : « Seule ré-

gion du monde où de tels registres seront imposés, l'Union européenne n'a-t-elle pas sonné le glas de l'attractivité juridique et économique des sociétés créées sur son territoire ? »

Paradoxalement, la plupart des banques ne sont pas mécontentes d'avoir bientôt un accès à un registre perçu comme une sorte de Google parallèle. « Cela leur facilitera le travail : elles sauront désormais où aller pêcher l'information », estimait ainsi en 2015 la membre du comité de direction de l'ABBL, Catherine Bourin, face au *Land*. Aujourd'hui, les *compliance officers* doivent piocher dans des bases de données privées comme « World Check » ou « Factiva » pour dégouter les UBO et autres PEP (*politically exposed person*), voire, en cas de clients récalcitrants, embaucher des enquêteurs privés sur place. Un registre centralisé permettra de croiser ces informations et de réduire ainsi le risque pénal auquel sont exposés les banquiers.

In trusts we trust Le gouvernement luxembourgeois créera deux registres : un pour les 125 360 sociétés commerciales (dont presque la moitié sont des holdings à substance nulle ou minimale), et l'autre pour les fiducies et trusts. Les fonctionnaires du ministère des Finances ont dû partir d'une page blanche, ce qui expliquerait le retard dans la transposition. Car personne ne sait au juste combien de fiducies et de trusts ont été récemment commercialisés par les banquiers, avocats et experts-comptables. (Les acteurs interrogés en estiment le nombre à plusieurs milliers.) Puisque, *de jure*, les trustees deviennent propriétaires des actifs, ils sont également très exposés, et ce serait donc la « prime de risque » qui justifierait la hauteur des prix facturés pour les trusts. (Comptez 10 000 à 15 000 euros par an ; contre 2 500 euros pour une société panaméenne ou une BVI.) Le business aurait atteint son pic vers 2007, pour ensuite se tasser, assommé par la pression réglementaire.

La « blissfull ignorance » sur la prolifération des trusts est due au fait que, jusqu'ici, ces produits peu régulés n'étaient répertoriés par aucune autorité étatique. Selon la quatrième directive, seules les « autorités compétentes » devraient avoir accès au registre des trusts. Mais, au niveau européen, la pression politique pour un élargissement du droit d'accès s'est amplifiée suite aux *Panama* et *Paradise Papers*. Pour la clientèle, la perspective de se retrouver dénudé dans un cadastre, pourrait créer un certain malaise. Car les trusts sont souvent utilisés pour régler des histoires délicates de succession, que ce soit pour remercier une maîtresse cachée ou punir un fils ingrat. Les trusts anglo-saxons permettent ainsi de dissimuler la richesse devant les héritiers, voire de court-circuiter le Code civil et sa réserve héréditaire qui avait été pensée comme un

moyen pour morceler les héritages et briser ainsi la domination de l'aristocratie.

En juillet 2003, le Parlement luxembourgeois avait ratifié à la quasi-unanimité (avec la seule abstention du député ADR, Aly Jaerling) la Convention de La Haye sur la reconnaissance des trusts. À la tribune de la Chambre, le député (CSV) et avocat d'affaires (Elvinger, Hoss & Prussen), Patrick Santer, réduisait les raisons d'être de ces structures à l'idéal caritatif : « Par exemple pour protéger les orphelins, pour des buts caritatifs, comme alternative à une hypothèque, pour régler des successions, pour gérer un centre culturel et ainsi de suite. » Or, le trust, la fiducie et l'Anstalt sont également des outils d'optimisation fiscale. Estimant que la fiducie luxembourgeoise ne présentait pas suffisamment de garanties d'étanchéité par rapport aux pression des agents du fisc, des créanciers ou des héritiers, la place financière vendait des trusts de plus en plus exotiques, passant par Panama, Jersey ou Lichtenstein, suivant en cela les juridictions les plus en vogue.

Du frigo à la morgue La fondation patrimoniale, un trust luxembourgeois imaginé par l'ancien ministre des Finances Luc Frieden (CSV), devait permettre aux cabinets d'avocats de vendre un produit normatif bien de chez nous. Le projet de loi fut co-écrit par l'avocate spécialisée dans le conseil aux grandes fortunes, Simone Retter. Elle exhibe son rôle para-législatif sur son site : « She has been extensively involved in the drafting of the private wealth foundation legislation ». Et d'ajouter : « Previously she has drafted the law on family office activities in Luxembourg enacted by the Luxembourg parliament on 21 December 2012. » La vision qui se dégage de ce passage est celle d'un secteur financier qui tient la plume et d'une Chambre qui enregistre.

En se référant à la « protection de la vie privée » et à la « sécurité des familles », la fondation patrimoniale voulait « rencontrer le besoin légitime de familles fortunées de limiter la visibilité sur leur patrimoine ». Le projet de loi ne prévoyait ni obligation de déposer les comptes annuels au registre de commerce, ni de publier le nom du bénéficiaire économique. La chronologie de la fondation patrimoniale fournit un cas d'école de mauvais timing. Déposé en juillet 2013, trois mois après l'annonce de la fin du secret bancaire et trois mois avant les élections anticipées, le projet de loi reçut le feu vert de la Commission parlementaire trois jours avant l'éclatement de « Luxleaks ». Il fut illico « mis en veilleuse » en attendant de voir à quoi ressemblerait le registre centralisé. Luc Frieden avait promis plus que Pierre Gramegna n'aura pu tenir : Si « Luxleaks » avait mis la fondation patrimoniale (du moins dans sa forme initialement prévue) au frigo, le registre centralisé l'aura envoyé à la morgue.

Avec cinq mois de retard, le Luxembourg introduit un registre des bénéficiaires effectifs des sociétés et trusts. Or, le projet de loi semble dépassé avant même d'avoir été déposé



Le registre des bénéficiaires économiques devra révéler qui se cache derrière les sociétés-écran



Bis zur Rifkinschen Arbeitswelt ist es noch ein langer Weg. Dennoch spüren die Luxemburger Arbeitnehmer die Folgen der Digitalisierung

Mit Laptop und Smartphone

Michèle Sinner



Wie die Digitalisierung die Arbeitswelt verändert, kann man im Supermarkt beobachten. Beispielsweise in den Filialen von Delhaize und Cactus im Hauptbahnhofsviertel in Luxemburg-Stadt. Statt auf Kassiererinnen setzt Delhaize darauf, dass die Kunden den Barcode ihrer Einkäufe selbst scannen und am Automaten die Rechnung zahlen. Ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin hilft überforderten Einkäufern an mehreren solcher Kassen gleichzeitig, statt dass eine Arbeitskraft pro Kasse notwendig ist. Beim Konkurrenten Cactus übernehmen noch Mitarbeiter das Einscannen der Waren auf dem Band, doch den Bezahlvorgang müssen die Kunden an einem Kassensystem selbst erledigen. Verschwindet, wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, irgendwann der Beruf der Kassiererin ganz?

Eines muss man dem Autor und Fortschrittsprediger Jeremy Rifkin lassen: Die Debatte über die Folgen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt hat an Fahrt gewonnen, seit ihn die Regierung zusammen mit der Handelskammer engagiert hat, um seine „dritte industrielle Revolution“ in Luxemburg umzusetzen, die darauf hinausläuft, dass ein Großteil der Arbeitnehmer durch Rechner und Maschinen und künstliche Intelligenz ersetzt werden. Nicht etwa, weil in seinem Bericht Konkretes über diesen Prozess und die sich aufdrängenden Reformen im Arbeits- und Steuerrecht sowie der Sozialversicherung gestanden hätte. Im Gegenteil: das fehlte. Aber eine gewisse Panik kam auf jeden Fall auf.

Gestützt wurde diese Arbeitsweltuntergangsstimmung durch eine Studie zweier Wissenschaftler aus Oxford, die bereits 2013 die Frage stellten: *The future of employment: how susceptible are jobs to computerisation?* Carl Benedikt Frey und Michael A. Osborne befanden, fast die Hälfte aller Jobs könnten der Digitalisierung zum Opfer fallen. Das sehen andere Wirtschaftswissenschaftler inzwischen nuancierter, die glauben einzelne Aktivitäten könnten verschwinden, aber keine ganzen Branchen und Berufsstände. Wobei es weiterhin schwierig bleibt, beim Blick in die Zukunft überhaupt von Wissenschaft zu reden.

Die Lohnabhängigenkammer (CSL) hat, zusammen mit Wissenschaftlern der Uni Luxemburg und dem Markt- und Sozialforschungsinstitut Infas im Rahmen ihres Berichts über die Arbeitsqualität in Luxemburg versucht, den Istzustand zu erheben. Wie digitalisiert ist der Arbeitsmarkt hierzulande und welche Folgen hat das für die Arbeitnehmer?

Trotz Rifkin-Debatte scheinen sich die Arbeitnehmer in Luxemburg bisher wenig beeindrucken zu lassen. Denn nur sieben Prozent der rund 1 500 Teilnehmer an einer für heimischen Arbeitsmarkt repräsentativen Studie sehen ein hohes oder mittelhohes Risiko, dass sie vom technologischen Fortschritt überholt werden könnten und deshalb ihren Job verlieren. Das Bewusstsein für die Risiken der Digitalisierung ist je nach Berufsgruppen unterschiedlich hoch. Am meisten geschärft ist der Sinn für die Gefahr mit 15 Prozent bei denjenigen, die Maschinen und Installationen bedienen – denen, die wahrscheinlich Angst haben, dass sich die Maschine irgendwann selbst bedient – und mit elf Prozent beim Management und Führungspersonal, das Debatten wie die über den Rifkin-Prozess verfolgt.

Dabei stellt sich heraus, dass der tatsächliche Digitalisierungsgrad den Befürchtungen durch Roboter ersetzt zu werden, hinterherhinkt, zumindest was erstere Gruppe betrifft. Den von den Befragten, die tatsächlich Maschinen bedienen,

sagen nur elf Prozent, dass sie in hohem bis sehr hohem Maße von der Digitalisierung betroffen sind. Ob es daran liegt, dass Luxemburger Unternehmen nur wenig in neue Anlagen investieren, kann David Büchel, Arbeitspsychologe der CSL, der die Erhebung des Index zur Arbeitsqualität koordiniert, nur mutmaßen. Aber, hebt er hervor, neue, digital gesteuerte Produktionsanlagen müssten sich für die Betriebe lohnen. „Man stelle sich vor, was es kostet, ein völlig neues Stahlwerk zu bauen“, statt ein bestehendes mit älterer Technologie weiterzubetreiben.

So sind es momentan vor allem die Beschäftigten in den mittleren bis oberen Karrierestufen und mit hohem Bildungsgrad, die den Einfluss der Digitalisierung in ihrem Berufsalltag spüren: Rund die Hälfte stellt dies in hohem bis sehr hohem Maße fest. Das liegt auch daran, dass unter den weitgefassten Begriff der Digitalisierung schon der Einsatz von Computern, Smartphones und Scannern fällt.

Das scheint heute selbstverständlich, hat aber längst nicht nur positive Folgen. Denn wie die Ergebnisse der Befragung zeigen, steigt mit zunehmendem Digitalisierungsgrad auch die Belastung der Arbeitnehmer. Zwar glauben 42 Prozent derjenigen, die in ihrem Alltag häufig auf technische Hilfsmittel zurückgreifen, ihre Arbeitsleistung werde dadurch gesteigert; sie würden also produktiver. Aber über 65 Prozent von ihnen meinen außerdem, ihre Fähigkeiten ständig weiterentwickeln zu müssen. Über 54 Prozent von ihnen sagen zudem, dass sie aufgrund der Digitalisierung dauernd neue Aufgaben erledigen müssen. Und knapp 38,5 Prozent berichten, dass durch den Einsatz von Rechnern, intelligenten Telefonen und Maschinen, die Kontrolle am Arbeitsplatz zugenommen habe.

Dass es manchmal doch schon eine Prise Rifkin in Luxemburger Unternehmen gibt, zeugen die Aussagen von Vertretern der Adem im November 2016 bei der Veranstaltung *Die Digitalisierung der Arbeitswelt*, die im 10. Bericht der interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 15. Gipfel der Exekutiven der Großregion festgehalten sind. „Zahlreiche Teilnehmer berichten von ihnen bekannten oder selbst erlebten Situationen, in denen digitale Instrumente auf eine exzessiv erscheinende Weise genutzt werden, um das Personal zu kontrollieren“, heißt es darin. „Ein Fall betrifft die Angestellten eines Finanzinstituts in Luxemburg. Diese müssen ihre Computermäuse alle 15 Minuten betätigen, um ihre Anwesenheit vor dem PC zu bestätigen.“ Ein weiterer Fall betrifft „ein luxemburgisches Unternehmen, in dem alles überwacht wird (was so zu verstehen ist, dass alles aufgezeichnet wird). Bei der Einstellung, vor Unterzeichnung des Arbeitsvertrags, fragt der Arbeitgeber den Bewerber ausdrücklich, ob ihn dieses Verfahren der Aufzeichnung störe. Man kann sich nur schlecht einen Bewerber vorstellen, der diese Frage bejaht.“

Aus der Umfrage von CSL, Uni und Infas schließen die Auftraggeber, dass der mentale Druck auf die „digitalisierten“ Arbeitnehmer besonders hoch ist. Über zwei Drittel von ihnen geben an, ihre Arbeit sei mental sehr fordernd während dies bei den „wenig digitalisierten“ nur 43 Prozent sagen. 71 Prozent der ersten Gruppe sehen sich oft oder immer hohem Zeitdruck ausgesetzt, während es bei in der zweiten Gruppe nur 41 Prozent sind. Die Hälfte Ersterer sagt, oft oder immer ihre Emotionen im Zaum halten zu müssen, während das nur 31 Prozent Letzterer meinen. Vielleicht hängt das aber nicht nur mit dem Digitalisierungsgrad zusammen, sondern damit, dass viele „Digitalisierte“ Akademiker sind und Posten mit mehr Verantwortung besetzen, wo der Leistungs-

Die Angestellten eines Finanzinstituts müssen ihre Computermäuse alle 15 Minuten betätigen, um ihre Anwesenheit vor dem PC zu bestätigen, berichtete ein Adem-Mitarbeiter auf einer Konferenz der Großregion

druck ohnehin hoch ist. Doch die Umfrage ergab auch, dass Arbeitnehmer, die viel auf digitale Arbeitsinstrumente zurückgreifen, mehr Überstunden leisten und häufiger Probleme haben, eine klare Trennung zwischen Arbeitsleben und Privatleben zu ziehen. „Entgrenzung“ heißt das in der Fachsprache, wenn die Arbeit statt nach Feierabend im Büro zu bleiben, mit dem Laptop nach Hause genommen wird und noch im Urlaub am Strand oder auf der Skipiste auf dem Smartphone Arbeits-E-Mails beantwortet werden. Ein Fünftel der „hoch digitalisierten“ hat häufig oder ständig Probleme, Berufs- und Privatleben zu vereinbaren, während nur 15 Prozent der weniger „digitalisierten“ Arbeitnehmer dies feststellen. Dennoch finden 60 Prozent aller Befragten, egal ob digitalisierungsbetroffen oder nicht, ein „Recht auf Nichterreichbarkeit für dienstliche Dinge nach Feierabend“ wichtig.

Im Zwischenbericht des Wirtschafts- und Sozialrats (CES) *Le modèle économique, social et sociétal luxembourgeois dans les mutations technologiques* in dem die Sozialpartner gemeinsam zum Rifkin-Bericht Stellung beziehen sollen, und der vergangene Woche veröffentlicht wurde, sucht man noch vergeblich nach Hinweisen, wie der Gesetzgeber auf diese Entwicklung reagieren will. Ob es ein Recht auf Abschaltung geben soll? Wie sich die Digitalisierung überhaupt auf die Arbeitsprozesse auswirkt? Wie das Sozialversicherungswesen betroffen sein wird? Wie das Schulwesen reagieren muss und die Weiterbildung angepasst werden soll? Dazu haben Handels-, Arbeitnehmerkammer und Arbeitsministerium bei Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft und beim Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung eine Studie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse gegen Jahresende vorliegen sollen.

Bei der Veranstaltung *Die Digitalisierung der Arbeitswelt* im vergangenen Jahr stellte sich ganz konkret heraus, dass die Antworten nicht einfach sind. Bei den französischen Arbeitsämtern, wurde berichtet, müssen die Anmeldeformulare online ausgefüllt werden, was vor allem denjenigen Problemen bereitet, die wenig Kenntnisse im Umgang mit Computern haben, also von der Digitalisierung überholt sind. Das führt dazu, dass Mitarbeiter der Arbeitsämter den Arbeitslosen, die dort vorstellig werden, bei der Anmeldung am Rechner behilflich sein müssen. In etwa so, wie Supermarkt-Mitarbeiter den Kunden beim Kassieren am Automaten helfen müssen...



Vor allem die „Karriere-Mittelschicht“ ist durch die fortschreitende Digitalisierung bedroht, obwohl der Erhebung von CSL, Uni und Infas zufolge das Bewusstsein dieser Beschäftigten für die Gefahr nicht besonders hoch ist. Hochqualifizierte, Akademiker und Führungspersonal sind sich den Anpassungsanforderungen bewusster, spüren den Leistungsdruck besonders stark. Basisarbeiten, meint David Büchel von der CSL, würden auch in Zukunft von Menschen ausgeführt, weil Investitionen in teure Maschinen auch nicht unbedingt rentabler sind

Nouvelles mesures en vue sur le détachement des travailleurs

Une directive anti-fraude

Georges Canto

Face aux menaces que les délocalisations industrielles font peser sur l'emploi en Europe, les économistes aiment à rappeler que l'agriculture, la construction et les services, comme la distribution ou le transport échappent par nature à ce mouvement. Un discours rassurant qui amène néanmoins une question : s'il est possible, tout à fait légalement, d'employer dans un pays d'Europe de l'ouest des travailleurs étrangers parce qu'ils coûtent moins cher que les salariés locaux, cela ne revient-il pas à « délocaliser sur place » ? Une question qui n'a rien de théorique : en Belgique, un tiers des employés du bâtiment sont des travailleurs détachés d'autres pays de l'Union européenne et au Luxembourg ils pèsent, tous secteurs confondus, près du quart de la population active !

C'est tout l'enjeu des discussions actuelles sur la refonte de la directive de décembre 1996 sur le détachement des travailleurs : après un échec en juin, les ministres du Travail de l'UE réunis à Luxembourg le 23 octobre se sont mis d'accord pour « toiletter » ce texte (lire encadré) adopté à une époque où l'UE ne comptait que quinze pays membres. Une semaine auparavant, la Commission Emploi du Parlement européen avait voté à une majorité confortable en faveur d'une proposition de révision.

La directive, souvent confondue avec la directive (dite Bolkestein) sur les services, votée dix ans plus tard, permet à toute entreprise de l'UE de faire temporairement appel à des salariés employés dans un autre pays membre, pour bénéficier d'un savoir-faire précis ou faire face à un pic ponctuel d'activité. Ces travailleurs « détachés » de leur entreprise et de leur pays d'origine bénéficient des conditions de travail du pays d'accueil, notamment en termes de salaire minimum, de périodes de travail, de repos et de congés payés. Mais les charges sociales à acquitter restent celles du pays dont ils sont issus.

Le prétexte le plus souvent invoqué pour la révision de la directive est qu'elle a engendré une forme de « dumping social », au profit des pays de l'ancien bloc de l'Est (Pologne, République tchèque, Slovaquie, Hongrie, pays baltes, Roumanie, Bulgarie, Slovaquie, Croatie). En effet, les charges sociales y sont en moyenne beaucoup moins élevées que sur le reste du continent, surtout à l'ouest et au nord. Les employeurs de ces régions ont donc tout intérêt à faire venir des salariés de l'est, au détriment des travailleurs et des organismes sociaux du pays d'accueil. De fait le nombre de travailleurs détachés est passé de 600 000 environ en 2007, date du dernier élargissement de l'UE à plus de deux millions en 2015 (derniers chiffres officiels, publiés par la Commission européenne en décembre 2016). Le premier pays « pourvoyeur » est la Pologne avec 463 200 personnes (soit 22,6 pour cent du total), le premier « récepteur » étant l'Allemagne (28 pour cent).

Pour la députée socialiste française Valérie Rabault, cette situation résulte d'un « détournement de procédure » car si la directive était appliquée convenablement elle ne poserait pas de problème : selon ses calculs, en comptant les indemnités de séjour, les écarts de coûts entre pays sont finalement modestes, d'autant qu'ils ne jouent en principe que sur une courte période. La vraie question est donc celle des abus et des fraudes, qui s'exercent à plusieurs niveaux.

Les employeurs utilisent largement une lacune du texte, qui prévoit dans son article 2 que le détachement doit être réalisé sur « une période limitée », sans autre précision. Comme d'autre part l'enchaînement de contrats avec des prestataires différents n'est pas interdit, la porte est ouverte à la création d'un « système organisé » contraire à l'esprit de la directive. En effet, les travailleurs détachés ne sont le plus souvent pas traités de la même manière que les salariés locaux : rémunération systématiquement alignée sur le salaire minimum (et ne correspondant donc pas à la qualification réelle), travail le week-end, heures supplémentaires non rémunérées et inclusion des frais de transport et d'hébergement dans le salaire sont les entorses les plus courantes.

On note également la multiplication des cas de non-déclaration et des faux détachements, assimilables à du travail illégal. Par exemple, une entreprise danoise crée en Roumanie un établissement « boîte à lettres », donc sans activité réelle, mais qui va pouvoir détacher des travailleurs recrutés localement. En comptabilisant les abus et les fraudes le phénomène du détachement serait bien plus important que ne le disent les chiffres officiels, probablement deux à trois fois plus élevé, même si par nature toute évaluation est sujette à caution (certaines sources évoquent un décuplement !).



Camion sur l'aire de Berchem

Le secteur routier n'est pas concerné par la nouvelle directive – suite aux pressions des pays de l'Est, de l'Espagne et du Portugal

avec 178 000 arrivants, loin derrière l'Allemagne (419 000 entrées). Le président Macron avait fait de la révision du texte un argument fort de sa campagne et il a enfoncé le clou dès son élection, entreprenant même fin août un voyage en Europe de l'Est pour évoquer la question. Sa position radicale sur le dossier est mal comprise, notamment par la Pologne, que le président français a soigneusement évitée lors de sa « tournée d'été ». Premiers visés par le durcissement de la directive, les Polonais font valoir que les travailleurs détachés ne représentent que 0,62 pour cent de la population active en France et que seulement 23 pour cent d'entre eux viennent de pays « low cost », une situation qui prévaut dans d'autres pays de l'ouest et qui donne à penser que les recruteurs n'y sont pas uniquement motivés par les aspects financiers. De plus, la France est elle-même pourvoyeuse de travailleurs détachés : avec 139 000 personnes en 2015, elle fournit même le troisième contingent en Europe, principalement vers la Belgique (37 200 travailleurs) mais aussi en direction de... la Pologne (2 900 personnes, à peine moins qu'au Luxembourg, qui comptait alors 3 112 détachés français). Mais l'Allemagne est aussi critiquée, car elle s'est mise politiquement au diapason de la France, alors qu'elle est le deuxième pays pourvoyeur (241 000 personnes).

Les pays de l'Est, rejoints sur certains points par ceux du sud de l'Europe, voient dans la révision de la directive une atteinte au principe de libre circulation des travailleurs et une manœuvre protectionniste sournoise. Pour eux, on fait beaucoup de bruit pour peu de choses, car le détachement n'est qu'un phénomène marginal. Si la proportion des travailleurs détachés dans certains secteurs comme le transport ou le bâtiment, qui regroupent plus de la moitié des effectifs, ou dans certains pays comme le Luxembourg peut poser des problèmes, à l'échelle de la population active des pays de l'UE leur nombre est dérisoire : les flux entrants recensés en 2015 ne représentaient que 0,9 pour cent des actifs ! Même si le chiffre réel était trois fois plus élevé, il resterait modeste. Les pays d'accueil s'étonnent de leur côté que des mesures principalement destinées à lutter contre les abus, fraudes et autres détournements rencontrent une telle hostilité.

C'est donc surtout pour combattre cette fraude considérable que la révision de la directive de 1996 est à l'agenda. Déjà en mai 2014, après deux ans de débats au Conseil européen, une directive d'exécution avait été adoptée pour faciliter et renforcer les contrôles, avant qu'en mars 2016 la Commission ne propose la rédaction d'un nouveau texte, mais contre l'avis de onze pays membres !

La France est le pays qui pousse le plus au durcissement : en 2015 elle était le deuxième pays d'accueil

Le compromis de Luxembourg

Sur les 28 Etats membres de l'UE, seuls quatre se sont opposés à l'accord du 23 octobre : la Pologne, la Hongrie, la Lettonie et la Lituanie. Trois se sont abstenus : le Royaume Uni, l'Irlande et la Croatie. Les autres pays de l'est (même la Slovaquie, quatrième pourvoyeur avec près de 130 000 personnes) ont finalement accepté le compromis, car les mesures annoncées ne vont pas aussi loin que le souhaitaient la France ou l'Allemagne. L'accord prévoit notamment :

- d'appliquer le principe « à travail égal, rémunération égale sur un même lieu de travail » : les détachés devront être payés comme les salariés locaux de même niveau, et non plus au simple salaire minimum. Mais les cotisations sociales demeurent celles du pays d'origine.
- que toutes les règles valables pour les travailleurs locaux (prime de froid, de pénibilité, d'ancienneté, treizième mois...) s'appliqueront aux détachés.
- que la durée du détachement n'excède pas douze mois, avec possibilité d'une extension de six mois dûment motivée (la Commission et le Parlement européen ont proposé 24 mois).
- que le secteur du transport routier ne sera pas concerné pour le moment, une exemption pour laquelle les pays de l'Est ont reçu le soutien de l'Espagne et du Portugal. La Pologne compte à elle seule 300 000 chauffeurs routiers ! Sur ce point la coalition de la France, de l'Allemagne et de l'Italie n'a pu avoir gain de cause. gc

Chronique Internet

Silicon Valley, l'autre repaire du machisme

Jean Lasar

L'affaire Weinstein a concentré les projecteurs sur Hollywood, mais Silicon Valley n'est pas en reste en matière de harcèlement sexuel. Les langues commencent à se délier aussi du côté des entreprises de technologie, des *venture capitalists* (VC) et autres habitués des conseils d'administration des vedettes du NASDAQ. On savait, au plus tard depuis l'affaire James Damore, le collaborateur de Google sèchement remercié début août pour avoir attaqué de front la politique de diversité de la firme, que la *high tech* avait un problème avec la diversité, et que son image de modernité cache en réalité des pratiques discriminatoires souvent pires que celles des secteurs traditionnels. Ces dernières semaines, les révélations sur les violences dont sont victimes les femmes commencent à noircir encore davantage le portrait de la « Valley », avec des cas de harcèlement systématique qui viennent s'ajouter à la discrimination. De façon générale, la Silicon Valley est un milieu très masculin où les femmes ne représentent qu'une très petite partie des créations d'entreprise : selon Pitchbook, des créatrices d'entreprise ont décroché 1,5 milliard de dollars en capital risque l'an dernier, contre 58,2 milliards accordés à des hommes.

Dernier exemple en date : Steve Jurvetson, co-fondateur de DFJ (Draper Fisher Jurvetson), une des boutiques d'investissement les plus en vue de la Silicon Valley, membre des conseils d'administration de Tesla et SpaceX, a été mis à la porte tandis que son comportement à l'égard des femmes fait l'objet d'une enquête approfondie. L'intéressé se défend vigoureusement d'avoir la moindre chose à se reprocher. Peu de détails ont été publiés à ce jour sur ce qui a poussé les autres responsables de DFJ à pousser Steve Jurvetson vers la sortie, et certains ont suggéré qu'il fait les frais d'une chasse aux sorcières ou d'une vendetta déclenchée dans le contexte de l'affaire Weinstein. On l'accuse d'un comportement prédateur à l'égard des femmes, et DFJ a reconnu ne s'appuyer pour l'instant que sur des témoignages indirects.

Le *New York Times* décrit le milieu des *venture capitalists* comme étant dominé par les hommes qui disposent d'un pouvoir extraordinaire. Lorsque des femmes entrepreneurs les approchent pour financer leurs projets, les relations sont régies par un code informel faisant appel à la réputation et donc largement discrétionnaire : une situation qui rappelle beaucoup celle d'aspirantes actrices s'adressant à des producteurs. L'association des VC a annoncé en août dernier avoir commencé une tournée auprès d'entrepreneurs et d'investisseurs pour se faire une idée de l'ampleur du phénomène. Son président, Bobby Franklin, a indiqué consacrer plus de temps à la problématique du harcèlement qu'à tout autre sujet et avoir, pour la première fois de son mandat de quatre ans, convoqué une réunion spéciale du conseil d'administration à ce sujet.

Comme dans l'affaire Weinstein, la loi du silence a longtemps très efficacement occulté les cas de harcèlement dans le contexte des levées de fonds, sans doute encore davantage qu'à l'intérieur des firmes de haute technologie. En 2015, Ellen Pao avait claqué la porte de Kleiner Perkins Caufield & Byers, puis porté plainte contre son employeur pour l'avoir discriminé suite à des avances sexuelles repoussées. Des pratiques prédatrices à l'égard des femmes ont été un des facteurs ayant causé le départ de Travis Kalanick, le CEO de Uber, en février dernier.

Les témoignages sur les habitudes prédatrices d'investisseurs en situation d'accorder des capitaux à des femmes se multiplient. Ainsi, des femmes entrepreneurs ont accusé Justin Caldebeck, de Binary Capital, de les avoir assaillies lors de réunions de présentation, des épisodes étalés sur six ans. Cette affaire a causé le départ de l'intéressé de Binary Capital puis l'effondrement de la société. Lindsay Meyer, une jeune femme d'origine asiatique qui voulait lancer un centre de fitness et avait obtenu 25 000 dollars de sa part, a expliqué avoir accepté ses avances parce qu'elle « pensait qu'elle devait les tolérer parce que c'est le prix d'être une fondatrice d'entreprise féminine non blanche ».



Steve Jurvetson recevant la mission économique luxembourgeoise en avril 2017

99ID

Jugendliche legen ihre Visionen für Luxemburg 2030 vor

Der Nachhaltigkeitsrat ist ein Gremium von 15 Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen der luxemburgischen Gesellschaft. Sie wurden aufgrund ihrer Kompetenzen und ihrem Engagement ausgewählt. Sie vertreten nicht eine Organisation oder Vereinigung, sondern sind im Rat als Privatpersonen und agieren in aller Unabhängigkeit.

Laut dem Nachhaltigkeitsgesetz – die legale Basis des Nachhaltigkeitsrates – gehört es zu den Aufgaben des Rates, „die breiteste Beteiligung von privaten und öffentlichen Körperschaften sowie von Bürgern bei der Erreichung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung zu fördern“.

Diese Ziele wurden im September 2015 durch die Vereinten Nationen unter dem Titel „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ festgehalten. Mit seinen 17 Zielen ist die Agenda 2030 ein Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand.

Es war dem Nachhaltigkeitsrat besonders wichtig, jene Generation, die im Jahre 2030 mitten im Leben stehen werden, nach ihren Prioritäten, ihren Ideen und Perspektiven zu fragen. Das Ziel des Workshops 99ID war – abgesehen von einer Sensibilisierung für die 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 und einer Roadmap, um sie zu erreichen –, die Erwartungen und Prioritäten der Generation der 16- bis 26-Jährigen zu erfassen.

Am 21. November fanden sich 60 Jugendliche im Centre culturel Hollerich zu einem intensiven Eintages-Workshop unter dem Arbeitstitel „99 Ideen“ zusammen. Die Anmeldung erfolgte auf freiwilliger Basis via einer eigens dafür geschaffenen Homepage (www.99id.lu).

Das Ziel einer Gruppenstruktur mit maximaler Diversität wurde erreicht. Die Kennenlernphase gab Aufschluss über die heterogene Zusammensetzung der Gruppe: die verschiedenen Regionen des Landes waren vertreten, Jungen und Mädchen, Ausländer und Luxemburger, Flüchtlinge, Jugendliche mit Behinderung, unterschiedliche Altersgruppen und sehr verschiedene Ausbildungsniveaus. Als größter gemeinsamer Nenner wurde Englisch als Kommunikationssprache gewählt.

Die Jugendlichen bekamen keine Vorgaben, sondern konnten völlig frei diejenigen Themen auswählen, die für sie persönlich wichtig sind. Sie wurden von einem professionellen Beraterteam begleitet mit dem Ziel, die Diskussionen in konstruktive Bahnen zu lenken sowie eine umfassende Dokumentation gemeinsam zu erstellen.

In einem ersten Schritt wurden alle Themen gesammelt, die die Jugendlichen heute in ihrem Alltag in Luxemburg frustrieren und ihnen Probleme



Zuerst wurden alle Themen gesammelt, die die Jugendlichen in ihrem Alltag frustrieren

bereiten. Diese ersten Diskussionsergebnisse in Form selbst gestalteter Poster wurden dann auf einem symbolischen Scheiterhaufen in der Mitte des Saals verbrannt. Dies ermöglichte dann, sich losgelöst von dem „Das will ich nicht“, den Zukunftsthemen zuzuwenden. Im nächsten Schritt lautete die Leitfrage: „Welche sind eure Visionen für das Leben in Luxemburg im Jahr 2030?“ Die Ideen wurden in Kleingruppen ausgearbeitet und dann im Plenum gegenseitig präsentiert.

Ein Teil der Gruppe meldete sich in die „Dokumentationsgruppe“ und nahm Notizen, auf deren Basis sie am Nachmittag einen ersten Entwurf des Abschlussdokumentes erstellten.

Parallel zu der Dokumentationsgruppe arbeiteten die übrigen Teilnehmer Lösungsansätze für einige der Themen mit Details und eigenen Vorstellungen aus. Dies mit der Herausforderung, vor laufender Kamera eine kreative Kurzpräsentation der Lösungen vorzustellen. Diese Kurzfilme auf erstaunlich hohem Niveau wurden zum Abschluss den anderen Gruppen gezeigt. Trotz der durchaus ersten und tiefgründigen Inhalte wurde dank der originellen und lustigen Umsetzung herzlich gelacht.

Im letzten Schritt am Ende des Workshops wurde das Abschlussdokument vorgelesen und mit lautem Applaus verabschiedet. Dieses ist in der Originalfassung vom 21. Oktober nachfolgend abgedruckt.

Utilisation des ressources



Soixante jeunes se sont réunis pendant une journée au Centre culturel de Hollerich

Une économie et un système de consommation circulaires qui permettent une optimisation économique et écologique des ressources.

Problématique : Le Luxembourg fonctionne actuellement sur un modèle socio-économique linéaire basé sur une utilisation intensive des ressources, qui induit une perte de valeur énorme (inefficience, obsolescence planifiée, gaspillage de ressources, création de déchets non revalorisables). Pour des raisons éthiques, écologiques et économiques, une optimisation des modèles de production et de consommation vers un paradigme circulaire et responsable est nécessaire pour réduire l'impact environnemental et social, tout en améliorant la qualité de vie et en introduisant un système de valeur plus équitable. S'éloigner de modèles de propriété privée vers des solutions qui maximisent l'utilité et promeuvent une économie de partage plus inclusives et responsables.

Production et utilisation d'électricité et d'énergie à partir de sources renouvelables (green)

1 Étendre la portée des projets renouvelables : Panneaux solaires, éoliennes, énergie hydro-électrique, géothermie, biomasse

Faciliter la mise en place de projets renouvelables et amélioration de l'efficacité énergétique par les personnes morales et physiques (éco-primes, allocations, déductions fiscales)

Obliger les bâtiments publics à produire et utiliser de l'électricité cent pour cent renouvelable

2 Économie et optimisation de l'énergie et de l'électricité

Constructions en circuits fermés : Connexion des systèmes énergétiques, comme par exemple : bâtiments autosuffisants

Bâtiments smart : intelligence artificielle permet d'optimiser et de réguler l'utilisation d'énergie ; production, stockage, utilisation, par exemple : gestion de la lumière, des chauffages, etc. selon le besoin, open office lumière la nuit

Synergies entre producteurs/consommateurs sur un même territoire : récupération d'énergie fatale (?), micro-producteurs, coopératives, etc.

Infrastructures publiques plus économe en ressources, par exemple : lampe autoroute réduire consommation ou utiliser LED ou lunar resonant streetlights.

3 Conservation des ressources naturelles

Eau : régulation sur les quantités d'eau utilisées par l'électroménager, par exemple : toilettes, machines à laver, lave-vaisselle, etc. ; utilisation d'eau de pluie dans les systèmes d'irrigation, les toilettes (récupération à partir de l'eau qui coule dans les gouttières)...

Terrain/matériel de construction (investissement dans le matériel, design for disassembly) : obligation de construire selon des méthodes qui permettent la déconstruction et la récupération des matériels de construction (sans contamination), gestion circulaire des ressources ; optimisation des méthodes de construction pour prévenir la dégradation des espaces naturels

Agricultures low-carbon et sans pesticides : production alimentaire saine ; optimisation de la durée de vie et de la productivité des sols ; élevages éthiques (en plein air)

4 Réduction de la production de déchets, optimisation de leur revalorisation (recherche et développement)

Imposer une hiérarchie dans le traitement des déchets ; réduire, réutiliser, recycler/revaloriser

Tris et recyclage (en particulier déchets organiques) : imposer le tri et mettre en place des services de collecte et de traitement ; promouvoir la seconde main/l'échange en nature : favoriser le don (alimentaire, ressources, etc.)

Réduction de la quantité d'emballages : réduire les plastiques (interdire ou taxer les sacs plastiques pour tous les établissements) : favoriser la vente au poids

5 Changer le paradigme production/consommation

Économie de performance : basée sur la valeur fonctionnelle des services, l'internalisation du risque et des déchets : cycle infini de la revalorisation des ressources ; produire pour la longévité et le désassemblage, qui permet de réutiliser les ressources (input) ; interdire l'obsolescence programmée

Circuits courts : favoriser la production et la consommation locale

Education

Inklusion an Encadrement

Schüler mat verschiddenen Hannergrënn zesummebréngen an doduerch fördern:

Selwechten Ausgangspunkt fir jiddereen, Defiziter doheem/am soziale Milieu solle vum Staat kompenséiert ginn.

Besser aschätzen, wéieng Lafbunn ee soll aschloen (psychologeschen Test); am Ufank vum Lycée vill verschidden, ganz ënnerschiddlech Coursen ubidden, déi de Schüler erméiglechen, hire Wee ze fannen.

Proffen opklären, méi Pädagogie och fir Proffen: Mentoring, Update am Beräich vun der Pädagogie (Formationen)

Wäertschätzung vun de Schüler, souwuel Proff-Schüler, wéi och Schüler-Schüler, Toleranz an Openheet

Neie Schoulsystem, dee jidderee fördert

Keng Trennung zwëschen Classique, Technique a Modulaire, mee eenzel Coursë vu verschiddenen Niveauen (Ateliers och fir Classique) auswiele kënnen mat gewësser Limitéierung (z.B. zwou Sproochen, eng Science...)

Méi praktesch Coursë fir verschiddenen Domainen, Update op de neie Stand vun der Technik fir Proffen

Sektiounen iwwerdenken, Geschichtssektioun, Socialsektioun oder Leeschtungscours-System mat Mëschung vu Classique/Technique/Modulaire

Aner Themen usprechen, aus der Geschicht léieren, net déi selwecht Feeler erëm maachen

Eng Stonn pro Woch Aktualitéitscours, méi Schwéierpunkt op Nohaltegkeet/Aktualitéit (Aus der jonker Geschicht léieren) + Émgang sensibel Daten + Toleranz/Sensibiliséierung vu verschiddenen Handicaps

Alldagscours, Coursen iwwer Themen, déi een am Alldag beschäftegen (Steiererklärung, Kachen, Velo flécken) mat Referenz op Nohaltegkeet

Onofhängegkeet vun de Proffen, Note ginn anonym verginn: Objektiv Bewäertung

Flexibel Educationsmethoden

Verschidden Technologien notzen fir den individuelle Besoine vun de Schüler gerecht ze ginn

Einheetleche Cours, deen online accessibel ass (Syllabus), z.B. an der Mathe gëtt et ee Cours (vum Ministère ausgeschafft), deen als Basis gëlt a fir all Schüler accessibel ass.

Sou ass d'Note am finalen Examen manner vum eegene Proff ofhängeg.

Sociétéit

Chancegläicheit

Souwuel fir Geschlechter, wéi och fir Leit vu verschiddener Hierkonft (Och Prisonnéier...)

Gläiche Loun fir d'Aarbecht, gläich Chancen

Toleranz op der Aarbechtsplaz duerch Kommunikatioun a Respekt

Fokus op d'Qualifikatioun, Opklärung vu verschiddenen Handicaps

Soziale Wunnbau, Sozial Aarbecht, Jugendhaiser, dass Kanner, déi doheem Problemer hunn, eng Plaz hu, wou se sécher sinn

Fokus manner op der Schaff, méi um Liewen

Souwuel Männer, wéi och Frae sollen d'Méiglechkeet hunn, Job a Famill ze verbannen, a solle sech net entscheede mussen, Eltere solle sech hirer Responsabilitéit als Erzéier bewosst sinn/dat maachen

Work at home, Flexibele Choix vun der Wunnplaz, flexibel Aarbechtszäiten

Méi Engagement vun den eenzelne Leit, Méiglechkeeten, ze liewen, ouni mussen „fir Iwwerliewen ze schaffen“

Kampagnen, méi Sensibiliséierung fir Themen:

Nohalteg ze konsumméieren, bio, gesond, lokal, no waste

Protection vun den Daten

Opklärung vu verschiddenen Handicaps

Kultur

Konscht

Street Art

Accessibilitéit fir jidderee vu jidderengem

Mëttel fir d'Stëmmung (z.B. op der Aarbechtsplaz) opzewäerten; méi staatlech Ënnerstëtzung fir Konscht; oppe Plazen, fir Konscht auszustellen, ubidden; der Bevëlkerung, déi vläicht manner politesch engagéiert ass, eng Stëmm ginn



Schüler mat verschiddenen Hannergrënn zesummebréngen an doduerch fördern

Zu Gast

Betroffene Jugend

Kinder und Jugendliche sind von politischen Entscheidungen, die heute getroffen werden, am längsten betroffen. Aus diesem Grund muss und soll die Jugend noch stärker in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden werden.

Auch wenn viele Jugendliche an Politik interessiert sind, schrecken die allermeisten davor zurück, sich aktiv zu engagieren. Ein Grund dafür mag sein, dass viele junge Leute das Gefühl haben, dass sie nur wenig ausrichten können oder ihre Meinung nicht zählt. Allerdings: Wer sich nicht für eine Sache einsetzt, hat bereits verloren, ohne gekämpft zu haben.

Politik kann den Alltag der Jugend jedoch unmittelbar betreffen. Man stelle sich nur vor, von heute auf morgen würden die Studiensubsidien abgeschafft. In diesem Fall gäbe es wohl kaum einen Student, der dann nicht mit auf die Straße gehen würde, um zu protestieren.

In anderen Fällen jedoch fühlen junge Menschen sich häufig nicht betroffen, auch wenn es um Entscheidungen geht, mit deren Auswirkungen sie mittel- und langfristig leben müssen, beispielsweise die Absicherung des Rentensystems. Deshalb wäre es dringend erforderlich, bei der Jugend Berührungängste mit der Politik abzubauen. Das neu geschaffene Zentrum für politische Bildung muss hier eine wichtige Rolle spielen.

Jana Degrott ist Gemeinderat der Demokratischen Partei in Steinsel

Politik darf kein Tabu in der Schule sein, wo neben Fachwissen auch Politik in der Praxis gelebt werden muss. Die Einbindung der Schüler in Entscheidungsprozesse und mehr Basisdemokratie sind wichtige Pfeiler für ein gesteigertes Politikinteresse bei jungen Leuten. Politik gehört zur Schule wie sonstige Wissensvermittlung auch. In der Tat bietet die Schule den Jugendlichen einen idealen Rahmen, um eine Diskussionskultur zu fördern.

Über die Schule hinaus gibt es vielfältige Möglichkeiten um sich in jungen Jahren politisch zu betätigen, zum Beispiel in einer Jugendpartei oder im nationalen oder europäischen Jugendparlament. Spannend für politikinteressierte Jugendliche sind auch Simulationssitzungen der Vereinten Nationen und Programme von *UN Youth Delegate*.

Man muss jedoch nicht unbedingt politisch aktiv werden, es gibt auch andere Möglichkeiten, sich gesellschaftlich zu engagieren. Beispielsweise im humanitären und im sozialen Bereich, wo man sein politisches Bewusstsein entwickelt und gleichzeitig als Mensch wächst. Engagement für junge Menschen ist auf mannigfaltige Art und Weise möglich. Nicht nur, aber auch als aktiver Politiker. Wäre das nicht so, wäre ich jetzt nicht neugewähltes Mitglied eines Gemeinderats.

Die kleine Zeitzeugin

November Rehabilitierung



Szene aus *Faust – eine deutsche Volkssage* von Friedrich Wilhelm Murnau, 1926

Michèle Thoma

Ich verliebe mich gerade in den November, er macht es einer nicht leicht. Er ist keiner auf den ersten Blick. Eher auf den letzten. Er gilt als unattraktiv, hat wenig Fans, keine Lobby, kaum Likes, wer zählt schon die Tage bis November? Gedichte gibt es, sie sind immer schwermütig, mit Tod. Die Unbeliebtheit ist verständlich, die Düsternis, in die er uns verbannt, jetzt nachdem er uns auch noch die großmütig geliehene Stunde erbsenzählerisch wieder abknöpft, ja, wer denkt im Frühling an so was? Nicht einmal der Oktober kann sich den November vorstellen. Die, die können hauen ab, die andern schauen in die Glotze oder ins Glas. Licht- oder Alkoholtherapie, gibt ja allerhand Tricks. Dieser Monat des Nichts fängt schon tödlich an, rette sich, wer kann! Die Trümmer einer Sippe verkrümeln sich ins Ausland, der Tod bleibt denen, die sich nichts Besseres leisten können.

Seine elf Rivalen schneiden im Ranking wesentlich besser ab. Außer vielleicht der schmutzige Februar, der ist aber wenigstens kurz und es ist schon Frühling im Kopf und sonst wo. Die Kinder des Februar, die Wassermänner gelten als interessant, freiheitsliebend, individualistisch, Eigenschaften, die derzeit gut ankommen, das Zeitalter wurde gar nach ihnen benannt. Wer hingegen möchte im Skorpion-Zeitalter leben? Oute dich bei der heiteren Tischgesellschaft als Skorpionin, und man zuckt zurück und beginnt, dich streng ins Auge zu fassen. Hat man es doch geahnt! Wird dein Partner ein Skorpion sein, Gott behüte! Nachtragend, von finsternen Leidenschaften beseelt, unerbittlich, grausam, frau kann nicht früh genug warnen. Die machen eine fertig!

Außer sein Brot verdienen und seine Brut versorgen muss man im Monat des Nichts, im November, nichts

Vielleicht muss man selber schon ein bisschen November sein, um den November zu lieben. Natürlich nicht leidenschaftlich, das wäre vollkommen unpassend. Der graue Monat, wie er oft genannt wird, wie viele Grautöne gibt es, all diese schimmernden oder matten Graus, Perlgrau, Taubenflügelgrau, oder ist es Taubenflügelblau? Rauchblau und Zuckerwatterosa. Nicht das fiebrige Dezemberpink, wenn die Engelchen backen, es ist viel viel stiller. Raschelhour statt Rushhour, die rostigen Blätter haben eine rosige Aura, die Wandererin im Novemberrichts hat plötzlich die rosa Brille auf. Um dann langsam ins Dunkel zu wandern, von einem Baumgerippe zum andern, sie stehen hingegeben im Dunkel, hingegeben, klingt komisch 2017, beinahe suspekt. Hingegeben, vertrauensvoll, erwartungsvoll. Beinahe feierlich. In diesem Dunkel, das sie gerade befällt und sie schluckt, auch die Wandererin schluckt. Na und, wird immer vertrauter, trauter ... Das Lichtlein am Ende ...

Man braucht keine schamanischen Sitzungen, man braucht nur Nacht- und Nebel- Trips im November. Wenn die Krähe mal wieder Tacheles geredet hat, kann man immer noch mit gesträubtem Haar in die Glühweinnacht flüchten, diese Refugien gibt es ja schon Mitte des Monats. Oder in die Kultur, die Menschen lesen und tanzen und singen sich jetzt besonders gern tröstlich was vor.

Das Beste am November aber ist, was man alles nicht tun muss. Für leidenschaftliche Nichtstuerinnen ist es der beste Monat. Man muss nicht dauernd zwanghaft raus, weil es so schön ist, dass es nicht mehr auszuhalten ist, weil die Sonne so scheint oder der Schnee so glitzert, man kann in der Stube hocken, es ist weder Ostern noch Weihnachten noch irgend was Besonderes, die Gräber zählen nicht mehr, weil die sind ja tot dort, wie die meisten behaupten, oder fort, und die Lebenden sowieso, also auch kein Stress. Außer sein Brot verdienen und seine Brut versorgen muss man im Monat des Nichts nichts. Man muss nicht jauchzen wegen einem Frühling, der einen nur fertig macht mit seiner hysterischen Hyperaktivität und seinen Exzessen, als hätte man eine Überdosis, von was auch immer.

Im November kriegt man keine Überdosis Leben. Man muss nichts, nur sterben, wie die ultimative Kinderweisheit bzw. Weisheit lautet. Und das auch nur höchstens ein Mal.

Und dann kommt das Christkind!

Mobility

A better connected Luxembourg.

Why?

In an ever-connected world, facilitating human encounters should be a priority. A common problem established today has been lacking alternative forms of transport, congestion, and the environmental impact of the use of cars.

These problems are linked: by improving public transport connectivity we reduce the amount of cars on the road, and by reducing the amount of cars on the road we reduce congestion, which in turn benefits the environment.

Here we propose solutions to these problems to facilitate a better connected Luxembourg that embraces alternative modes of transport.

How?

Problem 1: public transport

Introduction to the problem:

Too many people travel by themselves in low fuel-efficient cars. This causes congestion, pollution and wasted resources.

There are limited bus routes outside Luxembourg City, making travel by public transport difficult in those areas.

Travelling by public transport is disproportionately harder than travelling by car, particularly outside of the city.

Solutions :

Smaller buses for less busy times of day and in more rural areas, making buses far more efficient. This can be achieved by holding a survey on peoples' travel habits.

Car sharing organised through companies and through local communes, removes cars from the road and improves community spirit.

Free buses in cities to incentivise the use of public transport.

Problem 2: road efficiency

Introduction to the problem:

Road works can be badly timed, worsening congestion and making roads inefficient.



We propose solutions to facilitate a better connected Luxembourg

Solutions:

Setting stricter time limits for construction companies, if necessary employing more workers to do so.

Better planned roads, specifically at busy intersections.

Problem 3: lack of access for bikes in Luxembourg City.

Introduction to the problem:

There are not enough bike lanes in Luxembourg City and not enough people using them.

Travelling by bike in the city is dangerous.

Solutions:

More bike storage to encourage bike journeys.

Bike lanes in the City. On existing streets this should be introduced as a separate lane on roads, or where possible, pavements. In the design of new roads, bike lanes should be accounted for using examples of Copenhagen and Amsterdam as models.

Extending the reach of Velo'h to more locations inside and outside of Luxembourg City.

Encouragement in schools. In the UK, the 'Walk on Wednesdays' was a successful campaign introduced by schools to get students to walk to school. This could be highly beneficial if applied to bikes.

DD99

Theater

Wie maßgeschneidert

Claude Reiles

Die zentralen Motive von Verwirrung und Verirung kulminieren, da hat der Vorhang sich kaum gehoben: In dichter Schwärze stolpert ein Jemand umher, mit hektischen Schritten, unverkennbar verloren. Das Klackern der schweren Sohlen führt die Nackenbewegung der suchenden Zuschauer in vage Richtungen. Dann taucht der Schein eines Spots den linken Teil der Bühne in zaghaftes Licht und offenbart ein Paar waise Lederschuhe. Ihnen nähern sich zögerlich die roten Wollstrümpfe des Jakob Michael Reinhold Lenz.

Mit dieser Szene führt Regisseur Frank Feitler in seine Dramatisierung zu Georg Büchners posthum veröffentlichter Erzählung ein: Der hessische Vormärzdichter erzählt von der Flucht des Stürmers und Drängers Lenz ins vogesische Steintal. Dort möchte er die Hilfe des Pfarrers und Sozialreformers Johann Friedrich Oberlin angesichts seiner zunehmenden geistigen Umnachtung in Anspruch nehmen. Das Dunkel mag stehen für die maximale seelische Verfinsterung und die „entsetzliche Stimme (...), die man gewöhnlich die Stille heißt, (...) es lässt mich nicht schlafen“. In diesen wenigen Sekunden wird szenisch dargestellt, was in der folgenden Stunde geschrien, beklagt und erzittert wird.

Luc Feit spielt J. M. R. Lenz mit vollem Körpereinsatz. Während seines Solo-Auftritts bedient sich der Schauspieler der minimalistischen Requisite (sechs Scheinwerfer, sieben Kübel) insbesondere, um das psychotische Zusammenspiel der Autorenseele mit der mal lebensfeindlichen, mal phantasierten Gebirgslandschaft wiederzugeben. An die Brunnenszenen angelehnt muss er sich mehrfach einen vollen Eimer Eiswürfel über den Kopf kippen, um seine wiederholt aufstoßenden Panikattacken abzufrieren: „Es war, als jage ihm was nach, und als müsste ihn was Entsetzliches erreichen, etwas das Menschen nicht ertragen können, als jage der Wahnsinn auf Rossen hinter ihm.“ Dann bewirft er Gesicht und Brust mit Asche, überzeugt davon, er müsse eine eingebildete Mordschuld büßen. Lichttechniker Daniel Sestak sorgt zudem dafür, die verstreuten Eiswürfel und Metalleimer in ein surreales Reflexionsspiel zu bewegen, die Lenz Hüpfen zwischen Traum-, Alltags- und Wahnwelt verbildlicht. Feit ermöglicht einen sehr körperlichen, vom Wahnsinn getriebenen, in seinen ästhetischen Ausführungen über Idealismus und Realismus reißerisch-schriillen Lenz.

Genau in dieser Eigenart begegnen sich Glück und Problem des Theaterabends: Feits mimische



Luc Feit spielt J. M. R. Lenz mit vollem Körpereinsatz

Übermäßig, doch ungemein effektiv arbeiten Frank Feitler und Luc Feit das Schrille und Komische aus Georg Büchners *Lenz* heraus

Verdienste konzentrieren sich weitestgehend auf das Schrille, Clowneske, Komisch-Schräge. Die Rolle des Lenz, die Feitler und Feit seit Jahren erarbeitet haben, wirkt gerade deshalb wie maßgeschneidert, passt hier wie die Faust aufs Auge. So manch vertrackte Umlautung des „a“-Lauts und die überzogene Betonung der Infinitiv-Endung ist auffällig, doch immerhin trägt er die Produktion über siebzig Minuten hinweg allein. Nein, diese Momente sollten nicht ins Gewicht fallen. Fraglich ist jedoch, warum sich Regisseur und Schau-

spieler zu einer derart komödiantischen Interpretation der Titelfigur entschieden haben. Büchners Vorlage ist fraglos nicht frei von Humor, wirkt ernster, tragischer, finsterer. Keine Frage, die Neuinterpretation ist stimmig und funktioniert. Ist aber gerade deshalb ihr komisches Potenzial herausgearbeitet worden, weil Feit insbesondere diese Züge so sehr beherrscht?

Sei's drum, Frank Feitlers Arbeit zur Vormärzliteratur ist ein voller Erfolg. Unter minutenlangem Applaus verabschiedet sich Lenz ins Dunkle mit den Worten: „Sein Dasein war ihm eine notwendigen Last. – So lebte er hin“. Kurzweilig ist dieser Theaterabend in seiner Dramaturgie, mit herrlich minimalistischer Kulisse und einem Darsteller, der die Zuschauer mitreißt. Unvergesslich bleibt jene Sekunde, in der er seinen Lenz den Namen des Dichterfürsten Goethe literaturtheoretisch abfällig aussprechen lässt, der Art, wie man sie in Worte schwerlich fassen kann. Das muss man gesehen haben, so zum Beispiel am heutigen Freitag im TNL.

Lenz von Georg Büchner; Regie: Frank Feitler; Regie-Assistenz: Tom Dockal; Licht: Daniel Sestak; Mitarbeit: Sabine Vintua; mit Luc Feit. eine Kreation der Théâtres de la Ville de Luxembourg und des TNL. Weitere Vorstellungen am 17., 22. und 23. November. Karten im Internet unter luxembourg-ticket.lu sowie unter Tel.: 47 08 95-1. Informationen: www.tnl.lu.

Zeitgenössischer Tanz

Das Leben als Rausch

Wer verstehen will, wieso Michael Clark in den 80-er Jahren zur Kultfigur des Modernen Tanzes wurde, muss sich auf seine Choreographie *To a simple rock'n' roll ...song* einlassen! Darin vermischt er Klassik mit den Punkrockklängen von Patti Smith, bringt, ausgehend vom klassischen Ballett, die Formen zum Explodieren, um den Abend am Ende zu den Klängen von David Bowie mondän ausklingen zu lassen. Die drei Musikstile wie die Choreographien könnten kaum unterschiedlicher sein und verschmelzen doch zu einem großen Ganzen, einem Kaleidoskop von Formen und Farben, denn Clark zeigt in knapp ein-

Von puristischen Formen zum Punk: Michael Clarks *To a simple rock'n' roll ...song* im Grand Théâtre

Die Ouvertüre beginnt mit Erik Saties *Ogive*-Komposition. Zu den düsteren, harten Klavier-Tonfolgen hat Clark klassische Ballettschritte zu einer strengen Choreographie verwoben. Wie Marionetten bewegen sich die Tänzer mit gradlinig ausgestreckten Armen und schafften geometrische Formen. Die Bühne ist dabei in warmes Gelb getaucht. – Eine Reminiszenz an das klassische Ballett, wie eine Hommage an den französischen Komponisten.

Einen abrupten Bruch bildet der zweite Akt *Land*. Zu Patti Smiths *Horses* hat Clark eine dynamische Choreographie entworfen, die durch eine psychedelische Zahlen-Video-Projektion *Painting by numbers* (Charles Atlas) zu einem rauschenden Tänzerlebnis wird. In schwarzen Lacklederhosen mit Schlag wirken die Tänzer wie auf einem Drogentrip. Hypnotisch ist der Effekt auf den Zuschauer, den die Choreographie im Zusammenspiel mit den einem entgegenspringenden Kreisen und Spiralen hineinzieht wie in einen Rausch. Tanz ist in diesem Teil der Clarkschen Choreographie Leben, und das Leben ist Rausch! Im dritten Akt löst sich der Diskoeffekt auf. In hautengen silbernen Anzügen werden die Tänzer Aliens gleich zum Song *Blackstar* von David Bowie eine spacey Atmosphäre kreieren. Deren schwingende Bewegungen werden irgendwann clownesk. Clark bricht seinen Stil, bricht irgendwann alle bekannten Regeln und Formen der Tanzsprache, und man versteht, wieso sein Tanzstil für „Punk“ steht. Fast wirkt es so, als würde Clark seine Tänzer dazu bringen wollen, sich selbst zu persiflieren, einem entgegenhalten: Es ist alles nicht so ernst! In tiefes Blau getaucht, hat das Szenario am Ende etwas Apokalyptisches. Michael Clarks Choreographie *To a simple rock'n' roll ...song* ist musikalisch wie tänzerisch eine Gratwanderung vom klassischen Ballett hin zum Rock'n Roll und ein farbenprächtiger, hypnotischer Rausch, der viel zu schnell vorbei ist. Anina Valle Thiele

Michael Clark Company, *To a simple, rock, n' roll ...song*, Choreographie: Michael Clark; Lichtdesign: Charles Atlas; Kostüme: Stevie Stewart und Michael Clark; Tänzer: Harry Alexander, Daniel Corthorn, Sophie Cottrill, Kieran Page, Oxana Panchenko, Rowan Parker, Alice Tagliento, Benjamin Warbis. Keine weiteren Vorstellungen in Luxemburg.



Clark zeigt in knapp eineinhalb Stunden die ganze Bandbreite an tänzerischen Formen seines Ensembles

Theater

Leben, Liebe, Lüge

josée hansen

Die Butter auf dem Tisch ist das erste, das Tom (Konstantin Rommelfangen) im Haus bemerkt, als er es alleine durchstreift, es entdeckt als die Kulisse in dem Er, seine große Liebe, die zu beerdigen er aufs Land gekommen ist, aufwuchs. Als die Mutter Agathe (Christiane Motter) nach Hause kommt und ihn sieht, schreit sie nicht, auch wenn sie es eigentlich hätte tun müssen: eine Frau, alleine mir einem Fremden. „Er hat mir nie von dir erzählt...“, wundert sich Agathe, glaubt, ihr Sohn und Tom seien „Kumpels“ gewesen. Tom kam, um Abschied von seinem Freund zu nehmen, er hatte sich vorgenommen, allen zu sagen, dass mit ihm ein Teil seiner Selbst gestorben ist. Aber er muss feststellen, dass sein Geliebter seiner Familie seine Homosexualität verschwiegen hat. Wie er ihm verschwiegen, dass er einen großen Bruder, Francis (Pitt Simon), hatte. Ab da entwickelt sich eine Tragödie antiken Ausmaßes um Liebe, Verrat und Familie.

Der kanadische Schriftsteller Michel Marc Bouchard schrieb *Tom auf dem Lande* 2011, 2014 verfilmte Jungtalent Xavier Dolan den Text und feierte damit erste Triumphe; das Stück tourt mittlerweile durch die halbe Welt. Bouchard und Dolan erzählen beide vor allem eine Geschichte des Schwulseins, der Schwierigkeit vieler Junger, sich in einem ländlichen Milieu zu outen und trotzdem noch von ihrer Familie geliebt zu werden. Bouchards Dialoge sind spritzig, schnell, frech und manchmal sogar witzig. Max Claessen, der als letztes Luc Spadas *Pura Vida* in Luxemburg inszeniert hatte, setzt

Familiendrama in der Provinz: Max Claessen inszeniert *Tom auf dem Lande* von Michel Marc Bouchard am Kapuzinertheater

alles auf die Enge der Verhältnisse auf dem Land, indem er mit Bühnenbildnerin Mirjam Benkner den schon kleinen Bühnenraum noch verengt und eine perspektivische Guckkastenbühne hineinsetzt (die dann doch sehr an Jean Flammangs Arbeit für *L'heure grise*, vor zweieinhalb Jahren am gleichen Ort, erinnert). Die Musik von Christoph Coburger unterstreicht die Dissonanzen in der Familie, eine E-Gitarre, die von Anfang an der Verzerrung in dieser Gesellschaft eine Form gibt.

Alles das, um anzudeuten, dass sich etwas verschoben hat in Toms Leben und im Leben der Familie. „Der plötzliche Verlust eines Menschen ist ein abgerissenes Band“, schreibt der Autor im Vorwort zum Stück. „(...) Die zerfransten Lebensfasern – von Tom, der Mutter und dem Bruder des Toten – wollen sich aus Überlebensinstinkt neu verbinden, mit einem anderen zerfransten Strang.“ Und so sucht ihn Tom in diesem, ihm unbekannten Umfeld, den anderen Strang. Wie Francis auch in Tom einen Ersatz für seinen Bruder sucht, der in Wirklichkeit schon lange mit seiner Familie gebrochen hatte, weil er sich erdrückt, eingesperrt, belogen fühlte.

Der schöne, schwule, in Konstantin Rommelfangens Interpretation sehr oberflächliche Tom will so gar nicht zu diesen grobschlächtigen, armen Bauern passen. Er, der Spezialist für Synonyme in einer Marketingfirma in der Großstadt ist, hasst die Fliegen, den Geruch, den Glauben dieser Familie. Besonders dank dem sehr würdigen, zurückhaltenden Spiel von Christiane Motter als vom Leid gezeichnete Mutter offenbart Claessens Inszenierung auch ein Element, das Dolan zum Beispiel kaum in Betracht zieht: der unausstehliche Sozialrassismus des Typen aus der Werbeklitsche gegenüber der Armen, die sich jeden Tag den Buckel krumm schuften und trotzdem den Hof kaum halten können. Francis, den Pitt Simon sehr brutal anlegt, hasst die Kojoten, die Maisfelder und die verlassen Höfe der Nachbarschaft genauso wie es sein Bruder tat. Doch aus Liebe und Solidarität zur alleinstehenden Mutter ist er geliebt, eine Ausflucht findet er nur bei den Rumbaklängen, mit denen er die Kühe beim Melken beschallt. Und so ist Claessens

Inszenierung, die getrost um eine halbe Stunde Hiebe und Triebe gekürzt hätte werden können, sehr politisch. Und zwar nicht unbedingt dort, wo man es erwartet hätte.

Tom auf dem Lande von Michel Marc Bouchard, ins Deutsche übersetzt von Frank Heibert, inszeniert von Max Claessen, Assistenz: Daliah Kentges; mit: Christiane Motter, Gintare Parulyte, Konstantin Rommelfangen und Pitt Simon; Bühne und Kostüme: Mirjam Benkner; Musik: Christoph Coburger; eine Produktion der Théâtres de la Ville in Koproduktion mit dem Staatstheater Saarbrücken; weitere Aufführungen im Kapuzinertheater am 18., 21. und 28. November; theatres.lu



Im Schlepptau: Francis (Pitt Simon) und Tom (Konstantin Rommelfangen)

Luxemburgensia

Nah an den Dingen

Elise Schmit

Ausschlaggebend ist fast immer die Natur in Ulrike Bails Gedichtband *Die Empfindlichkeit der Libelle*, der in der ersten Jahreshälfte bei Éditions Phi erschienen ist. Kalter Wind am Meer, Nadelwälder, eisiger Wintereinbruch. Der Band enthält in der Regel sehr knappe Texte (die meisten um sechs kurze Verse), die die Autorin in fünf thematisch jeweils zusammenhängende Abteilungen oder Zyklen gruppiert. In allen findet sich der Abdruck einer in Sprache übersetzten Sensorik, ein Drang zu Konkretion und Unmittelbarkeit bei der Wiedergabe von Sinneseindrücken. Bail scheint dabei einer Art phänomenologischem Credo zu folgen, als stünde mit jedem Text das poetische

Ulrike Bails Wortschöpfungen benennen treffsicher und genau; sie nehmen sich oft wie natürliche Ergänzungen des Wörterbuchs aus

Verfahren erneut auf dem Spiel: Wie begegnet die Welt in dem Augenblick, den der Text sprachlich verdichtet, und was ist die Welt in dem Augenblick dem, der sie ansieht?

Oft ist der Betrachter in diesen Gedichten als Dichter (bzw. Dichterin) zu erkennen, etwa in „meer-fluchten“, wo es heißt: „mit salzrissigen lippen/ sich niederlassen jenseits/ der küstenlinie spiegelt ein/ papierener himmel blau“. Sich also hinsetzen („niederlassen“) vor dem Panorama wie vor einem blau beschriebenen Blatt: In der Naturbeobachtung wird aus dem Gegenstand der Beobachtung, dem Himmel über dem Meer, eine Spiegelung der Schreibunterlage des Schriftstellers. Bails Wortschöpfungen – wie dieses „salzrissig“ – benennen treffsicher und genau; sie nehmen sich oft wie natürliche Ergänzungen des Wörterbuchs aus. Wo der Betrachter subtil durch eine Pars pro toto angedeutet wird (wie hier durch die vom Meerwind rau gewordenen Lippen), werden die Texte leicht zu Projektions- oder Identifikationsflächen für die Vorstellung des Lesers. Das ist auch der Fall in den wenigen Liebesgedichten, die sich ohne weiteres als universale „ich und du“-Konstellationen lesen lassen. Vor allem aber trifft es auf die Gedichte zu, in denen der Blickpunkt gar nicht näher umrissen wird, sondern ganz in der Beschreibung der Phänomene aufgeht. So erfasst der Text „ausgebeint“ in wenigen Worten die desolote Stimmung, in die einen die Betrachtung einer entkernten Wohnung versetzen kann – ohne den Betrachter oder seine Gefühlslage explizit benennen zu müssen: „abgezogen von den wänden/ hinausgeschafft drei mulden/ sortiert nach holz papier zement/ an der klingelschnur hängt - - / wenn es still wird/ der staub in die ritzen/ zurückkehrt“.

Etwas weniger leicht fällt der Zugang zu den Gedichten, in die Bail mit „sie“ und „er“ Perspektivfiguren einführt. Das lässt sich beispielsweise im dritten Teil des Bandes beobachten, der die Rückkehr in eine altvertraute Umgebung beschreibt, in ein „mutterland“ (S. 26), das kein Zuhause mehr ist. Im Zusammenhang zeigen sich



„mit salzrissigen tippen/ sich niederlassen jenseits/ der küstenlinie spiegelt ein/ papierener himmel blau“

narrative Ansätze, ein irgendwie widerwilliges Nachhausekommen, ein Erinnern an Dinge, die erst freigelegt werden müssen. Dass die Eindrücke einer Perspektivfigur („sie“) zugeschrieben werden, hält den Leser auf Distanz; die entsprechenden Texte haben es schwerer, ihn wirklich für sich einzunehmen.

Bemerkenswert, insbesondere angesichts der Kürze der Texte, ist das offensichtliche Bestreben der Autorin, die Aufmerksamkeit des Lesers durch die Machart der Texte festzuhalten. Rein sprachlich schafft schon die Abwesenheit von Großbuchstaben und Interpunktion Ambiguitäten, die erst eine konzentrierte Lektüre auflösen kann. Ähnlich verhält es sich mit einer Unterteilung in Verse, die nicht mit der syntaktischen Ordnung übereinstimmt. Es liegt am Leser, sinnvolle Zuordnungen zu schaffen und zu erkennen, wo neue Gedanken ansetzen. Die Lektüre gestaltet sich so anspruchsvoller, als ein erster Blick ins Buch vielleicht vermuten lässt.

Thematisch aus der Reihe fällt der fünfte Teil des Buches, auch wenn Bail hier dasselbe poetische Verfahren der phänomenologischen Genauigkeit und Konkretion anwendet. Unter dem Titel „zählt fünf brunnen fünf“ (eine Anspielung auf Cinqfontaines) vereint Bail neun Gedichte, die sich mit dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust befassen. Wo die restlichen Texte sich auf Erfahrungen und Eindrücke beziehen, die in ihrer Einfachheit zeitlos scheinen, wirken diese historisch verankerten Gedichte wie Fremdkörper in einem ansonsten sehr konsistenten Band. Sie wären in einem späteren Buch mit anderer thematischer Gewichtung vielleicht besser aufgehoben gewesen.

Schön ist dennoch eine Poesie, die – statt mit wilden Metaphern aufzutrumpfen – selbst dort noch um das genaue Wort ringt, wohin man ihr kaum mehr folgen kann.

Ulrike Bail: *Die Empfindlichkeit der Libelle*. 78 S. Graphiti D-26, Éditions Phi, Esch-sur-Alzette 2017. ISBN 978-99959-37-38-6.

Musique live

Seul sur son île



Sam Herring : leader naturel, personnalité flamboyante, look de boucher-charcutier, attitudes punk, regard perçant, voix gutturale en courant alternatif n'a pas failli à l'Atelier

Sébastien Cuvelier

C'est la fin du concert de Future Islands à l'Atelier, et Sam Herring, assis à l'avant de la scène, ressemble à un naufragé qui aurait dû nager des heures durant jusqu'à la plage d'une île déserte afin d'échapper à la mort. Sa chemise trempée luit dans les lumières qui lentement se tamisent. Certaines personnes quittent déjà la salle, mais les vrais fans restent jusqu'au bout d'un morceau calme et triste, la seule chanson de la soirée où on peut enfin respirer, où les jambes ne bougent pas toutes seules au rythme d'un beat irrésistible. Pendant une heure et demie, le trio de Baltimore (quatuor sur scène) a enchaîné une décennie de morceaux et n'a jamais véritablement faibli.

Depuis quelques années, tout amateur de musique digne de ce nom sait que Future Islands promène une réputation *live* dont peu de groupes peuvent se targuer. La raison principale est Sam Herring : leader naturel, personnalité flamboyante, look de boucher-charcutier, attitudes punk, regard perçant, voix gutturale en courant alternatif et pas de danse à ravager le *dancefloor* de n'importe quel bar du Marais parisien. Sur la scène de l'Atelier, il n'a pas failli, au contraire. Après une mise en bouche relativement tranquille, l'énergie du public n'a pas tardé à le contaminer, et aucun recoin de la scène de la rue de Hollerich n'échappa à ses gouttes de sueur.

Depuis quelques années, tout amateur de musique digne de ce nom sait que Future Islands promène une réputation *live* dont peu de groupes peuvent se targuer

Au niveau des tubes, on aura tout eu ou presque : *A dream of you and me*, *Doves*, *Spirit*, *Balance* ou encore l'incontournable hymne *Seasons* (*Waiting on you*), qui a bien entendu récolté tous les suffrages à l'applaudimètre. Outre les classiques, on aura néanmoins apprécié nombre de morceaux, même dans les tout nouveaux tirés de l'album *The far field* sorti récemment, notamment les deux singles *Ran* et *Cave*. Comment pourrait-il en être autrement ? Autant l'incandescence de la pop de Future Islands est agréable pour une petite sauterie à la maison avec des amis et des voisins sympas, autant la scène magnifie ce sentiment grâce à l'implication physique de son *frontman*. C'est là qu'on comprend toute la vulnérabilité du personnage et la valeur émotionnelle de ses textes, d'une mélancolie extrême, parfois tristes à mourir. Cette personnalité torturée qu'on soupçonne se débat devant nous, serre du poing, se frappe la poitrine, écrit dans le vide des mots sans nul doute puisés dans les écrits de la *Beat generation* et dans les poèmes de Theodore Roethke, chers à ce lecteur avide.

C'est ce paradoxe musical, cette opposition entre une *synthpop* somme toute assez prévisible jouée par des musiciens statiques faisant presque office de simples accompagnateurs, et une énergie punk, délirante, incarnée par un *freak*, qui fait de Future Islands un groupe à part. Alors oui, c'est répétitif, oui les intros des morceaux sont quasi toutes les mêmes, mais franchement on s'en fiche, trop content qu'on est de profiter de 90 minutes avec ce type attachant, vrai, passionné, n'oubliant pas au passage de remercier le public pour lui permettre de vivre un rêve éveillé. Un rêve contagieux pour des spectateurs ravis qui s'endorment plein d'étoiles dans les yeux.

Cinéma

Hors les murs

Marylène Andrin-Grotz

Au début, personne n'ose parler. C'est normal, les rassure-t-elle. Autour de la table, ils sont sept. Ils ont vingt ans ou à peine, des histoires différentes, des trajectoires un peu bancalées. C'est la mission locale qui les envoie faire un stage et cette fois, l'écriture a remplacé la maçonnerie. Quelques idées viennent briser la glace : il faudrait un cadavre, il faudrait le port, il faudrait une vengeance. Olivia Dejazet (Marina Foïs), autrice de polars, les guide dans les codes du genre. Sous le soleil, elle écoute, filtre, respecte beaucoup la parole donnée par ces jeunes de La Ciotat, petite ville portuaire du sud de la France qui a connu le faste et la chute du chantier naval. Et puis, il y a Antoine (Matthieu Lucci), qui refuse le fil. Peu concerné par la ville d'avant, celle dont on ne fait que se souvenir, le chantier, la fierté puis les luttes, le sentiment d'appartenance. Lui non plus ne sait pas à quoi il rêve, coincé entre des grues fantômes et des calanques paradisiaques. Il se dessine un avenir dans l'armée, là où on lui donnerait un but clair, identifiable. Olivia se heurte à ce jeune homme revêche, qui remet en question le déroulement des heures d'écriture et qui va la bousculer dans ses certitudes.

Presque dix ans après sa Palme d'or pour *Entre les murs*, le cinéaste Laurent Cantet filme à nouveau la difficulté de la transmission dans *L'atelier*. Loin des murs parisiens et des chaises qui claquent au rythme des *punchlines* des élèves, le film joue sur ce décor gorgé de soleil où l'ennui se mesure au chant des cigales et au silence pesant du chantier. Désormais, l'activité se passe au port de plaisance, à la rénovation des yachts de milliardaires, une condition qui fascine les

jeunes. Dans le fantasme de l'argent, il y a la drogue, la violence, comme s'il ne se gagnait que par le crime. Cantet, aidé au scénario par Robin Campillo (réalisateur de *120 battements par minutes*), est d'abord un habile metteur en mots. Ici encore, l'énergie des personnages passe par leurs joutes verbales. Cette fois ci, le contenu-même est en jeu. Antoine, interprété par un jeune homme local qui fit sensation à Cannes, choque et pose ainsi la question du geste d'écrire, de la responsabilité de l'auteur. Sujet identifié, il existe en dehors de l'atelier, il est inscrit dans un cercle familial, plutôt passif, mais aussi amical. Dans les nuits noires du port, la bande joue à se faire peur, mais le courant identitaire dans lequel s'inscrit l'esprit collectif est bien réel : c'est une jeunesse gagnée par l'ennui, mais qui a peur et qui danse sur les tombes que montre le cinéaste. Le personnage de l'écrivain installée, ouverte d'esprit mais pétrie de convictions sur la manière d'enseigner l'écriture, permet de transgresser



Antoine (Matthieu Lucci) et Olivia Dejazet (Marina Foïs)

Dans *L'atelier*, le cinéaste Laurent Cantet filme à nouveau la difficulté de la transmission

toutes les lignes narratives tracées pendant la première partie du film. Olivia, par sa quête de sens, sa curiosité et ses recherches sur cet âge délicat du sortir de l'adolescence, va se retrouver en position de manipulatrice, puis de manipulée.

Domage, alors que l'intrigue prenait une tournure plus instable, plus inquiétante, que le récit se réinstalle tranquillement sur le rail du consensus, usant même de quelques redondances dans les dialogues.

Le personnage d'Antoine, complexe et en tension constante, est passionnant. Mais sa confrontation avec Olivia, celle qui sait dire le pourquoi et le comment des choses, aurait mérité davantage que cette fuite stoppée en plein élan. L'émotion est en effet trop contenue, trop encadrée par l'idée d'en faire un exemple, presque une démonstration. De même, la caméra habituellement organique de Pierre Milon est ici bien trop picturale et ne saisit plus que l'évidence de cette ville-clichés.



HARD TO PICTURE
A TRIBUTE TO AD REINHARDT
MUDAM 17/06/2017 - 21/01/2018

Visites d’atelier

Le situationnisme abstrait de Laurianne Bixhain à Montréal



Laurianne Bixhain à la Fonderie Darling qui, avec sa programmation internationale pointue, préserve un air de nonchalance, de liberté et d’esprit critique



Sofia Eliza Bouratsis

Que reste-t-il à photographier à l’époque où la communication par l’image fixe ou animée est omniprésente dans la vie quotidienne ? Ou plutôt : Comment photographier ? Que signifie montrer par l’image ? Comment être une jeune photographe, quand les « prises de vue », ces captations du réel devenues accessibles à tous, ont envahi internet, les réseaux sociaux, nos flux de messages personnels et, en réalité, absolument tous les niveaux de la vie – de la banalité à l’extravagance. Ces questionnements assez angoissants tout de même qui préoccupent tous les spécialistes et professionnels de l’image n’empêchent pas la créativité de l’artiste Laurianne Bixhain, qui semble avoir adopté une position « méta » face à ces problématiques – « méta » ou « extra », quoi qu’il en soit, elle se situe en amont de la narration et de la vénération du trivial ; au-delà du récit de soi auto-centré, ennuyant et si cher à tant d’artistes actuels ; bien loin aussi d’une esthétisation des malheurs du monde qui, à tour de rôle, deviennent à la mode. Et pourtant, ses photographies concernent ce que l’on appelle « la vraie vie » : notre rapport quotidien à l’architecture qui nous entoure et à l’espace urbain qui constitue le dispositif premier de la mise en scène de la vie quotidienne.

À travers une bourse du Fonds culturel national (projet réitéré tous les ans), l’artiste luxembourgeoise poursuit donc actuellement – et en tout pendant trois mois – ses recherches en résidence dans les locaux de la très inspirante Fonderie Darling à Montréal. L’ancienne fonderie et son entrepôt ont été convertis en centre d’art (d’expositions et de résidences) il y a une vingtaine d’années, le caractère original de l’édifice ayant été préservé, on entre dans ce lieu un peu comme on si l’on entrait dans une partie de l’histoire de la ville nord-américaine. Nous sommes dans un ancien quartier ouvrier, aujourd’hui réaménagé et gentrifié et qui est donc devenu l’un des coins les plus « hype » de Montréal. La Fonderie Darling, avec sa programmation internationale pointue, préserve cet air de nonchalance, de liberté et d’esprit critique qui caractérise aussi sa fondatrice, Caroline Andrieux, et probablement les projets qu’elle choisit d’y accueillir (avec comités de spécialistes etcétéra évidemment).

Le lieu est en effet particulièrement intéressant pour l’artiste dont les préoccupations concernent nos rapports à l’environnement construit, au déclin des industries et à la technique. Intéressant aussi, pour la jeune Luxembourgeoise de se retrouver dans un contexte international si différent que celui du petit pays : Montréal est une ville où des jeunes de partout viennent créer leur vie, souvent seuls et à partir de zéro – mais dans une version contemporaine, parfois *hipster* parfois avant-gardiste, du rêve américain. Et toute cette population jeune de la ville est inévitablement très mobile, à l’image des artistes-voyageurs du monde, et notamment des jeunes artistes qui vivent souvent d’une résidence à l’autre (elle sera d’ailleurs en résidence à la Fondation Biermans-Lapôtre à Paris en janvier et février 2018).

Laurianne Bixhain a sa méthode : elle arpente les villes, observe leurs structures et nous donne à voir une sélection-composition méticuleuse d’images abstraites, souvent ambiguës

L’artiste pointe immédiatement la difficulté première inhérente à cette mobilité : malgré la joie du voyage et de la découverte, il est très difficile de s’accrocher au présent et de s’y installer pour travailler. Telles sont les thématiques de la première partie de notre conversation : Comment, dans le cadre de ce nomadisme à la fois heureux et troublant, vivre dans

le présent ? Comment se concentrer et s’y ancrer afin de créer. Comment constituer son fil ?

Laurianne Bixhain a sa méthode : elle arpente les villes, observe leurs structures, elle photographie des lieux différents, et dans des villes différentes – tours, voitures, machines, fenêtres, écrans – et nous donne à voir une sélection-composition méticuleuse d’images abstraites, souvent ambiguës. Il y a des détails de structures, des cadrages étudiés à chaque détail près, des images sensuelles parfois (à travers leur matérialité, leur texture et les formes qui s’y déploient), des résultats techniquement très pointus et des images qui deviennent concrètes au fur et à mesure que le regard s’y plonge : l’on voit alors que les points lumineux sont en réalité un écran, que le « drapé » voluptueux est celui d’une voiture, etc.). Si l’artiste travaille à libérer l’image de son référent en lui soustrayant les évidences, les dispositions des bâtiments ou des objets tels qu’elle les capture dévoilent constamment leur fonctionnement et leur rôle dans la société.

En réfléchissant donc sur son entourage – ce qu’elle revendique comme étant une intention politique – Laurianne Bixhain prête attention aux formes, aux dispositifs : c’est à travers leur agencement qu’elle construit ensuite ses projets qui relient souvent plu-

sieurs villes dans lesquelles elle réalise des résidences ou des voyages. Les photographies (analogiques ou numériques) sont aussi importantes que leur développement ou impression, que le choix du support (papier) et que la méthode de monstration (livre, exposition, accrochage). L’enjeu du travail se situe ainsi dans la subtilité de la composition de l’image, de la série, des informations. Laurianne Bixhain précise : « Il s’agit de connecter des villes plutôt que de représenter une ville particulière. De donner une [ma] sensation de la vie dans une ville. Le résultat est une fiction : sensations de différents lieux mélangés ». Il faut alors plonger, se laisser prendre par l’image.

À la question de savoir ce qui se passe dans son travail, ici à Montréal, l’artiste répond en mentionnant un élément caractéristique fondamental de cette résidence : c’est un projet de recherche, elle n’est pas obligée de produire une œuvre à son issue (mais l’option existe et elle y travaille). Ce qui l’intéresse maintenant c’est l’entrée du corps humain dans les paysages urbains qu’elle photographie : la vie quotidienne qui interfère avec l’œuvre d’art, les corps qui entrent dans son cadrage. Et là encore, elle précise : « Il n’est nullement question de décrire une partie de vie personnelle et de plonger dans l’intimité des sujets photographiés, il s’agit surtout de créer une ambiance, qui ressemblerait plutôt à un extrait de film : de jouer autour des équilibres entre le corps, l’architecture et le paysage ».

Une sensibilité extrême caractérise la manière de l’artiste de montrer son travail et d’en parler. Le désir – de celle qui n’a pas de compte Facebook ou Instagram – de vivre de manière poétique est évident. Elle prend le temps de s’extraire de la rapidité de la vie quotidienne pour réaliser ses dérives urbaines qui – à l’image des situationnistes qu’elle cite à quelques reprises – revêtent de cette poésie questionnante. L’on pourrait même évoquer la « psychogéographie », ce concept que Guy Debord définit comme « l’étude des lois exactes et des effets précis du milieu géographique, consciemment aménagé ou non, agissant directement sur le comportement affectif des individus ».

Les évolutions contemporaines de la géographie urbaine et de l’architecture – car comme l’artiste remarque « l’on ne dessine pas les mêmes bâtiments au crayon que sur ordinateur » – sont d’une certaine manière anticipées dans les débris de l’industrie qu’elle choisit de photographier. Son approche rappelle ainsi le projet situationniste qui soulevait à l’espace vécu et théoriserait cette pratique artistique pour constituer non seulement un outil qui donnerait toute leur place aux émotions, mais également un instrument politique destiné à contester toute forme d’autorité qui s’exerce sur ces espaces – urbains, émotionnels et, en dernière instance, corporels. Un situationnisme photographique du détail donc, à la fois abstrait et contemporain, et une chorégraphie du corps face à l’architecture : voilà ce qu’il y a, entre autres, à capturer dans le travail de Laurianne Bixhain.

Cinémasteak

Pastorale américaine

How green was my valley est construit en *flash-back* comme le roman éponyme de Richard Llewellyn dont il est l’adaptation. Il met en scène les souvenirs d’un enfant, le dernier d’une fratrie de sept (six garçons, une fille), au sein d’une famille de mineurs du Pays de Galles, au XIX^e siècle. Le film traite frontalement la question du travail ouvrier dans les mines, celle du chômage, de la grève et du départ d’une population pauvre vers la terre promise américaine. Tardivement associé à un projet entièrement porté par le producteur de la 20th Century Fox Darryl Zanuck, John Ford ne participe ni à l’écriture du scénario, ni au choix des acteurs, même s’il dirige pour la première fois dans ce film, Maureen O’Hara, qui deviendra par la suite une de ses actrices fétiches. Dans le système à la fois rigide et collectif du studio hollywoodien, le réalisateur n’est pas un « auteur » mais un employé comme un autre. Ford y impose malgré tout son style et sa vision du monde grâce à la direction des acteurs et à la mise en scène. Il puise dans les souvenirs de sa propre tradition familiale, irlandaise et catholique, notamment à l’occasion des scènes du mariage et des chants traditionnels. Il s’inspire des gestes de son père et de sa mère pour construire les rôles des parents de la famille Morgan. Surtout, il transpose jusque dans l’image, l’iconographie biblique et son thème de prédilection : la grandeur morale des petits face à l’hypocrisie et à l’égoïsme des puissants. Le récit du travail et de la joie des mineurs, est une transposition littérale du cycle de la vie, de la mort et de la résurrection chrétienne.

***How green was my valley* et *The grapes of wrath* sont les deux réalisations de John Ford les plus spontanément associées au genre du film social**



Confié initialement à William Wyler, le film devient sous la direction de Ford « moins réaliste et plus sentimental » selon le témoignage du scénariste Philip Dunne. Mais sur la lancée du succès international du roman de Llewellyn paru deux ans plus tôt, l’adaptation cinématographique est un triomphe critique et public. *How green was my valley* est la seconde meilleure recette de l’année en salles aux États-Unis et obtient cinq Oscars dont celui du meilleur film devant *Citizen Kane* d’Orson Welles.

À la sortie du film en France, après la guerre, le critique fasciste Maurice Bardèche exaltait « toute cette joie biblique du travail et de la vie, ce sentiment puissant de la terre, de l’ordre de la durée, de la sérénité d’autrefois », pendant que son rival communiste Georges Sadoul dénonçait « un anti-Germinal à « la mise en scène assez pompeuse », avec « pas mal de prêchi-prêcha ». C’était oublier le conflit central entre le père et ses propres fils, qui apparaît dans le film sous la forme de l’opposition entre paternalisme et socialisme. La préférence des communistes allait au John Ford de *The grapes of wrath*, plus fort, plus engagé politiquement, plus bouleversant également. Il est vrai que dans ce dernier, le messianisme socialiste se mariait avec le messianisme religieux. Il est vrai également que le christianisme populaire de John Ford n’est jamais bien éloigné du christianisme primitif lequell est une variante de l’utopie communiste. Fabrice Montebello

How green was my valley de John Ford (États-Unis, 1941, vostf, 118’), sera projeté à la Cinémathèque, place du Théâtre à Luxembourg ce dimanche 19 novembre 2017 à 20h30.



Vue de l’atelier d’artiste

STIL

Le Schock
des mots



Pol Schock lors de l'interview à L'Interview, lundi

josée hansen

Le 21 septembre, quel choc pour Paul Schock ! Il se souviendra de cette journée fatidique comme d'une césure dans sa vie, dans celle du journal qui l'emploie surtout. Il se souvient du courriel matinal convoquant toutes les équipes de Saint-Paul Luxembourg à une réunion importante, de leur quête fiévreuse de ce qu'on pouvait bien leur annoncer. « Nous nous sommes dit, en rigolant, que peut-être on allait nous annoncer que le journal était en faillite ». Et Pol Schock d'enlever sa longue crinière des yeux, comme il le fera tout au long de l'entretien. La faillite qu'on leur annoncera, d'abord par la bouche du directeur de Saint-Paul, Paul Peckels, puis par celle du président du conseil d'administration Luc Frieden (CSV), n'était pas économique mais idéologique. Pol Schock était un des rares de plusieurs centaines d'employés réunis à la hâte cet après-midi-là à oser prendre la parole, après que Luc Frieden eut raconté son histoire du pendule qui avait viré trop à gauche au *Wort*, et qu'il allait faire un retour à droite, « mais il faudra l'arrêter au centre-droite ». Pol Schock demanda : « Si j'ai bien compris vos propos, nous ferions mieux, à l'avenir, de contrôler encore une fois nos articles après les avoir écrits, pour savoir s'ils sont assez de centre-droite ? » Luc Frieden l'aurait assez mal pris, perdant toujours aussi vite la contenance que quand il était jeune ministre, racontent des témoins de la scène.

Bien qu'il fut, dans sa jeunesse, guitariste dans des groupes de rock, dans Elephant Ghost et (avec Diego Velazquez) dans Jay's Pub (« this rather unique alt rock/folk/classical/whatever band » écrivait *Disagreement*), Pol Schock n'a rien d'un révolutionnaire radical de gauche. Au contraire, bien au contraire : « Je peux tout à fait vivre avec l'idée que le *Wort* représente une voix conservatrice au Luxembourg », concède-t-il (et rejoint en cela aussi Jean-Lou Siweck), « mais ici, il s'agit de contenu journalistique, et sur ce plan-là, nous devons être indépendants, nous ne pouvons nous faire dicter nos articles de l'extérieur ou de l'étage du dessus ». Il sait que le plus dur est devant lui : les élections législatives qui s'annoncent, les partis qui sont en train de devenir fous pour le moindre point de pour cent dans un sondage et pour le moindre centimètre de photo de la concurrence en Une des journaux, le CSV qui veut revenir au pouvoir coûte que coûte.

L'événement

Lorsque le designer Ezri Kahn invite à une conférence de presse, ce n'est pas exclusivement pour présenter une dernière création. Droit dans ses bottes, méticuleux dans sa façon de faire, en trois ans et demi de travail au Luxembourg, il a tout mis en œuvre pour garantir le respect dans les échanges. Travailler au Grand-Duché veut dire pour lui non seulement y déposer son idée mais aussi la réaliser autant que possible avec des produits et du savoir-faire autochtones. Loin de lui, comme le font d'autres, l'idée de fabriquer en Chine et ensuite d'estampiller ses objets « made in Luxembourg ». Pour lui, et il a raison, il faudrait légiférer sur une distinction entre le « designed in » et le « made in ». Les **bougies parfumées** (photo : Claudia Eustergerling Design) qu'Ezri a lancées sur le marché en collaboration avec l'atelier de Virginie Depoorter, et en complément de ses foulards de la série *Nomade*, se font selon le même principe. Les notes olfactives viennent de Grasse, mais la fabrication est grand-ducale, et les jus utilisés sont très nobles, allant du parfum iodé de bord de mer aux notes florales ou arbres de l'Orient. La dernière et quatrième trouvaille s'appelle Royal Oud, est parfaitement capiteuse et a été coulée dans de beaux verres ambrés et soufflés à la bouche en Syrie. Pour 75 euros, votre déco de Noël sera accompagnée d'une sublime senteur orientale. En vente directe à l'atelier, et dans un avenir proche aussi sur www.ezrikahn.com. GD

L'endroit

Au moment où ils ont choisi de renommer « **Mu** » leur restaurant au Sofitel grand-ducal, on ne sait s'ils voulaient faire allusion à la lettre grecque ou plutôt au beuglement de la vache, vu le fait que celle-ci, ou plutôt le bœuf, est le point fort de la nouvelle carte. Encore que, pour faire honneur au *meuh* français ou au *muh* allemand, aurait-il fallu rajouter une lettre ou deux pour rester exact. Qu'à cela ne tienne, le *relooking* est réussi et la décontraction fait enfin place à la rigidité (photo : GD). Les tables sont en bois brut, certaines au format mange-debout, et la couleur de fond plutôt verte à bleu canard. Ce qui donne une certaine chaleur à ce lieu qui offre de sa hauteur la plus belle vue plongeante sur la forteresse de Vauban et le bas de la ville. Des tapas à partager et à prix « friendly », dont la *horiatiki* (salade grecque au feta), l'*obsiblu* de Nouvelle Calédonie (crevette bleue) et le foie gras poêlé et laqué au vin d'épices ne sont que quelques exemples tentants. Côté bœuf, à part le *Mu Burger* ou la bavette BB, le tartare est servi comme on l'aimait jadis, à savoir préparé devant vous et selon les ingrédients qui vous font plaisir. Des petits desserts peuvent à nouveau être partagés, et l'addition ne serait pas trop salée si le choix des vins présentait une fourchette de prix plus diversifiée. Mais, hôtel cinq étoiles oblige... GD

L'événement

La place de Strasbourg, de plus en plus tendance avec ses petits commerces alternatifs sur ou autour de la place, se prépare à un week-end de rencontre ayant pour nerf central le Bloom Café. Autour d'un kawa ou d'un thé et d'une tranche de cake, voire de succulents toasts à l'avocat, la valeur ajoutée sera une **vente éphémère** organisée par une « chinoise » particulière. Angela van der Meulen, graphiste américaine à la base, se dit thérapeute d'intérieur et édite ses propres papiers peints, pour la plupart avec un graphisme minimaliste et une ambiance pastel (photo : Poppy garland white on navy / Angela Van der Meulen). Pour mieux personnaliser son travail, Angela propose aussi une série d'objets et accessoires qui vont de la lampe de chevet aux coussins, en passant par les pochettes en différents formats (angelavandermeulen.com). La vente des objets se fera au Bloom du jeudi 23 novembre de 18h30 à 20h30, le vendredi et samedi de 10 à 18 heures. Le vendredi 24, entre 17 et 21 heures et le samedi 25 de 9 à 19 heures, on pourra en profiter pour aller jeter un regard à l'inauguration de la déco de Noël chez le voisin et fleuriste Roger Klein, dont la réputation n'est plus à faire au niveau des compositions florales. La dernière trouvaille marquante ayant été une « charlotte » aux fleurs, composition florale enrubannée de véritables biscuits à la cuillère. GD

Nous avons rendez-vous un lundi matin au café Interview – espresso et café noir. Pol Schock est arrivé à vélo, mais ses chaussures en cuir classiques sont impeccablement cirées – on se demande toujours comment il le fait. Col roulé gris, coupe champignon à la Beatles. Pol Schock est jeune surtout, il va avoir 31 ans, cet âge où on y croit encore en tant que journaliste, où on espère que peut-être, en y mettant toute sa passion et toute sa rigueur, on va pouvoir changer le monde avec ses textes. Pour le meilleur bien sûr. Enfin, au moins un tout petit peu.

« La césure du 21 septembre était un sacré coup », dit Schock encore aujourd'hui, presque deux mois plus tard. Parce que ce jour-là, la direction du journal s'est séparée de son rédacteur en chef Jean-Lou Siweck après seulement quatre ans. C'est que Siweck, journaliste passionné qui connaît son *Citizen Kane* par cœur, avait développé un projet « révolutionnaire » pour le *Wort* : il voulait qu'il devienne, après 160 ans, avant tout un journal professionnel, qui ait une approche objective vis-à-vis de tous les partis, y compris le CSV (dont le journal fut historiquement la « presse amie »). Pol Schock a postulé au *Wort* après une première expérience au mensuel *Forum*, à cause de ce projet : « Nous avons cru en cette vision de Jean-Lou Siweck, qui voulait aussi diversifier les formes de narration. » Siweck recrute de nombreux jeunes ambitieux et sérieux, comme Diego Velazquez, premier correspondant permanent à Bruxelles, ou Laurent Schmit. « C'était un excellent signe que le *Wort* attirait désormais des profils de ce type », se souvient Jean-Lou Siweck. Il les envoie en formation dans des écoles de journalisme, encourage un ton original et – tous le remercieraient pour cela lors de son départ, aussi publiquement – les protégeait des prises d'influences en tous genres venues de l'extérieur.

Le talent et le courage de Schock ont donc attiré l'attention du rédacteur en chef Siweck, qui lui propose, en août de cette année, de rejoindre la rédaction politique. « An offer I couldn't refuse » se dit Schock, en période préélectorale prolongée. « La question est moins pourquoi l'avoir transféré au ressort politique en 2017 que pourquoi ne pas l'avoir fait dès 2015 », rétorque Siweck à la question du pourquoi de ce transfert. Et de continuer : « Mon ambition était alors d'avoir des journalistes certes spécialisés mais néanmoins versatiles. Il était clair que Pol Schock allait être bon en politique, au risque de ne plus jamais en sortir. Je préférerais alors le faire passer par un autre ressort, aussi pour prendre ses marques dans la maison, afin de pouvoir rejoindre plus tard la politique avec la routine et l'assurance nécessaires pour pouvoir faire son propre truc ».

Sous ses airs timides, Schock, historien de formation (en Allemagne) a cette indépendance d'esprit qui le fait regarder derrière les coulisses : celles du CSV Stad par exemple, dont il a démasqué la duplicité dans un article post-élection qui a fait sensation. « En fait, je crois qu'il n'y a pas de grande différence entre des études en sciences humaines et le journalisme, à cette différence fondamentale près que le journaliste doit protéger ses sources, alors que l'historien doit les montrer ». Et il s'élève la mèche des yeux en souriant. Non, le journalisme n'est pas mort.

AU-DELA DE L'AMOUR DE LA PATRIE
L'HISTOIRE COMME UNE SORTE DE RÉDEMPTION OU DE SORTIE DE SECOURS
WIR KONNEN UNS NICHT UNSEREM STANDORT ENTZIEHEN
DIE UNI LUXEMBURG UND IHR IMPAKT

land

G L A S N O S T recherche



HÖHERER LERNAUFWAND

WIE DAS MEHRSPRACHIGE GEHIRN RECHNET

WHO'S AFRAID OF PUBLIC SOCIOLOGY?

G E S E L L S C H A F T L I C H E S E L B S T R E F L E X I O N WÜRDE NOT

EIN LEHRSTUHL FÜR PARLAMENTARISMUS

DER FROMME AN DIE ENDLOSE DYNASTIE VON CSV-STAATSMINISTERN



SMART CITIES



KATHOLISCHE AREITERTOCHTER UND STÄDTISCHER MIGRANTENSOHN

Index

23
Au-delà de l’amour de la patrie
Pourquoi et comment enseigner l’histoire luxembourgeoise ?
Sonja Kmec

24
Jenseits de Nation Branding
Schlaglicht auf Luxemburgs Kulturgeschichte
Florence Thurmes

25
Glasnost
La CSSF a ouvert ses archives
Brnard Thomas

Chaque pays est le « paradis fiscal » d’un autre
Comment écrire une histoire de la place financière ?
Bernard Thomas

26
„Wir können uns nicht unserem Standort entziehen“
Gespräch mit Romain Martin, Vizerektor für akademische Angelegenheiten der Uni
Peter Feist

The indicator mania
Research assessments as fetish objects
Morgan Meyer

28
Höherer Lernaufwand
Je nach Sprache rechnet das mehrsprachige Gehirn anders
Ines Kurschat

Am liebsten im Auto
Mobilitätsforschung in den Gewerbegebieten im Süden
Peter Feist

29
Who’s afraid of public sociology?
Die Erforschung der Luxemburger Gesellschaft
Fernand Fehlen

30
Die Wahl des Schönheitschirurgen an der Unfallstelle
Das European Center for Geodynamics and Seismology forscht viel im Kongo
Michèle Sinner

Die Erforschung der heimischen Politik
Ein Lehrstuhl für Parlamentarismus
Romain Hilgert

31
Rifkin in der Stadt
„Smart Cities“ und ihre sozialen Risiken
Peter Feist

32
Beitrag zur sachlichen Debatte
Forschung zu Bildungsungleichheiten in Luxemburg
Thomas Lenz, Antoine Fischbach, Sonja Ugen

Heimatkunde

Peter Feist

„Heimatkunde“ ist ein schwieriger Begriff. Schon der Versuch, dieses Wort, weil es ein deutsches ist, in Luxemburg zu benutzen, ist alles andere als unproblematisch. Aber von der *Erfuerschung vun der an den Enseignement iwwer d’Heemecht*, um es so zu nennen, reden zu wollen, ist nicht viel einfacher. Damit lassen sich Obskurantismus und Rückwärtsgewandtheit verbinden, und die Vermutung, es gehe ums „Identitäre“, liegt nicht weit.

Die diesjährige Ausgabe der Forschungsbeilage des *Lëtzebuenger Land* versammelt Texte zur Forschung und Lehre über Luxemburg. Dass ihr „Heimatkunde“ voransteht, ist provokatorisch gemeint, denn es zeigt sich, dass Forschung und Lehre über Luxemburg selbstverständlich wichtig und interessant sind, dass aber vieles noch fehlt oder noch zu tun bleibt.

Zum Beispiel berichtet unsere Mitarbeiterin Florence Thurmes auf S. 24 von einer Professorin für Luxemburger Literatur an der Uni in Belval, die eine Ringvorlesung zur Luxemburger Kulturgeschichte konzipiert hat. Die Vorlesungsreihe ist öffentlich und als Pilotversuch gedacht: Sie könnte, so die Hoffnung, vielleicht die Grundlage sein für einen systematischen Unterricht dieser Zusammenhänge in den Sekundarschulen. Denn noch hängt es dort von den Lehrern ab, inwiefern sie kulturgeschichtliche Themen aufgreifen.

So weit, so gut, aber was ist mit der Gegenwart? Braucht Luxemburg eine „öffentliche Soziologie“? Der Soziologe Fernand Fehlen meint auf S. 29, dass mit ihr eine gesellschaftliche Selbstreflexion in Gang kommen könnte. Das Argument klingt gerade für Journalisten einleuchtend:

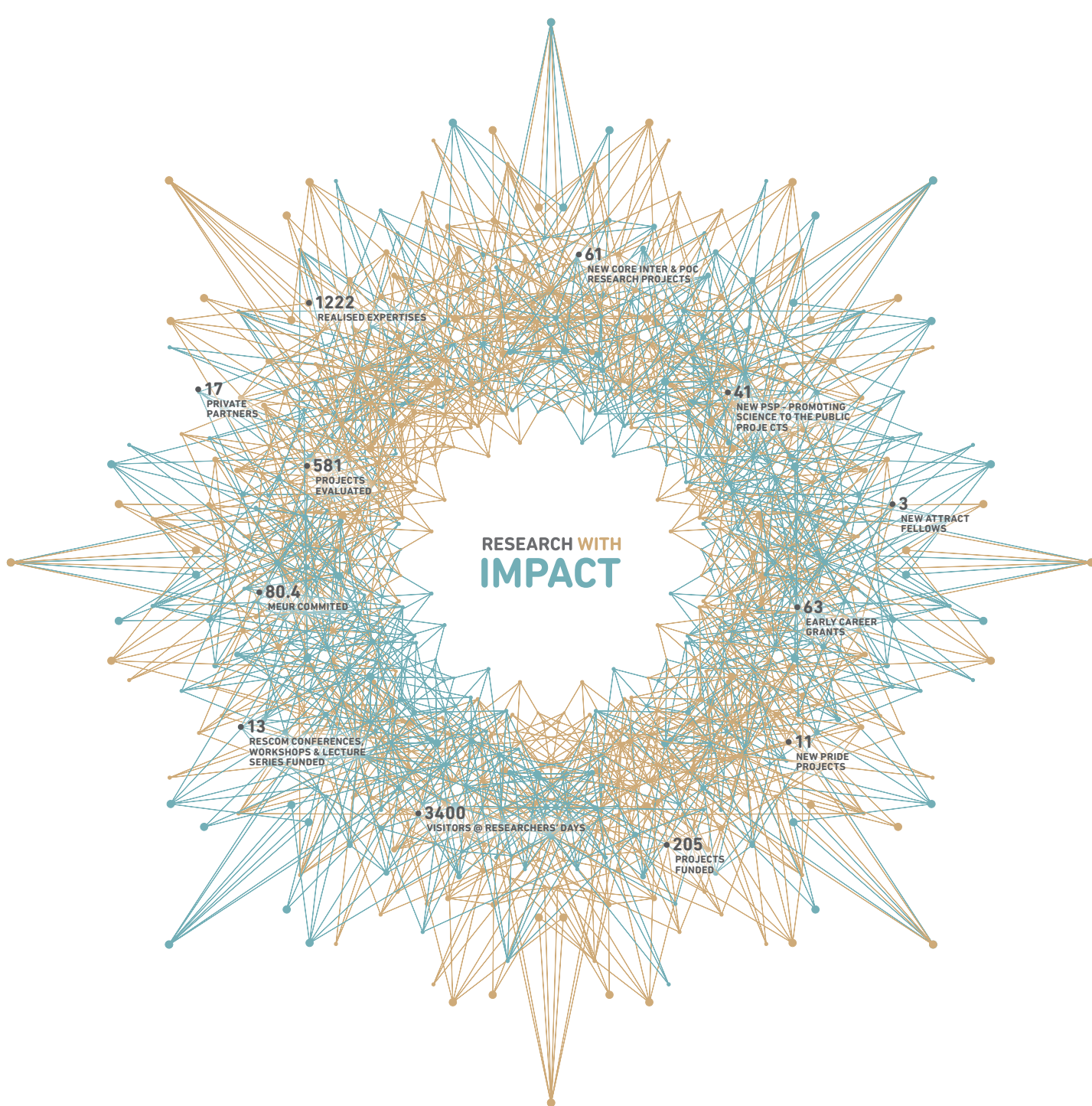
Wenn auf der einen Seite Sozial- und Wirtschaftsstatistiken Makrozustände erfassen und andererseits Journalisten mit Reportagen von sozialen Konflikten oder mit Personenporträts von, beispielsweise, Armen Mikrozustände wiedergeben, dann könnte eine öffentliche Soziologie „für die Bürger“ erhellen, wie es denn kommt, dass, was auf der Makroebene geschieht, sich auf der Mikroebene so äußert, wie beobachtet.

Ein gewisser Schritt in diese Richtung ist die Bildungsforschung an der Uni (S. 32), und ihr Vizerektor Romain Martin hat zweifellos Recht, wenn er im Interview auf S. 26/27 darauf verweist, damit übe die Universität einen „Impakt“ auf die Gesellschaft aus. Aber die Aufklärung sollte in Luxemburg schon immer ihre Grenzen haben. Die von der Abgeordnetenkommission gesponsorte Parlamentarismusforschung an der Universität zum Beispiel erweckt den Anschein, sich selber einzuschränken, wie Romain Hilgert auf S. 30 beschreibt. So dass „der fromme Glaube“ an eine „endlose Dynastie christlich-sozialer Staatsminister, die mit väterlicher Güte über eine klassenlose Volksfamilie herrschen“, höchstens ein wenig beschädigt wird.

Dabei könnte man sogar sagen, dass gerade jetzt, angesichts der „Rifkin-Debatte“, sogar *eng Erfuerschung vun der Heemecht* nötig wäre, die Künftiges vorwegnimmt, Einfluss auf die Gesellschaft ausübt und die Bürger aufklärt. Ein Konzept wie das der vernetzten „Smart Cities“, in denen Datenmengen für „Business Opportunities“, aber auch für eine „evidenzbasierte Politik“ zur Verfügung stehen (S. 31), birgt das Risiko in sich, bestehende soziale Probleme noch weiter zu verschärfen, sofern es nicht die Bürger in den Mittelpunkt stellt.

FNR.lu

The FNR is the main funder of research activities in Luxembourg. We invest public funds and private donations into research projects in various branches of science and the humanities, with an emphasis on selected core strategic areas. Furthermore, we support and coordinate activities to strengthen the link between science and society and to raise awareness for research. We aim to establish Luxembourg as a leading knowledge-based society through science, research and innovation.



Key figures:
FNR Annual Report 2016

Pourquoi et comment enseigner l’histoire luxembourgeoise ?

Au-delà de l’amour de la patrie

Sonja Kmec

En septembre 2017 la chaire d’histoire luxembourgeoise transnationale à l’Université du Luxembourg est devenue vacante. En attendant le recrutement d’un nouveau professeur, nous ne voulons et ne pouvons pas interrompre le cours d’histoire luxembourgeoise transnationale, offert en troisième année de Bachelor en Cultures européennes – section histoire, mais ouvert à tout auditeur libre. D’ailleurs, cet enseignement semble être une des raisons pour lesquelles les étudiants s’inscrivent à notre programme d’études. Sur quoi cette hypothèse se fonde-t-elle ? Sur une source qui doit bien évidemment être traitée avec prudence : les lettres de motivation. Depuis cette année académique, il ne suffit pas d’avoir un diplôme de fin d’études secondaires et de déclarer comprendre les trois langues d’usage pour être admis au Bachelor, il faut également soumettre une lettre de motivation. Environ deux tiers de ces lettres (environ 70 au total) mettent en avant un fort désir d’en apprendre davantage sur l’histoire du pays – désir parfois associé au regret de ne pas l’avoir fait au lycée. Cet intérêt est souvent exprimé par un adjectif possessif à la première personne du singulier (*mon* pays, *mon* histoire) ou du pluriel (*notre* pays, *notre* histoire). Et il met souvent en avant le mélange des cultures, la mixité caractéristique du Luxembourg.

Une critique en bonne et due forme des sources montrerait bien sûr qu’une lettre de motivation est le type même d’un document écrit pour plaire : il exprime moins un véritable engouement pour l’histoire luxembourgeoise que l’estimation – largement partagée par les candidats – que pour être admis au cursus d’histoire de l’Université du Luxembourg, il vaut mieux affirmer son intérêt pour l’histoire du pays. Ceci pourrait être lié au contexte de ces derniers mois, où la presse s’est faite l’écho de notre insistance sur le remplacement de la chaire en histoire transnationale. Cela ne doit pas exclure pour autant un enthousiasme sincère de la part de certains étu-

De nos jours l’histoire transnationale est perçue comme une sorte de rédemption ou de sortie de secours

dants. Néanmoins, l’intérêt de la part des étudiants (présents et futurs) n’ayant pas été empiriquement prouvé, quelle est la légitimité de ce cours ? Pourquoi enseigner l’histoire luxembourgeoise ? Est-ce quelle revient à faire de l’histoire nationale, régionale ou territoriale ? Chacune de ces trois approches comporte ses risques, ses effets secondaires et ses contre-indications, comme nous le montrerons.

De nos jours l’histoire transnationale est perçue comme une sorte de rédemption ou de sortie de secours. Nous verrons ce que cette approche implique concrètement et en quoi elle est différente du concept d’« histoire métanationale », terme qui a été proposé par Michel Pauly. Ensuite, nous examinerons ce paradoxe qui consiste d’un côté à s’émanciper du cadre national et d’un autre côté à se focaliser sur l’histoire de l’espace dans lequel on vit. Le lien entre nous et nos ancêtres (ou les personnes ayant occupé ce même endroit il y a des siècles) doit être problématisé. Ce cours permet donc aussi une auto-réflexion sur la manière dont les historiens produisent le savoir, et notamment dont on aborde les sources dites primaires.

Au XIX^e siècle, l’histoire comme discipline s’institutionnalise, des académies se forment, des revues

scientifiques sont créées. La discipline a l’ambition positiviste d’être une science, de tenter de reconstituer des événements du passé tels qu’ils se sont réellement produits – selon le dictum de Leopold von Ranke (*wie es wirklich gewesen*). Parallèlement à un engouement pour l’histoire universelle (*Universalgeschichte* ou *Weltgeschichte*), on voit émerger au XIX^e siècle l’écriture de l’histoire nationale. La première est très eurocentrique et considère l’histoire européenne comme le plus bel achèvement de l’histoire des civilisations. L’histoire nationale devient de plus en plus patriotique vers la fin du XIX^e siècle, avec les unifications italiennes et allemandes, et en France sous la III^e République, où l’école joue un rôle important dans un processus que Eugen Weber a résumé sous la formule *Peasants into Frenchmen* (1976). Selon Weber, l’école – mais aussi le service militaire et l’intensification des échanges, qui découle de l’industrialisation, de l’urbanisation et de la percée du chemin de fer et des routes dans la « France profonde » – font que les gens ont de plus en plus conscience d’une appartenance nationale commune. Cette construction nationale s’accompagne de la création de sociétés savantes qui se dédient à la recherche d’un passé commun. Au Luxembourg, on assiste aussi à une institutionnalisation de l’histoire à travers la création de la Société pour la recherche et la conservation des monuments historiques en 1845, qui devient en 1868 la Section historique de l’Institut grand-ducal.

Les époques qui intéressent ce club d’érudits sont surtout celles où reluit la gloire de cette « nationalité autonome » que le Grand-Duc Guillaume II aurait soi-disant sauvé du naufrage. Un des buts avoués de la Société est de créer un « lien de piété filiale » entre les Luxembourgeois et leurs ancêtres en dégagant des caractéristiques constantes qui leur seraient inhérentes : « Quand, après l’extinction de la lignée de nos princes et après une réunion éphémère à la Bourgogne, le duché de Luxembourg fut devenu l’apanage de la couronne d’Autriche, le culte de nos ancêtres, valeur et loyauté, s’est perpétué de génération en génération. Semblable au chêne séculaire de nos forêts, le caractère luxembourgeois est resté debout au milieu des orages, qui ont grondé sur le pays »¹. C’est l’image d’un peuple stable, au caractère monolithique, soudé, qui résiste au temps et aux intempéries. L’homme ici n’évolue pas, ce sont les circonstances qui changent. Cette vision du monde et du temps appartient encore à ce que François Hartog a appelé l’ancien régime d’historicité. Il se distingue d’un régime d’historicité plus moderne qui se développe au XIX^e siècle. Cette nouvelle vision de l’histoire n’est plus orientée vers le passé, mais vers le futur. C’est une vision plus pédagogique : il faut éduquer le citoyen ou le sujet monarchique et lui faire aimer son pays. Cet amour et cette identification passent cependant aussi par l’histoire. Jean Engling l’exprime de manière succincte : « Ohne Vaterlandsgeschichte keine Vaterlandsliebe »².

Même à l’époque cette histoire nationale patriotique très fébrile ne se retrouve pas chez tous les historiens. Elle est de moins en moins présente dans les revues historiques comme *Ons Hémecht* (fondée en 1895) ou les publications de la Section historique, mais elle reste perceptible, notamment dans les manuels scolaires jusqu’à la fin des années 1970 et dans des ouvrages populaires jusqu’à aujourd’hui encore. Avant les années 1990, les critiques sont très rares. Mais elles existent. Après la Première Guerre mondiale, l’année même où est construite la *Gëlle Fra*, un enseignant du secondaire s’insurge contre l’histoire patriotique : « Les maîtres et manuels [de la vieille école] glorifient trop tout ce que la patrie a fait et dénigrent l’œuvre de l’étranger. Souvent l’histoire ne sert qu’à exalter le patriotisme, le sentiment national. Ouvrez les manuels de Welter introduits dans les classes inférieures de nos gymnases et vous constatarez que c’est une dépréciation systématique de tout ce qui est étranger, français surtout, un hymne à la gloire de l’Allemagne... Il est à craindre que [cela] ne contribue trop à exciter dans les cœurs le chauvinisme, à y entretenir l’injustice et la haine de l’étranger, germes de guerres futures »³. Il est intéressant de noter que l’Allemagne est ici conçue comme la patrie culturelle et que la Première Guerre mondiale ne constitue pas nécessairement une rupture, contrairement à ce que l’on pense habituellement.

En plus de comporter le danger de virer au nationalisme et à la xénophobie, on reproche – dans le contexte de la construction européenne – à l’histoire nationale de succomber à la téléologie et à ce



Revue d’histoire nationale fondée en 1895 par l’abbé Martin Blum

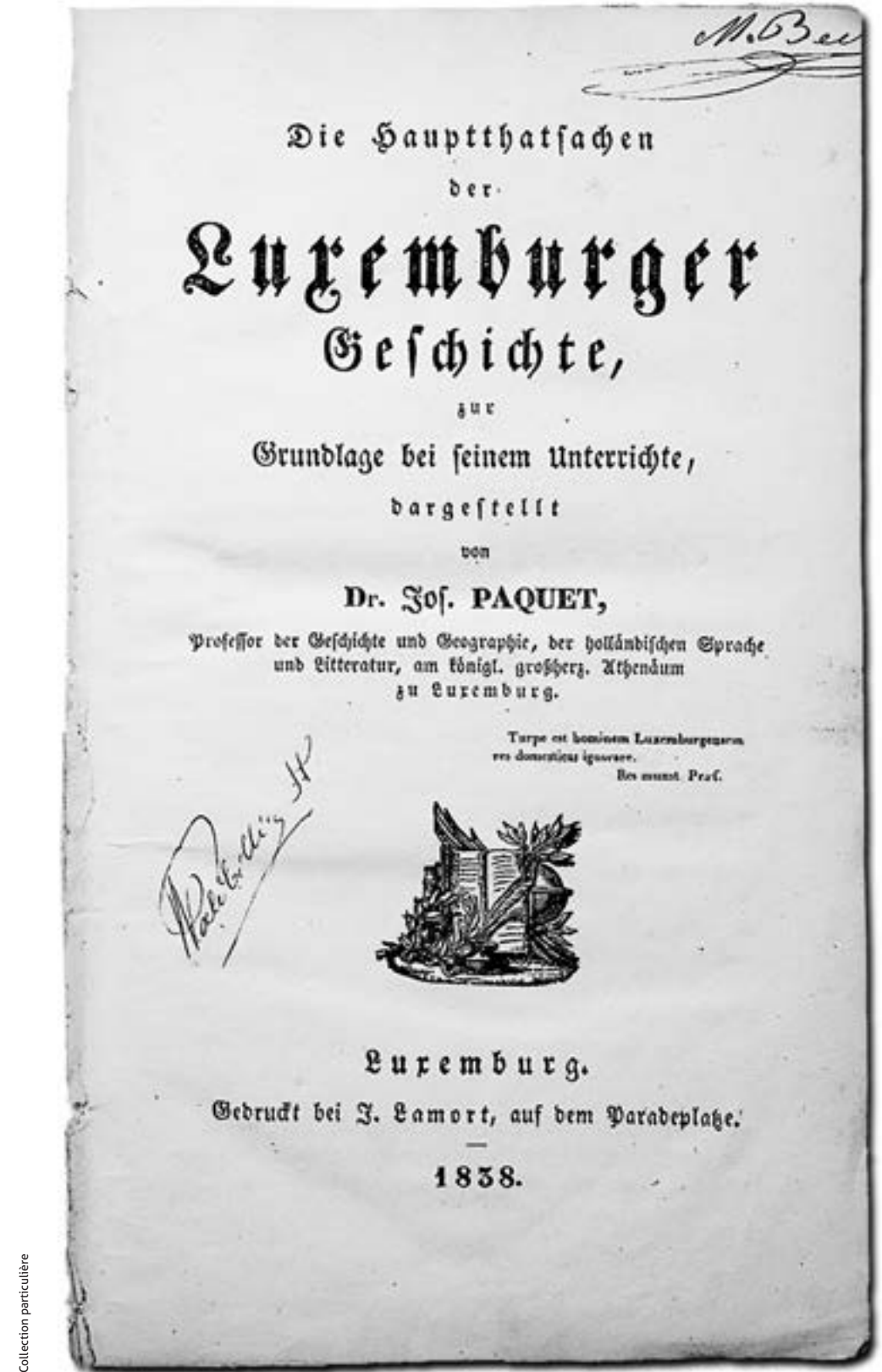
vice scientifique appelé « nationalisme méthodologique ». De quoi s’agit-il ? La téléologie est une vision très linéaire de l’histoire où tout mène vers la situation telle qu’elle existe aujourd’hui. *Telos* en grec signifie la fin, le but, l’achèvement, le point culminant. La téléologie, c’est donc l’écriture du passé sous cette optique : elle doit expliquer le présent. L’histoire nationale est une téléologie positive : elle a comme point culminant la nation et, dans cette perspective, tous les chemins mènent vers la nation luxembourgeoise. Les impasses sont ainsi ignorées, même si à l’époque rien n’indiquait qu’elles fussent des impasses. Par exemple le Mouvement pro-belge dans les années 1830 aurait-il pu s’imposer si la capitale n’avait pas été contrôlée par une garnison prussienne, opposée à la Révolution belge ? Ce type de réflexion contrefactuelle (*What if... ?*) permet de repenser l’histoire : Que se serait-il passé s’il n’y avait pas eu cette garnison ? Si, en 1815, le Luxembourg avait été traité comme une province belge, comme c’était le cas pendant des siècles ? On ne le sait pas, bien sûr, mais ce type de réflexion met en évidence la contingence propre au passé : il y avait différents futurs possibles et pas un seul bien tracé.

Et il n’est pas besoin de faire seulement de l’histoire politique pour risquer de tomber dans le « nationalisme méthodologique ». Même en étudiant par exemple les relations économiques ou l’histoire du sport ou de l’éducation, on a tendance à se limiter au cadre national, d’un côté parce que les données, les statistiques, les sources sont nationales (ceci vaut pour les périodes récentes) ou parce que les archives sont nationales et que les sources les plus facilement accessibles concernent le pays. Ou encore parce qu’on est habitué à penser dans un cadre national. Ce risque est peut-être moins grand au Luxembourg qu’en France ou en Angleterre, parce qu’on est plus habitué à recourir à la littérature spécialisée internationale et à adopter une approche comparative. Néanmoins, les travaux systématiquement comparatifs restent très rares. La plupart du temps la comparaison est asymétrique et réserve au Luxembourg la part du lion.

Pour contourner cet anachronisme qu’est le cadrage national, tout en continuant à faire l’histoire de l’espace dans lequel on vit, des terminologies alternatives ont été proposées, telles l’histoire régionale, en allemand *Landesgeschichte*. Or, elle peut être tout aussi patriotique et téléologique à une échelle spatiale plus réduite. Ainsi, le Comité d’Histoire Régionale de Lorraine, mis en place en janvier 2003, « a pour mission de renforcer l’identité lorraine, de permettre aux Lorrains de s’approprier leur histoire et leur patrimoine. Il participe aussi à la création d’un réseau d’acteurs, professionnels ou non, qui œuvrent dans les domaines de l’histoire et du patrimoine »⁴. Au Luxembourg, ce type d’histoire régionale n’existe pas, il y a de nombreuses associations d’histoire locale, souvent très actives et impliquées notamment dans la protection des monuments, et fières du patrimoine, mais l’écriture de l’histoire se limite souvent à un épisode ou une période (de gloire) particulière ou permet – à travers l’histoire généalogique – d’ajouter sa contribution à des questions plus larges et, de fait, transnationales.

Quant à l’Histoire territoriale, elle permet d’un côté une ouverture pour réfléchir à d’autres formes historiques d’organisation de l’espace, comme l’urbanisation au temps des Celtes ou au Moyen Âge par exemple. Mais la notion est trop centrée sur l’espace pour aborder tous les aspects de l’histoire économique, sociale et culturelle. L’histoire de la vie quotidienne (*Alltagsgeschichte*) racontée dans de nombreux musées locaux (comme par exemple le Musée Thillenvogtei à Rinschleiden ou le Musée du moulin à eau d’Asselborn) ne se résume pas à l’histoire territoriale, même si les moulins banaux jouaient un rôle important pour l’affirmation du pouvoir territorial d’un seigneur féodal, sans parler des avoueries (*Vogteien*). Or, pour l’histoire des flux et échanges, le cadre de l’histoire régionale ou territoriale peuvent apparaître assez rigides. L’histoire croisée ou entrelacée semble plus appropriée pour décrire certains phénomènes et a l’avantage de se défaire de toute référence, même linguistique, au

(Suite en page 24)



Manuel d’histoire nationale par le professeur Joseph Paquet, 1838

(Suite de la page.23)

terme de « national ». Mais comment cerner alors un phénomène précis comme les migrations et flux de marchandises dans un espace concret ?

En 2006, Michel Pauly montre, à partir de nombreux exemples paléoarchéologiques – notamment un collier de coquillages provenant de la côte atlantique ou méditerranéenne, mais trouvé à Waldbillig – qu'il y a eu des mouvements d'hommes depuis la préhistoire¹. Comment qualifier ces études d'interaction, de circulation, de relations pour une époque où le concept de nation n'existait pas encore ? Certains historiens refusent d'utiliser la notion d'histoire transnationale avant que le concept de nation ne prenne son sens moderne, au XVIII^e et au XIX^e siècle avec l'émergence des États-nations. Utiliser le mot « transnational » pour l'Antiquité ou le Moyen Âge serait un anachronisme. D'autres historiens – et parmi eux Michel Pauly – se prononcent au contraire pour l'emploi du terme, en insistant sur le fait que les migrations et échanges ne commencent pas avec l'industrialisation et ce qu'il appelle l'ethnogenèse luxembourgeoise (c'est-à-dire le processus de formation nationale) au XIX^e siècle. Le mot transnational est problématique. Le préfixe *Trans* signifie littéralement : de l'autre côté, au-delà. Il a donc une signification purement spatiale, qui renvoie au fait de



Manuel du professeur P.D. Joachim, 1828

L'approche méta-nationale permettrait de faire l'histoire avant et après la nation, d'analyser l'évolution du concept de nation et de proposer une réflexion sur l'écriture nationale

passer outre le cadre national. Or si ce cadre national n'existe pas encore, le terme est impropre. C'est pourquoi Pauly préfère utiliser le terme de métanational, *Méta* ayant une acception non seulement spatiale mais aussi chronologique (avant, après) et exprimant le changement d'état, ainsi que – c'est important – la réflexion. En effet *Méta* est souvent utilisé dans le vocabulaire scientifique pour indiquer l'auto-référence (réflexion), ou pour désigner un niveau d'abstraction supérieur : métalangage (système ou langage permettant de décrire d'autres langages), métalivre (livre à propos d'un livre) et cetera. L'approche métanationale permettrait donc de faire l'histoire avant et après la nation, d'analyser l'évolution du concept de nation et de proposer une réflexion sur l'écriture nationale. La solution semble parfaite, non ?

On peut reprocher au terme que la référence au « national » n'a pas été évacuée et que tout le reste se définit par rapport à cela, mais justement ce renvoi provoque la réflexion. Pourquoi alors le concept de métanational n'est-il pas utilisé plus souvent ? Pourquoi l'histoire transnationale s'est-elle imposée ? Pas seulement pour l'intitulé de la chaire de Michel Pauly et pour l'intitulé de ce cours, mais aussi pour la revue d'histoire luxembourgeoise *Hémécht*. En 2011, lorsque Michel Pauly, Paul Dostert, Norbert Franz et moi-même avons repris le comité de rédaction, nous avons ajouté la devise « transnationale, locale, interdisciplinaire ». Par ailleurs, nous avons gardé le titre *Hémécht* dans son orthographe ancienne au lieu de *Heemecht*. Ceci pour éviter de l'actualiser dans le sens d'une écriture de l'histoire patri(e)-otique, sans gommer pour autant le contexte historique de la fondation de la revue *Ons Hémécht* par l'abbé Martin Blum en 1895. Cette décision est le produit d'une réflexion métahistorique. Alors, pourquoi avoir choisi la formule *Trans* au lieu de *Méta* ? Par souci de com-

préhension : le mot *Trans* est devenu à la mode. Les *transgressions* sont excitantes ; les personnes *trans*-genres et *transsexuelles* une minorité à défendre ; les *transports publics* sont à promouvoir et les « *transferable skills* » la clef de voûte de l'éducation... *Trans* s'est imposé dans la langue de tous les jours, tandis que *Méta* reste un terme plus scientifique, assez indigeste, qui fait penser à la métaphysique et à une sorte de sublimation du national.

L'histoire transnationale met l'accent sur l'histoire croisée. Cette idée de fluidité, qui rythme si bien notre époque, qualifiée par Zygmunt Bauman de « liquid modernity », revient aussi dans le terme de transculturalité, qui est surtout utilisé dans les études littéraires. En fait, une discussion assez similaire a opposé les tenants du terme *Interculturalité* (notamment les germanistes à l'Université du Luxembourg, qui éditent la *Zeitschrift für interkulturelle Germanistik*) et les adeptes du terme de *Transculturalité*, notamment Wolfgang Welsch. Ce dernier met l'accent sur l'hybridisation qui aurait tendance à mélanger deux cultures au point d'en faire une troisième, et qui accuse les utilisateurs du terme d'interculturalité de garder toujours en tête cette idée de deux cultures bien définies qui interagissent sans pour autant changer. En effet, l'interculturalité met plutôt l'accent sur la diversité et la manière de gérer cette diversité, sans taire les tensions, anxiétés et hostilités que ce mélange culturel peut provoquer. Les deux termes sont en fait complémentaires⁶. Leur application aux champs historiques pourrait être intéressante.

Le sentiment d'étrangeté que l'on peut ressentir dans des interactions avec autrui, on peut aussi le transposer à la relation entre présent et passé. Ce que propose David Lowenthal dans son livre *The Past is a Foreign Country*, dans lequel il décrit le commerce voire l'industrie du patrimoine qui s'est développée depuis le XVIII^e siècle. Cette patrimonialisation se base parfois sur une « invention of tradition » : Au XIX^e et au XX^e siècles on a réactualisé des traditions tombées en désuétude et on en a inventé d'autres n'ayant jamais existé sous cette forme. Ainsi, le kilt écossais n'a jamais été porté par les Highlanders ; c'est une invention de la cour anglaise du XIX^e siècle, abreuvée de romantisme. La procession dansante est passée sous le crible de Tom Becker en tant que lieu de mémoire transnational justement, à la construction duquel participent aussi les villages de Waxweiler et Prüm⁷. Récemment une controverse a éclaté sur le bienfondé d'abolir un jour de congé scolaire et l'importance de ce patrimoine inscrit depuis 2010 au patrimoine



Revue d'histoire nationale fondée en 1846

mondial immatériel de l'Unesco. Cela est révélateur du sentiment identitaire qui est attaché à cette fête, moins national que local probablement, mais pas pour autant moins vif.

Lowenthal énumère ce sentiment identitaire parmi une liste de « past-related benefits : familiarity and recognition, reaffirmation and validation, individual and group identity, guidance, enrichment, and escape », et il ajoute « no sharp boundaries delimit these benefits : a sense of identity is also a mode of enrichment, familiarity provides guidance »⁸. Comment le passé peut-il servir de guide ? Cela varie : parfois c'est une boussole morale, parfois une valeur esthétique, parfois une leçon de patriotisme ou de stoïcisme, de relativisme. En fait cela dépend, pense Lowenthal, de ce dont nous avons besoin au présent. Car c'est nous qui, en racontant le passé, lui donnons un certain sens, une interprétation. Une narration est convaincante seulement si sa structure est bien construite, s'il y a un dénouement, une leçon à retenir ou, du moins, un sens qui en découle. Le mode narratif fait qu'on ne peut échapper en tant qu'historien à l'interprétation. D'autres historiens – même des théoriciens très radicaux comme Hayden White – ont avancé que cette dépendance de la narration renforce le poids qu'on doit accorder à une critique rigoureuse des sources. Le cours d'histoire transnationale luxembourgeoise propose donc – à travers une série de conférences d'experts reconnus et de jeunes chercheurs – de se pencher sur des sources

concrètes (archéologiques, manuscrites, iconographiques et autres). D'un côté, ces sources montrent la mobilité humaine sur la très longue durée : Saviez-vous par exemple que le code génétique du squelette trouvé à Loschbourg a joué un rôle-clé dans l'identification de trois grands mouvements de population préhistoriques ? Ou que l'oppidum celtique du Titelberg n'était pas seulement la capitale des Trévires avant Trèves, mais abritait aussi un comptoir commercial romain ? D'un autre côté, les questions qu'on pose à ces sources ont changé à travers le temps, tout comme les techniques permettant de les interroger. La « transnationalité » est dans l'air du temps et aiguillonne certainement nos sensibilités et notre regard. Elle ne rend pas obsolète la question de la spécificité régionale, mais permet de mieux comprendre les relations interrégionales. Enfin, l'histoire luxembourgeoise transnationale permet de réfléchir sur nos propres motifs et narrations, tout en historicisant ceux des historiens du XIX^e et de la première moitié du XX^e siècle, leur quête des origines et leur amour de la patrie.

Sonja Kmec est assistant-professeur en histoire et études culturelles à l'Université du Luxembourg.

¹ Antoine Namur et François-Xavier Würth-Paquet, « Appel », in : *Publications de la Société pour la recherche et la conservation des monuments historiques dans le Grand-Duché de Luxembourg* 1 (1846), p. 36-45, ici : p. 37

² Jean Engling, *La philosophie des monuments historiques. Discours prononcé à la séance publique de l'Institut le 19 novembre 1874*. Luxembourg [1874], p. 10

³ Nicolas Neiers, « Autour de l'enseignement de l'histoire », in : *Programm herausgegeben am Schlusse des Schuljahres. Athénée de Luxembourg* (1922-23), p. 3-24, ici : p. 8-10

⁴ Comité d'histoire régionale, www.lorraine.eu/accueil/conseil-regional/dynamique-des-territoires/culture/le-comite-dhistoire-regionale.html [20.09.2017]

⁵ Michel Pauly, « Questions autour d'une parure en coquillages trouvée à Waldbillig. Plaidoyer pour une perspective trans- ou métanationale de l'histoire luxembourgeoise », in : *Hémécht. Revue d'histoire luxembourgeoise* 58/1 (2006), p. 9-33

⁶ Peter Kirsch Fritz, « L'Interculturalité – une notion périmée ? », in : *Revue germanique internationale* 19 (2014), p. 57-64

⁷ Tom Becker, « Springprozession », in : Sonja Kmec / Pit Péporté (éds.), *Lieux de mémoire au Luxembourg*, vol. 2. Luxembourg : Saint-Paul, 2012, p. 235-240

⁸ David Lowenthal, *The Past is a Foreign Country Revisited*, Cambridge : CUP, 2015 (1^{ère} éd. 1985), p. 38

Schlaglicht auf Luxemburgs Kulturgeschichte

Jenseits des Nation Branding

Florence Thurmes

In Luxemburg besteht seit Jahren eine dringende Notwendigkeit, sich intensiver mit der eigenen Kultur, ihrer Geschichte und ihren spezifischen Begebenheiten zu beschäftigen. Wendet man sich in anderen Ländern schon seit einiger Zeit beispielsweise einer globaleren Narrative der Kunst zu, die versucht, Verbindungen und Interaktionen zwischen unterschiedlichen Kulturkreisen aufzuzeigen, so werden in Luxemburger Museen oftmals die Werke Luxemburger Künstler abgetrennt und als losgelöst vom internationalen Kunstschaffen präsentiert oder gar auf einem anderen Niveau behandelt als Werke internationaler Künstler.

Kann man aber künstlerisches Schaffen und die so entstehende Kultur als ein abgeschlossenes Feld betrachten? In unserem Land erscheint die Identifikation über die eigene Kultur weit weniger ausgeprägt, als dies in vielen europäischen Ländern aktuell der Fall ist. Zunehmend werden kulturelle und traditionelle Spezifika von konservativen Regierungen benutzt, um die eigene nationale Identität zu stärken, sich dadurch aber auch von anderen abzugrenzen. Luxemburgs Offenheit in dieser Hinsicht bleibt ein Vorbild. Dennoch besteht eine klaffende Lücke in der selbstreflexiven Analyse der eigenen kulturellen Geschichte.

Über welche Parameter definiert sich der Luxemburger? Und was ist überhaupt Kulturgeschichte in Luxemburg? Während die Regierung versucht, die luxemburgische Identität über Marketing-Instrumente wie *Nation Branding* zu stärken, gibt es wichtige Forschungsansätze, die sich dem Thema widmen und es in all seinen Facetten beleuchten. Jeanne E. Glesener, Professorin für luxemburgische Literatur an der Universität Luxemburg, zählt zu jenen Forschern, die sich dieser Analyse verschrieben haben und ergründen wollen, was Kultur im 21. Jahrhundert bedeutet und wie eine Lehre der Kulturgeschichte Luxemburgs aussehen könnte.

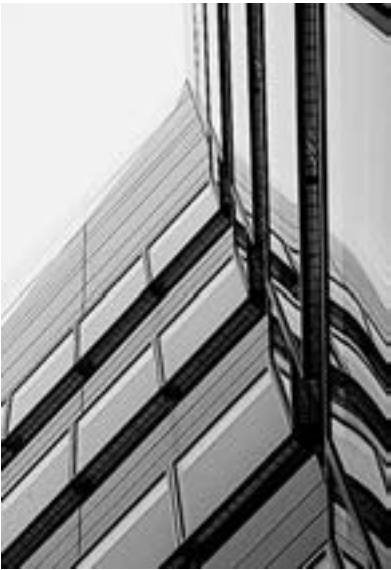
Das Interesse von Jeanne E. Glesener an einer Aufarbeitung der Luxemburger Kulturgeschichte wurde durch die so genannten „Assises culturelles“ bekräftigt. Im Laufe dieser Diskussionen wurde klar, wie wenig Kunst und Kultur bislang in der allgemeinen Bildung verankert sind und eine Rolle spielen, und dies obwohl man heute weiß, welch wichtigen Part Kreativität in all ihren Ausprägungen in der persönlichen Entwicklung einnehmen kann. Überlegungen wurden also angeführt, um durch strukturelle Änderungen eine gute Grundlage für kulturelle Bildung zu schaffen. In den Lyzeen obliegt es den einzelnen Lehrern, ob und in welchem Umfang sie die kulturelle Geschichte Luxemburgs in den Unterricht einbringen wollen. Im Bereich der Kulturgeschichte Luxemburgs besteht ein Mangel an Grundlagenforschung; es existiert zudem kein Lehrbuch, und Spezialisten, die über einen breiten kulturgeschichtlichen Hintergrund verfügen, sind eher selten.

Die Idee einer Ringvorlesung über die Kulturgeschichte Luxemburgs wurde vor diesem defizitären

Hintergrund von Jeanne E. Glesener ins Leben gerufen. Sie soll gleich mehrere Disziplinen heranziehen, um einen tieferen und übergreifenden Einblick in die Luxemburger Kulturgeschichte zu geben. Grundlegend in dieser Analyse sind laut Jeanne E. Glesener die Fragen: Was ist Kultur, wie definieren wir Kultur heute und welchen gesellschaftlichen Beitrag leistet Kultur und ihre Geschichte? Zu den Referenten der Ringvorlesung zählen unter anderem Michel Pauly (transnationale Geschichte), Jeanne E. Glesener (Literaturgeschichte), Ian de Toffoli (Theatergeschichte) sowie Edmond Thill und Paul di Felice (Kunstgeschichte beziehungsweise zeitgenössische Kunst). Damien Sagrillo wird sich in seinem Vortrag mit den unterschiedlichen Musiktraditionen, unter anderem in der Minette-Region, befassen. In weiteren Vorlesungen sollen die Geschichte der luxemburgischen Sprache (Fernand Fehlen), zeitgenössische Musik (Damien Sagrillo), die Industrie- und Wirtschaftsgeschichte (Denis Scuto) sowie die Geschichte der Medien (Paul Lesch, Yves Steichen) analysiert und diskutiert werden. All diese Entwick-



Wandel von der Schwerindustrie über die Finanzbranche hin zur „Wissensökonomie“: In Belval findet man Zeugnisse aller drei Etappen, von denen die letzte erst beginnt



Sven Becker

La CSSF a ouvert ses archives

Glasnost

Bernard Thomas

Ce fut l'un des derniers actes officiels de Jean Guill en tant que directeur général de la Commission de surveillance du secteur financier (CSSF). En décembre 2015, il signait une convention avec les Archives nationales de Luxembourg (Anlux) pour lui verser plus d'un kilomètre de rayonnages courants de documents. (Les archives de l'Arbed, transférées à partir de 1989, mesurent, quant à elles, 4,5 kilomètres.) Si, d'après Guill, ce fut Marc Limpach, juriste à la CSSF et figure de la scène culturelle, qui avait été le « spiritus rector » de cette ouverture des archives, il fallait néanmoins la volonté politique du directeur général – qui était alors à quelques semaines de sa retraite – pour la concrétiser.

Comme souvent, ce fut un déménagement qui forçait l'institution à systématiser sa politique d'archivage. « Nous avons dû vider chaque cave et chaque armoire, dit Jean Guill. Nous y avons trouvé des papiers dont plus personne n'avait besoin, et nous les avons physiquement détruits. Mais nous y avons également trouvé des papiers qui présentaient un intérêt historique, mais dont nous n'avions plus besoin au quotidien. » Les documents archivés par l'Anlux proviennent de la CSSF et de ses précurseurs, le Commissariat au contrôle des banques (1945-1983) et l'Institut

Peu à peu, les historiens commencent à s'intéresser à la place financière. En attendant le premier ouvrage de référence sur le secteur économique le plus important du pays

monétaire luxembourgeois (1983-1998). Certains documents remontent même jusqu'au années 1920. Ils permettent, grosso modo, deux approches : par le haut, via les archives de direction ; et par le bas, via les archives des entités régulées. Pour y avoir accès, le chercheur doit exposer son projet de recherche à la direction de la CSSF et solliciter son autorisation.

Un des premiers chercheurs à fouiller ces archives est le doctorant Benjamin Zenner. Après un Master 2 en histoire européenne contemporaine à l'Université du Luxembourg – qu'il a consacré à une analyse des réclames de voyage publiées dans la *Revue* –, il entame en novembre 2016 un doctorat sur la régulation bancaire. (Zenner s'intéresse plus à la genèse qu'à l'application de celle-ci.)

Dans le cadre de sa recherche, il parcourt les procès-verbaux de toute une série de cénacles successifs où

les acteurs étatiques et privés se rencontraient pour préparer la législation : le « Conseil de contrôle des banques » (1971), la « Commission pour l'amélioration de l'infrastructure législative » (1989), le « Comité pour développement de la place financière de Luxembourg » (2000) et le « Haut comité de la place financière » (2010). Les PV sont plus ou moins détaillés, dépendant du secrétaire des réunions : « Des fois, c'est juste un ordre du jour, une liste des présences et un résumé des décisions. Mais, surtout à partir des années 1970, ils deviennent plus détaillés. » Combinées à d'autres travaux futurs, ces recherches pourraient un jour déboucher sur un premier ouvrage de référence sur la place financière. Or celui-ci ne devrait pas sortir de sitôt. Porté par le C2DH, le premier projet d'envergure dédié à la place financière, au-delà du scandale et de l'apologie, a ainsi été recalé le 30 octobre par le Fonds national de la recherche.



Dans les caves des archives nationales sur le Plateau du Saint-Esprit

Comment écrire une histoire de la place financière ?

Chaque pays est le « paradis fiscal » d'un autre

Questions : Bernard Thomas

L'historien et statisticien Paul Zahlen travaille au sein du C2DH (l'Institut d'histoire du temps présent de l'Uni.lu) à une histoire de la société d'assurance La Luxembourgeoise. Son étude devrait paraître en 2020.

d'Land : À part quelques brochures d'anniversaire, l'histoire de la place financière luxembourgeoise reste étonnamment peu étudiée. Par où faudrait-il commencer ?

Paul Zahlen : Il faudrait en fait commencer par tous les bouts pour ne pas courir le risque de biaiser le regard historique sur le sujet en se focalisant sur un seul aspect – ce qui arrive fréquemment lorsque la masse critique d'historiens travaillant dans un domaine fait défaut, comme c'est très – et trop – souvent le cas dans un petit pays comme le Luxembourg. Car, en réalité, il y a de très nombreuses dimensions à analyser dans le domaine financier : le contexte économique global avec la financiarisation et la globalisation du capitalisme, l'aspect socio-économique avec la question des salaires et des indemnités, l'organisation du travail, les structures dirigeantes, ou encore la diversification (et la complexité croissante) des produits financiers... Et enfin l'aspect de la réglementation et de la régulation du secteur, dont la fiscalité ne constitue qu'un aspect.

Rien que l'utilisation du terme « place financière » – qui a une connotation soit « négative », soit « positive » (une « place forte », une « place centrale ») –, au lieu de « branche financière » ou « secteur financier » pose question. On interprète souvent l'évolution du secteur financier comme une « success story » ; et cela même si les critiques moralisantes ne manquent pas. En somme, il s'agit dans ce cas d'une « success story » à l'envers. Or, à y regarder de près, les échecs, comme par exemple les reprises pas nécessairement amicales, les évictions de dirigeants, les résultats décevants ne sont pas rares et font partie de cette histoire.

Quelle est votre approche pour aborder l'histoire de La Luxembourgeoise ? Passez-vous via une analyse des réseaux personnels/familiaux, des produits financiers ?

« Il ne faut pas s'attendre à ce que l'approche comparative apporte une réponse univoque et simple à la question de l'exceptionnalisme' de la place luxembourgeoise. » Paul Zahlen

Le projet sur lequel je travaille relève plutôt d'un domaine qui, en Allemagne, par exemple, a une longue tradition, la « Unternehmensgeschichte ». Un tel projet exige d'abord l'accès très large aux archives de la société et implicitement une ouverture réelle de la part de la direction de l'entreprise et une relation de confiance mutuelle entre les dirigeants et l'historien en charge du projet. Ce qui est le cas pour ce qui concerne le projet en question.

L'approche est plutôt « micro-économique », sans faire l'impasse sur le contexte économique et financier plus global. J'essaie de procéder par touches, en croisant les sources. À titre d'exemple, la lecture du bilan ne permet que très rarement une interprétation claire et univoque de la marche de l'entreprise ; pour cela il faut aller dans les détails qu'on trouve souvent dans les documents techniques, les rapports de conseil d'administration, etc. Mais évidemment, là encore, il restera toujours des zones d'ombre dues aux informations fragmentaires disponibles. Dans le domaine de l'analyse des réseaux notamment il serait naïf de penser que les sources écrites rendent compte de façon détaillée de leur fonctionnement qui est très souvent basé sur l'oral.

Finalement, en parlant de l'évolution de la « place financière » on place l'analyse à un « méta-niveau ». Or, dans une économie de marché, la vie des sociétés et des différentes branches économiques – la « place financière » y inclue –, est rythmée par les produits mis sur le marché, certains avec succès d'autres avec des succès mitigés ou même se



Paul Zahlen en 2015

soldant par des échecs. C'est cet aspect commercial qui est à la base de l'évolution des entreprises et qui fait le lien avec l'« économie réelle ». L'histoire économique et financière ne peut donc ignorer cet aspect.

Une approche comparative ne permettrait-elle pas de briser le prétendu « exceptionnalisme » luxembourgeois (dans sa forme positive comme négative) ? Du coup, ne faudrait-il pas faire une analyse croisée entre le Luxembourg et l'Irlande, les BVI, voire Panama ?

L'aspect comparatif appartient, à mon avis, organiquement à la recherche en sciences sociales, en sciences économiques et en histoire. Il est néanmoins important que l'étalon de comparaison soit choisi de façon judicieuse. L'énumération des « places financières » dans laquelle le Luxembourg est inséré ici n'est pas neutre. En fait c'est l'aspect « fiscalité » qui est implicitement mis en avant dans la question. Or, les « Paradise Papers » montrent bien que, dans le contexte de la globalisation et de la concurrence fiscale exacerbée qui l'accompagne, chaque pays devient le « paradis fiscal » d'un autre ... et ce sont aujourd'hui plutôt Malte et les Pays-Bas qui sont sur la sellette.

Il faut quitter les chemins pré-tracés. Avant d'aborder de façon globale la comparaison du Luxembourg avec une autre « place financière », on pourrait procéder de façon pragmatique en commençant par comparer la réglementation et la régulation de différentes « places financières », dont la fiscalité ne constitue qu'un aspect. D'ailleurs, contrairement à ce qu'on pourrait penser intuitivement, rien de plus difficile. En effet, à côté de la régulation légale et réglementaire, les décisions administratives, notamment celles des administrations fiscales (circulaires, *rulings*) jouent aujourd'hui un rôle primordial. Ceci complique singulièrement la tâche. Idéalement, un tel projet comparatif serait donc porté par les équipes pluridisciplinaires et interdisciplinaires (juristes, économistes, sociologues, fiscalistes, historiens) des pays faisant l'objet de la comparaison.

Il y a peut-être une autre approche comparative tout aussi productive et moins « lourde », qui serait de mettre en parallèle l'évolution de deux sociétés de la branche financière luxembourgeoise (deux banques ou deux sociétés d'assurance, par exemple), ce qui permettrait de pondérer l'impact des décisions prises par les dirigeants des entreprises en question, de l'organisation interne, des produits proposés, de la réglementation, etc. En tout état de cause, il ne faut pas s'attendre à ce que l'approche comparative apporte une réponse univoque et simple à la question de l'exceptionnalisme » de la place luxembourgeoise. On découvrira probablement – et logiquement – des évolutions « exceptionnelles », en même temps que des aspects communs avec d'autres « places »...

L'interview a été menée par courriels entre le 10 et le 13 novembre

Worin besteht der „Impakt“ der Universität Luxemburg? Ein Gespräch mit Romain Martin, Vizerektor für akademische Angelegenheiten

„Wir können uns nicht unserem Standort entziehen“

Interview: Peter Feist

d'Land: Professor Martin, in den politischen Diskursen der Regierung ist immer wieder zu hören, die Universität Luxemburg solle „Impakt“ haben. In der Begründung des Entwurfs für ein neues Uni-Gesetz steht das auch. Aber wenn die Hauptaktivität einer Universität darin besteht, sich mit dem Wissen der Menschheit auseinanderzusetzen und es zu vergrößern, und wenn sie auf dieser Basis Studenten ausbildet – hat die Uni Luxemburg dann nicht schon genug zu tun und hat sie dann nicht „Impakt“?

Romain Martin: Die Universität wurde 2003 als „Forschungsuni“ gegründet. Sie soll also einen starken Akzent auf die Forschung legen. Eine Uni hat aber immer auch eine Ausbildungsmission. Immer! Daraus folgt, Brücken zwischen Forschung und Lehre zu schlagen, das ist absolut sinnvoll. Allerdings ist unsere Situation eine besondere: Wir sind die einzige Universität im Land ...

... und die Uni soll nicht nur wissenschaftlich Spitze sein und ausbilden, sondern auch Politikberatung leisten, den Unternehmen beim Innovieren helfen, selber Start-ups gründen.

Keine Universität kann sich ihrem Standort, ihrem Umfeld entziehen. Vielleicht können das in den USA die Eliteuniversitäten der Ivy League, wir können es als die einzige Uni in Luxemburg nicht. Die erste Frage, die sich daraus ableitet, lautet: Welche Forschung und welche Lehre passt zu Luxemburg? Wenn wir uns ihr stellen, müssen wir sagen, wieso wir gerade dies in Luxemburg machen und nicht jenes.



Romain Martin

„Als die einzige Luxemburger Uni müssen wir immer ein Auge darauf haben, welche Qualifikationen im Land gebraucht werden, die außer uns niemand anbieten kann“

Verschiedene Ausbildungsbereiche hat die Universität sozusagen geerbt, als ihr bei der Gründung das Lehrerbildungsinstitut Iserp oder die Ingenieurschule IST zugeschlagen wurden.

Ja, damit wurden wir für die Ausbildung von Lehrern und von Ingenieuren zuständig, und darüber hinaus müssen wir immer ein Auge darauf haben, welche Qualifikationen im Land gebraucht werden, die außer uns niemand anbieten kann. Es wurde bei der Gründung der Uni eben nicht der Weg eingeschlagen, obendrein eine Fachhochschule nach deutschem oder Schweizer Vorbild einzurichten. Ich habe größten Respekt vor den Fachhochschulen und vor dem, was sie leisten, aber eine solche Hochschule wurde 2003 nicht gegründet. Alle

Research assessments as fetish objects

The indicator mania

Morgan Meyer

Let's start with this question: what's the scientific quality of the University of Luxembourg? According to the latest ranking by the *Times Higher Education*, it currently ranks 179th in the world. This number does not tell us much, unless some more context is provided. For instance that there are over 10 000 universities across the world and that Luxembourg's university was created in 2003.

In the category “young university”, the university currently ranks 11th. For a small and young university, being present in such an international ranking is undoubtedly an achievement. Yet, the *Times Higher Education* is only one of several actors to produce university rankings. In the two other, often-cited university rankings, the University of Luxembourg is less visible: it is absent in the so-called Shanghai ranking, and in the field of computer science it is ranked 351st in the QS ranking.

In 2016, the university's publications have received over 9 000 citations. And the set goal is to publish on average two publications per year per researcher – the current average being 1,62 per year¹. The answer to the question “what's the scientific quality of the University of Luxembourg?” inevitably depends on who measures and what is being measured.

Measuring the impact and evaluating the quality of research and innovation are today common in the academic world. In many circles, impacts are used and discussed: various institutions produce rankings and measurements, researchers use them to make judgments and recruit people, governments mobilise them to distribute funding, and committees rely on them to produce expertise... But behind the idea of objective and “clean” indicators and numbers lies a more complex reality. Indicators cannot fully capture innovation, creativity and research impact, they have negative side-effects and they can never be truly objective.

Internationally, it is since the 1980s and 1990s that indicators have become increasingly used. Today, all kinds of things are measured and evaluated: the impact factor of

scientific journals, the times that individual researchers and their papers are cited, the number of patents, the productivity of teams, departments and universities, etc. Terms such as “audit society” and “academic capitalism” have been developed to analyse this drive towards evaluations and assessments and its effects.

On the one hand, it makes sense to measure and assess scientific and technological activities. If funders want “return on investment”, if budgets are limited, if institutions want “accountability” and to make sure that science has positive effects, it is reasonable to try to measure the quality of scientific actors, from individual researchers to large institutions.

Indicators might increase scientific productivity and efficiency, and assessments can provide a basis for informed decisions on how to best spend research money. The “wider use of quantitative indicators, and the emergence of alternative metrics for societal impact, could support the transition to a more open, accountable and outward-facing research system” a recent report titled *The Metrics Tide* states².

On the other hand, there are a number of problems and limitations with indicators. Counting citations, for instance, is biased towards Anglo-Saxon and established journals; the impact factors of journals can be manipulated; and they are dependent on the disciplines and size of communities that researchers work within. With university rankings, there are inevitable methodological shortcomings. It is difficult to compare and rank universities across countries, because they have emerged out of different cultures, histories, and traditions. Also, rankings are not evenly distributed around the globe: some countries rank more than others and the “indicator mania” is not present everywhere.

Ranking universities also runs the risk of homogenising and standardising them. The diversity and richness of universities can decrease if they all want to compete for the same *measurable* activities. This makes them less reactive to their local contexts, less attentive to teaching activities and less sensitive to social and organisational concerns. Rankings and evaluations can reinforce a questionable hypothesis: that international activities are necessarily excellent, while national and local activities are not. Another problem is a linguistic one: words such as “excellence” are used by so many universities these days that they have lost their significance.

Rankings and competition between universities and researchers is often seen as a manifestation of neoliberalism implementing competition and market forces in all kinds of activities. But there is an inevitable paradox: research is not only about competition, but also about collaboration and while some scientific activities can lead to marketable goods, a vast part of scientific research is a “public good”.

The tension between market forces and the public nature of research is particularly visible in controversies about the access and cost of publications. The publication of journals and the production of metrics has become a real business, with only a few enterprises such as Elsevier and Springer dominating the market. These enterprises now charge expensive subscription fees for access. The main criticism, raised by researchers and librarians, is that research paid by public funding is being distributed and sold by a few private enterprises and then read and used again by public researchers. Reactions against Elsevier have been particularly important, with editorial boards resigning, librarians boycotting, and universities cancelling contracts.

Somewhere in the middle between blindly playing the “indicator game” and rejecting/resisting indicators – and the minimum that researchers and research funders should do – is a balanced and reflexive attitude towards indicators³. We can follow the authors of *The Metric Tide* report that states: “Metrics should support, not supplant, expert judgment”. Peer review, although it is not perfect, is still an important and significant practice to assess research. “It is sensible to think in terms of research qualities, rather than striving for a single definition or measure of quality”, *The Metric Tide* further states.

There are three lessons to draw from the uses and fetishisation of indicators. First, multiplicity: assessments should never be based upon one indicator only, and indicators should never be based on their own, but coupled to other, qualitative evaluations. Research can have impacts on social, cultural, environmental, economical and public policy issues – all of which call for a variety of measurements. Research can have diverse values and a variety of impacts, some easier and some harder to assess.

Second, the contexts and disciplinary diversity of research must be recognized. And third, humility and reflexivity are important. We must recognize that indicators can capture only a portion of reality, that they are based on methods that inevitably have their shortcomings and they have positive and negative effects on behaviors, institutions, and diversity. Numerical quantification of research must go hand in hand with expert qualification.

Morgan Meyer is director of research at the CNRS and works at the Centre for the Sociology of Innovation at Mines ParisTech.

¹ University of Luxembourg, Report 2016. *Key Performance Indicators*, p. 3

² Wilsdon et al. (2015) *The Metric Tide: Report of the Independent Review of the Role of Metrics in Research Assessment and Management*. HEFCE

³ For a good debate on the indicator game, see the 2017 issue of *Engaging Science, Technology, and Society* (<http://estsjournal.org>).

Hochschulbildung, die das Land braucht, wurde uns übertragen. In einer solchen Situation reicht es nicht, als Universität zu sagen: Ich trage zum Wissen bei! Sondern man muss Prioritäten setzen. Tut man das, stellt sich nicht nur die Frage: Wenn es dieselbe Ausbildung im Umkreis von hundert Kilometern noch dreimal gibt und obendrein in hoher Qualität, weshalb müssen wir sie hier noch einmal anbieten? Sondern auch die: Was bietet hier im Land sonst keiner an, obwohl es gebraucht wird, und wie können wir das in hoher Qualität anbieten?

Kann eine Uni exzellent sein, wenn sie solchen Zwängen unterliegt? Die Universität Luxemburg will ja exzellent sein.

In allen Bereichen exzellent sein können wir nicht, in ausgewählten Bereichen schon.

Was bedeutet Exzellenz? Es schreibt ja keine Uni sich Mittelmaß auf die Fahnen.

Ich möchte nicht auf Rankings eingehen. Rankings sollen kein Selbstzweck sein. Ich komme aus der Bildungsforschung, war früher stark an den Pisa-Tests beteiligt und habe damals gesagt, Pisa sollte kein Selbstzweck sein. Exzellenz ist für mich verbunden mit „international führend“. Wenn zum Beispiel in den USA über ein Wissensgebiet gesprochen wird, in dem wir Exzellenz anstreben, dann sollte der Name „Uni Luxemburg“ fallen. Wenn eine internationale Konferenz über dieses Gebiet stattfindet, sollte es dort heißen, „in dem Bereich geschieht in Luxemburg etwas“. Dass wir das nicht in 20 Bereichen schaffen, sondern nur in ausgewählten, ist klar.

Kann die Universität exzellent werden in einem Bereich wie den Erziehungswissenschaften, da sie die Lehrerbildung übertragen bekam, weil sonst niemand sie macht?

Das kann sie. Die Erziehungswissenschaften sind ein ausgesprochen weites Feld. In bestimmten Bereichen sind wir jetzt schon gut etabliert. Und Luxemburg ist ein interessantes Terrain für die Forschung: Eine derart heterogene Schülerschaft, wie wir sie heute haben, bekommen andere Länder morgen. Worüber geforscht werden soll, um exzellent zu sein, ist wiederum eine Frage der Prioritätensetzung.

Was geschieht, wenn so viele Grundschullehrerstudenten ihre Examen nicht bestehen, so dass Gewerkschaften sagen, die Examen seien zu schwer? Entsteht dann Druck, die Qualitätsansprüche runterzuschrauben und bringt das die Exzellenz in Gefahr?

Das ist eine komplizierte Frage. In Kurzfassung ist die Antwort folgende: Ja, eine Reihe Studenten schaffen die Prüfungen nicht, weil ihre Kompetenzen nicht ausreichen. Muss die Uni deshalb mehr Wasser in ihren Wein schütten? – Nein, denn ich komme aus diesem Bereich und kann mir zum Beispiel nicht vorstellen, was es bringen soll, wenn Studenten, die später als Lehrer Französisch unterrichten sollen, es selber nicht gut genug sprechen können. Das eigentliche Problem ist allerdings ein ganz anderes. Nämlich: Können wir realistischer Weise verlangen, dass jeder Grundschullehrer einen riesigen Wissensfächer beherrscht und Deutsch, Französisch, Mathematik und die Einführung in die Naturwissenschaften gleich gut unterrichten kann? Das Luxemburger „Generalistenmodell“ steht auch deshalb in Frage, weil es so viele dafür geeignete Studenten gar nicht gibt.

Also keine Abstriche an den Qualitätsansprüchen?

Schon heute machen wir zu viele Kompromisse, zum Beispiel bei dem, was wir in den Sprachen verlangen. Die Hypothese, wir fänden genug Leute, die als

Generalisten in allen Bereichen gut sind, ist unrealistisch. Die Universität bereitet angehende Lehrerinnen und Lehrer sehr gut auf ihren Beruf vor. Es gibt aber insgesamt nicht genug Kandidaten, die den Anforderungen des Generalistenmodells genügen.

In anderen Bereichen scheint es ähnlich auszusehen, etwa bei den Ingenieuren. Betriebe klagen, sie fänden keine. Im Gemeindesektor sind Ingenieure richtig knapp. Manche Berufsverbände trauern dem früheren IST hinterher. Setzt die Uni das unter Druck?

Diese Diskussion hatten wir im vergangenen Jahr. Eine Lösung, die wir gefunden haben, lautet: Wir bilden gemeinsam mit dem Hochschulministerium ein Groupement d'intérêt économique. In dieses GIE wird das Institut universitaire international Luxembourg (IUIL) integriert. Dort wird zum einen die berufliche Weiterbildung gebündelt, die Uni und IUIL jeweils schon anbieten, zum anderen setzen wir dort anwendungsnähere Bachelor-Studiengänge ein. Vor zwei Monaten haben wir angekündigt, dass zwei Ausbildungen, die mit einem Brevet de Technicien supérieur (BTS) abschließen, zu Bachelor-Studiengängen ausgebaut werden. Das betrifft eine BTS-Ausbildung des Lycée des Arts et Métiers in Animationsfilm und eine der École de Commerce et de Gestion in Buchhaltung.

Es gibt Professoren, die sehen dadurch die Ausbildungsqualität der Uni in Gefahr.

Ja, auch im Land standen dazu kritische Artikel. Das ist gut so, das gehört zur akademischen Freiheit. Aber der Bedarf an anwendungsnäheren Ausbildungen ist nun mal gegeben, wir müssen uns ihm stellen. Und wir tun das eben nicht, indem wir das Profil der Uni aufweichen, sondern wir gründen mit dem GIE ein Zentrum, das zwar an der Uni angedockt sein, aber eigenständig funktionieren wird. Der Kern der Universität als Forschungsuni wird davon nicht berührt, wir setzen lediglich etwas daneben. Aber, und das ist wichtig: Wenn wir sagen, es ist anwendungsnäher, dann sagen wir nicht, es ist von minderer Qualität! Die Ausbildungen werden eine andere Zielsetzung haben und weniger akademisch sein. Die Standards, die an die Lehre angelegt werden, werden aber dieselben sein wie an der Uni. Die Uni vergibt am Ende die Bachelor-Diplome des Zentrums und sie steht gerade für die Qualitätsstandards von dessen Lehre.

Wäre die Gründung einer Fachhochschule nicht die einfachere Lösung?

Das wäre eine andere Option gewesen. Sie ist möglicherweise auch nicht gänzlich ausgeschlossen: Wir schaffen die neue Einrichtung jetzt und schauen, wie sie sich entwickelt. Die zwei Bachelor-Studiengänge haben eine Pilotfunktion. Nach drei Jahren werden wir sie evaluieren. Meine These ist, dass der Ansatz, den wir gewählt haben, das Potenzial hat, ein gutes Modell zu werden. Die Gründung einer Fachhochschule hätte ich riskanter gefunden. Wir hätten dann zum Beispiel sagen müssen: Was ist „anwendungsorientierter“? Die Ingenieurausbildung würde ich dort nicht ansiedeln wollen, denn obwohl Ingenieure zwangsläufig nah an der Industriepraxis sind, ist ihre Ausbildung dennoch sehr forschungsbasiert.

Wer wird in den beiden Bachelor-Studiengängen lehren?

Die ersten zwölf bis 18 Monate des dreijährigen Studiums finden in dem jeweiligen Lyzeum statt. Darauf folgt ein „Mobilitäts-Semester“ an einer Partnerinstitution. Die werden wir auswählen, das werden vor allem Fachhochschulen sein. Das letzte Jahr wird an der Uni gelehrt, aber nicht nur von Universitätsprofessoren. Es wird auch Lehrbeauftragte aus der Praxis

geben, und ich schließe nicht aus, dass auch Sekundarschullehrer beteiligt sein werden.

Fürchten Sie nicht, sich damit eine Neuaufgabe des Standeskonflikts ins Haus zu holen und einen Professor zu schaffen, von dem es heißen könnte, „deen ass zwar keen Unisproff, mee en ass besser wéi e Lycéesproff“?

Eben genau das wollen wir nicht! Ich bin ein Unisproff, halte mich aber nicht für besser als ein Lycéesproff. Ich habe lediglich eine andere Aufgabe. Wenn ich die Bachelor-Programme aufstelle, Profile für die Lehre suche und ein geeignetes Profil bei einem Sekundarschullehrer finde, dann brauche ich eine bestimmte Qualifikation, um das Fach von ihm lehren zu lassen. Dann muss es eine Übereinstimmung mit der Aufgabe geben, dann muss dieser Lehrer das sehr gut machen können, dann ist es eine Frage von Qualitätssicherung. Ich wehre mich dagegen, dass eine Frage von „besser“ oder „schlechter“ ist. Wenn ein Sekundarschullehrer diese Lehraufgabe gut ausfüllen kann, soll er das machen können. Er wird sich dann aber nicht Universitätsprofessor nennen können – und ich glaube nicht, dass er das wollte.

Sehen Sie die Gefahr, dass die Uni überdehnt werden könnte – wenn sie einerseits zumindest in bestimmten Bereichen exzellent forschen soll, überall gute Lehre bieten soll? Und andererseits auf sehr spezifische Bedarfe eingehen soll? Gar nicht zu reden von Politikberatung für die Regierung, Innovationshilfe für Unternehmen, Ausgründung von Spin-off-Betrieben?

Dieses Risiko besteht, und wir sind uns dessen bewusst. Aus eben diesem Grund sind das Zentrum für Weiterbildung und die anwendungsnäheren Bachelors zwar eine beschlossene Sache, aber wir werden sehen, wie sie sich entwickeln.

In der jüngsten Evaluation der Uni hatten Gutachter der European University Association festgestellt, sie hätten „keine Verbindung“ zwischen der Forschung und der Lehre an der Uni finden können. Auf der Pressekonzferenz sagte die Vorsitzende der Gutachtergruppe, „niemand hat uns davon erzählt, und das macht uns Sorgen“. Macht Ihnen das auch Sorgen?

Ich kann diese Einschätzung verstehen. Doch dass davon niemand den Gutachtern erzählt hat, bedeutet nicht, dass die Verbindung nicht besteht. Sie wird aber nicht genug thematisiert. Die Universität wird demnächst 15 Jahre alt. Sie hat sich ganz bemerkenswert entwickelt, aber der Akzent lag auf der Bestimmung „Forschungsuni“.

Das heißt, die Lehre ist noch nicht gut?

Das heißt es nicht. Es bestehen viele gute Programme. Wahrscheinlich aber sprechen wir nicht genug darüber, welche unsere pädagogischen Konzepte sein sollen; was es bedeutet, Forschungsuniversität zu sein, und wie wir das in die Lehre einbauen. Wir haben vor kurzem eine Arbeitsgruppe „Lehre“ gegründet und arbeiten an der Aufstellung einer Pädagogischen Charta zur Frage: Wofür stehen wir in der Lehre? Der erste Punkt dabei: Die Verbindung zwischen Forschung und Lehre wollen wir expliziter machen. Damit haben wir noch nicht gesagt, wie wir es genau machen wollen, aber wir wollen uns viel stärker der Frage annehmen, auf welchen Wegen die Professoren ihre Forschung in die Lehre einfließen lassen sollen.

Entschuldigen Sie, aber was Sie sagen, klingt so grundlegend, dass ich mich wundere, dass das ein Problem ist. Zumal bei den vielen Professoren, die aus dem Ausland hierhergeholt wurden, wo es viel längere Hochschultraditionen gibt und wo man mehr könnte, Forschung und Lehre seien verknüpft.

„Die Förderung von ‚entrepreneurial skills‘ hat nichts zu tun mit Start-up-Gründung. Sondern mit dem Trainig von Kreativität, Kooperation oder Kommunikation“

Viele – die meisten, würde ich sagen – verknüpfen sie auch. Doch davon hörten die Gutachter nichts. Denn wir dokumentieren das nicht, wir teilen es unter uns nicht genug. Frage ich die Hochschullehrer, was sie machen und wie, erhalte ich viele hochinteressante Antworten, aber wir haben kein universitätsweites Forum für einen solchen Austausch. Deshalb werden wir ab kommendem Jahr Journées pédagogiques einführen. Die nächste Evaluation ab Mitte 2020 wird die Lehre zum Schwerpunkt haben. Das wird für uns eine Gelegenheit sein, über sie systematisch nachzudenken.

Einer der Key Performance Indicators, von deren Erfüllung die staatlichen Zuwendungen an die Uni abhängen, sieht vor, dass zwischen 2014 und 2017 drei Spin-off-Firmen aus der Uni ausgegründet werden sollen. Ende 2016 waren es zwei ...

Genaugenommen waren es bisher sieben: So viele Firmen wurden in Verbindung mit intellektuellem Eigentum der Universität gegründet. Zwei entstanden unmittelbar aus der Universität.

In ihrem Strategierahmen 2016 bis 2026 hat die Uni sich vorgenommen, für „unternehmerisch eingestellte Studenten und Forscher aus der ganzen Welt“ attraktiv zu sein. Sind Studenten, die neben ihrem Studium noch an ihre eigene Firma denken, gute Studenten?

Ich bin dankbar für diese Frage, denn sie erlaubt mir unter anderem zu erklären, was unser Ansatz „Entrepreneuriat“ nicht ist: Es geht dabei nicht um Start-up-Gründung und um die Frage, wie viele wir gründen.

Das ist aber ein Leistungsindikator.

Stimmt, und man kann ihn auch als ein Instrument ansehen, um unseren wirtschaftlichen Impakt zu messen und wie es uns gelingt, Forschungsergebnisse in die Praxis zu überführen. Das wollen wir ja. Die Zahl der von uns angemeldeten Patente und Lizenzen ist dafür ebenfalls ein Indikator. Aber wenn wir von der Förderung von „entrepreneurial skills“ sprechen, meinen wir damit transversale Kompetenzen der Studierenden. Wenn man heute an einer Universität ausbildet, kann man nicht mehr sagen, man macht das, um den Studierenden auf diesen oder jenen Beruf vorzubereiten. Zur Rentrée hat Kristin Ingolfssdottir aus unserem Aufsichtsrat einen Vortrag gehalten und dabei eine Studie zitiert, laut der wir uns 60 Prozent der Berufsbilder, die in den nächsten 20 Jahren gefragt sein werden, heute noch gar nicht vorstellen können. Deshalb ist es heute wichtiger denn je, so auszubilden, dass unsere Absolventen in diesem sich so stark ändernden

beruflichen und gesellschaftlichen Umfeld zurechtkommen. Was noch ein Beispiel dafür ist, dass die Uni Impakt liefert.

Aber wurde nicht schon immer gelehrt, wie man sich Wissen aneignet?

Zum Teil schon, aber es hat heute einen noch höheren Stellenwert. Immer wichtiger werden gleichzeitig Eigenschaften wie Kreativität. Oder die Fähigkeit, Probleme zu lösen – im ganz allgemeinen Sinne des Wortes, Zusammenarbeiten, Kommunizieren, Projekte managen. Die Fähigkeit, das richtige Team aufzustellen und eine Aufgabe zu lösen – was damit zu tun hat, sich vorher einzugestehen, dass man sie nicht alleine lösen kann. Oder die Fähigkeit, eine Idee darzustellen und andere davon zu begeistern – zum Beispiel weil ich weiß, dass ich es allein nicht schaffe. Das meiste, was ich hier aufgezählt habe, bekommt man in einem klassischen universitären Kursus nicht gelehrt.

Sondern womit?

Übungen in „Entrepreneurship“ sind dazu sehr gute Vehikel! Vor drei Wochen fand an der Uni das erste Ideation Camp statt. Dort haben Studenten verschiedenster Fachrichtungen drei Tage lang Ideen für potenzielle Start-ups entwickelt. Die Ideen wurden mit Mentoren weitergetrieben, Teams wurden aufgestellt, Präsentationen vorbereitet, und zum Schluss wurden Jurys gebildet und die beste Idee und die beste Präsentation ausgewählt. Genau das, was ich vorhin aufgezählt habe, geschah da! Das war sehr intensiv, manche Studenten haben bis drei Uhr morgens gearbeitet. Das hat mir bestätigt, dass es funktionieren kann und wir derartige Veranstaltungen als Vehikel nutzen können, um solche Fertigkeiten bei den Studenten zu trainieren. Journalisten, die von dem Ideation Camp erfuhren, fragten nach, ob wir das täten, um die Uni näher an die Wirtschaft zu rücken ...

Was Politik und Wirtschaft sich wünschen ...

... was für uns aber nicht entscheidend ist. Entscheidend bei solchen Kursen ist, dass man dort Kompetenzen trainieren kann, die sich in einem Hörsaal-Setting nicht vermitteln lassen. Ein Indikator, der Start-ups zählt, steht hier also stellvertretend für etwas, das viel mehr umfasst als eine reine Unternehmensgründung. Wird eine Firma gegründet, dann ist das das Sahnehäubchen und eher ein Nebeneffekt von dem, was eigentlich das Ziel war: Eigenschaften wie Teamfähigkeit oder Kreativität zu fördern.

Yves Elsen, der Präsident des Aufsichtsrats, hat in einem Gespräch mit dem Land im September gesagt, im nächsten Vierjahresplan werde stärker herausgearbeitet, worin der „impact socio-économique“ der Uni bestehen soll. Können Sie das schon sagen?

Das stand immer im Raum für uns. Wir sind stark aus Steuermitteln finanziert. Wir müssen uns Prioritäten geben, die zu Luxemburg passen. Wir wollen natürlich einen Beitrag zur Profilierung von Belval leisten: Dass dort ein Ökosystem entsteht, das günstig für Innovationen ist, und daraus eine neue Identität für den Süden, ein Gegengewicht zu Luxemburg-Stadt. Wir nehmen mit verschiedenen Arbeiten starken Einfluss auf das, was in der Gesellschaft geschieht. Unser Bildungsbericht hat eine Hebelwirkung auf die Schulwelt. Wir nehmen ein Bildungsmonitoring vor, in das keiner uns reinredet, auch wenn wir da Zahlen publizieren, die nicht jedem genehm sind. Die Forderung, wir sollten „Impakt“ haben, ist ganz normal und wir nehmen die Herausforderung gerne an.



Studenten in Belval in einer Vorlesung zur italienischen Filmgeschichte



Sven Becker

Je nach Sprache rechnet das mehrsprachige Gehirn anders

Höherer Lernaufwand

Ines Kurschat

Wie beeinflusst Mehrsprachigkeit das mathematische Verständnis, fragten Forscher der Uni Luxemburg. Christine Schiltz, Professorin für kognitive Neurowissenschaften, Doktorandin Amanda Van Rinsveld und ihr Team am Cognitive Science and Assessment Institute (Cosa) untersuchten anhand von Verhaltenstests und mit funktioneller Magnetresonanztomografie, wie mehrsprachige Personen Rechenaufgaben lösen, die sie in zwei Sprachen gestellt bekommen. Dazu wurden bilingualen Muttersprachlern, die in Luxemburg zur Schule gegangen sind, also auf Deutsch alphabetisiert wurden und ab der Sekundarstufe Französisch als Unterrichtssprache hatten, im Scanner Matheaufgaben in denen beiden Sprachen vorgelegt, von einfachem Rechnen bis zu etwas anspruchsvolleren Additionen.

Es zeigte sich, dass die Testpersonen einfache Additionen in beiden Sprachen etwa gleich gut lösen konnten. Für komplexere Additionsaufgaben, die auf Französisch gestellt wurden, benötigten sie mehr Zeit und sie machten deutlich mehr Fehler als bei derselben Aufgabenstellung auf Deutsch. „Im Scanner konnte man sehen, dass in der Testsituation unterschiedliche Hirnregionen aktiviert wurden“, so Christine Schiltz. Die Magnetresonanztomografie ist ein bildgebendes Verfahren, das die Hirnaktivität abbildet. Den Forscherinnen fiel auf, dass bei einfachen Aufgaben eine kleine Sprachregion des linken Temporallappens aktiviert wurde, während beim Rechnen komplexer Aufgaben auf Französisch zusätzliche Hirnregionen beteiligt waren, die für das räumlich-visuelle Denken verantwortlich sind. „Eine Erklärung dafür, warum das so ist, haben wir nicht. Aber es scheint, dass die Testpersonen auf bildliches Denken zurückgreifen“, sagt Schiltz. Dabei handelt es sich offenbar nicht um eine reine Übersetzungsarbeit vom Deutschen ins Französische: „Wäre es eine Übersetzungsleistung gewesen, hätten andere Areale im Gehirn aktiviert sein müssen“, so Schlitz. Diese Beobachtung ist insofern bemerkenswert, weil offenbar beim Lösen französischsprachiger Ma-

Studien belegen: Schüler müssen in der zweiten Unterrichtssprache Französisch zusätzliche Leistungen erbringen, um eine Rechenaufgabe richtig zu lösen

theaufgaben andere Denkprozesse involviert waren, als wenn dieselben Testpersonen deutschsprachige Aufgaben lösen, respektive monolinguale Personen Rechenaufgaben in ihrer Sprache lösen. „Das beweist, dass mathematische Leistungen von der Sprache beeinflusst werden“, so Schiltz.

Die Untersuchung ist nicht die einzige, mit denen sich Schiltz und ihre KollegInnen am Cosa beschäftigen. Sonja Ugen, Entwicklungspsychologin, hatte bereits in einem früheren Forschungsprojekt mit Sekundarschülern nachweisen können, dass Sprache die mathematischen Leistungen beeinflusst (*d'Land* vom 27.3.2015). Dafür hatte sie zweisprachige *Classique*-Schüler (die zuhause Luxemburgisch sprechen) unterschiedlicher Jahrgangsstufen im Rechnen getestet. Die Jugendlichen sollten einfache Rechenaufgaben lösen, die sie selbst lesen mussten oder die sie über Kopfhörer vorgespielt bekamen. Sie sollten bewerten, welche Zahlen größer sind, sowie einfache Additionen durchführen. Allerdings veränderten die Forscher die Zahlen so, dass mal der Zeh-



Für das mehrsprachige Schulsystem nicht ohne Brisanz: Studien zeigen, dass Schülern das Rechnen in ihrer ersten Unterrichtssprache leichter fällt

ner und mal der Einser größer war. Denn während im Französischen die Zehner sprachlich betont werden, werden im Deutschen die Einser zuerst gesprochen. „Die Überlegung war, über die Art der Fehler den Impact, den eine Erst-, respektive ein Zweit-sprache auf das Rechnen haben, zu messen.“ Die Wissenschaftler maßen, wie schnell und wie akkurat die Schüler die Aufgaben jeweils auf Deutsch und Französisch lösten. Wurden die Zahlen gelesen, waren die Reaktionszeiten am besten für jene Zahlen, wo die Zehnerziffer größer als die Einserziffer war, unabhängig von der Sprache. Wurden sie mündlich vorgelesen, variierten die Reaktionszeiten von der einen zur anderen Sprache, die Schüler hatten offensichtlich Schwierigkeiten mit der unterschiedlichen Zehner-Einser-Zählweise. Grundsätzlich waren die Schüler schneller auf Deutsch und machten dort weniger Fehler. Je komplexer die Rechenaufgaben wurden, desto höher war auch die Fehlerquote im Französischen. „Es scheint, dass die Sprache, in der sie zu zählen gelernt haben, eine wichtige Rolle bei ihren Rechenleistungen spielt“, erklärt Sonja Ugen.

Die Psychologin wurde von den Lyzeen Redingen und Grevenmacher beauftragt, den dortigen deutschsprachigen Matheunterricht zu evaluieren. Beide Schulen bieten, als Konsequenz dessen, dass viele Schüler sich mit Mathe auf Französisch schwer tun, das Fach parallel auf Deutsch an (*d'Land* vom 17.3.2017). Die Uni analysiert die Angebote, die nicht ganz identisch sind, dahingehend, welche Wirkung das Beibehalten der ersten Unterrichtssprache Deutsch auf die Rechenleistungen der Schüler hat. Außerdem soll geprüft werden, welche Hilfestellungen, etwa durch verständlicher formulierte Textaufgaben oder durch kurze Übersetzungen, Lehrern an die Hand gegeben werden können, damit sie die Jugendlichen beim Rechnen optimal unterstützen.

Mathematikunterricht auf Deutsch, wenn auch im mehrsprachigen Schulsystem hierzulande politisch umstritten, macht kognitiv betrachtet Sinn, so die Forscherinnen und Schiltz: Die bisherigen Studien zeigten, dass Schüler am besten Mathe in der Sprache lernen, in der sie Rechnen gelernt ha-

ben. Im Luxemburger Schulsystem ist dies nach respektive neben der Herkunftssprache Deutsch. „Mehrsprachigkeit ist, so gesehen, mit kognitiven Kosten verbunden“, unterstreicht Ugen. Kinder müssen in der zweiten Unterrichtssprache Französisch zusätzliche Leistungen erbringen, um eine Rechenaufgabe richtig zu lösen. Das war der Grund, warum Mathelehrer in Grevenmacher das Fach auf Deutsch angeboten hatten: um sich stärker auf Mathe konzentrieren zu können, statt durch Unsicherheiten im Französischen gehemmt zu werden und so den Einfluss von Sprachproblemen auf die Mathematik-Leistungen zu minimieren. Christine Schiltz und ihr Team wollen nun in einem weiteren Projekt ihre Untersuchungen auf die Grundschule ausdehnen. Außerdem ist geplant, mathematische Tests zu entwickeln, die so weit möglich ohne den Einfluss von Sprache auskommen. Solche Tests könnten beispielsweise genutzt werden, um bei Neuankömmlingen in Luxemburg, ungeachtet der Herkunft und der sprachlichen Fertigkeiten, die mathematische Kompetenz zu erfassen.

Mobilitätsforschung in den Gewerbegebieten im Süden

Am liebsten im Auto

Peter Feist

„Typisch Luxemburg“ könnte man nennen, was Mobilitätsforscher des Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (Liser) ermittelt haben: Wer in einem der Gewerbe- und Industriegebiete im Süden des Landes arbeitet und entweder in der Region wohnt oder gleich hinter der Grenze, fährt am liebsten im Auto zur Arbeit.

Genauer: im eigenen Auto. Es ist für 90 Prozent der Süd-Einheimischen das bevorzugte Vehikel zwischen daheim und der Arbeit und für 87 Prozent der Grenzpendler. Wobei von Letzteren weitere acht Prozent Fahrgemeinschaften nutzen, was aber nur 0,5 Prozent der Einheimischen tun. Unter diesen legen weitere fünf Prozent den Arbeitsweg im Bus zurück, zwei Prozent im Zug. Bei den Grenzpendlern liegt der Zugfahrer-Anteil bei drei Prozent, der Busnutzer-Anteil bei 0,2 Prozent. „Das Auto ist offenbar vorherrschend“, sagt Liser-Forscher Sylvain Klein trocken.

Die Studie entstand im Auftrag des Nachhaltigkeitsministeriums und des Gemeindeforschungsinstituts Prosud. Frank Vansteenkiste, Erster Regierungsrat und Chef-Landesplaner im Ministerium, nennt den Süden „ein Sorgenkind“. Die 25 Gewerbe- und Industriegebiete der Region müssten „besser angebunden werden“, damit mehr der rund 18 000 dort Beschäftigten auf ihr Auto verzichten.

Zwar befragte das Liser sie nicht alle, sondern nur eine Stichprobe von 1 349 Leuten. Doch die war repräsentativ, und es stellte sich heraus, dass 98 Prozent der Befragten mindestens ein Auto im Haushalt haben, 65 Prozent mindestens zwei. Dabei ist die Südregion eigentlich stark urbanisiert, grenzt eine Gemeinde oft an die andere, und wenngleich nicht überall die Bahn verkehrt, ist das Busangebot von RGTR und Tice so schlecht nicht. Was auch die Liser-Untersuchung zeigt: 85 Prozent der Leute finden nach höchstens zehn Minuten Fußmarsch von

Zuhause eine Bushaltestelle vor, 62 Prozent finden höchstens nach zehn Minuten vom Betrieb eine. Sich auf die sanfte Tour zu begeben, wäre ebenfalls möglich: Ungefähr jeder Fünfte hat nah beim Betrieb beziehungsweise dem Zuhause einen Radweg.

Doch: Zwei Mal zehn Minuten pro Weg zu und von einer Bushaltestelle zu laufen, ist womöglich nicht die bequemste Option. Denn für die Hälfte der befragten Einheimischen liegt die Fahrzeit von Zuhause zur Arbeit unter 30 Minuten, für die Hälfte der Grenzpendler unter 60 Minuten. Und zwei Drittel aller Befragten sind mit ihrem Arbeitsweg „zufrieden“. Die Entscheidung, das Auto zu nehmen, begründen die meisten (46 Prozent) mit „Komfort“.

„Doch wenn es Alternativen zum Auto gibt, werden sie auch genutzt“, stellt Sylvain Klein fest. Das Problem ist nur, dass nicht überall Alternativen bestehen. Für rund 70 Prozent aller Arbeitsplätze

Wer im Süden wohnt und dort arbeitet, fährt vor allem im Auto. Was aber auch daran liegt, dass viele Gewerbegebiete nur so erreichbar sind

in den Gewerbegebieten im Süden konnte gemeinsam mit den Betrieben ermittelt werden, inwiefern die Beschäftigten auch anders als im Auto mobil sein können. Resultat: „Vor allem größere Gewerbegebiete nahe der Autobahnen sind kaum anders erreichbar als im Auto.“ Vielleicht ist auch deshalb die „Mobilitätspolitik“ der Betriebe, wie Sylvain Klein das nennt, in erster Linie auf die Automobilität bezogen: In einer zweiten Erhebung, diesmal unter den Betrieben, ergab sich, dass 51 Prozent von ihnen Gratis-Parkplätze anbieten, 56 Prozent stellen Dienstautos zur Verfügung, 51 Prozent Funktions-Autos – wobei Letztere einem Mitarbeiter persönlich zur Verfügung gestellt werden, während Dienstfahrzeuge sowohl zum Einsatz für den Betrieb gedacht sind, als auch für die private Nutzung. Womöglich liegt es an dieser Spendabilität der Betriebe, dass die vom Liser befragten Leute sich zur Verbesserung ihrer Mobilitäts-Situation in erster Linie ein Funktionsauto wünschten (44 Prozent) beziehungsweise ein „Elektro-Auto für berufliche und private Zwecke“ (43 Prozent). Erst an dritter Stelle der Wunschliste – Mehrfachnennungen bei der Befragung waren möglich – rangierte

die „Organisation von Werksverkehr“ durch den Betrieb (35 Prozent), gefolgt vom Wunsch nach einem Dienstwagen (27 Prozent).

Sylvain Klein interpretiert die Wünsche so, dass „wer ein Auto will, davon ausgeht, ein verbesserter öffentlicher Transport bringe keine Verbesserung“. Was eigentlich nicht gut zu der Feststellung passt, dass Bus und Bahn, wo sie verkehren, auch genutzt würden. Aber auch in den Gewerbegebieten Zare-West und Zare-Ost bei Esch/Alzette zum Beispiel, die das Liser-Team als Beispiele für Zonen herausgestellt hat, die sowohl nah der Autobahn liegen als auch an das Tice-Busnetz angebunden sind, „sind die Parkplätze stark frequentiert und es wird vielfach wild im Gewerbegebiet geparkt“.

Im Nachhaltigkeitsministerium geht man davon aus, dass sich der hohe Auto-Anteil im Süd-Berufsverkehr nur durch ein Bündel von Maßnahmen senken ließe. Indem die Gemeinden Fußwege verbessern und Radwege schaffen, die Betriebe einerseits zu einem „Parkraum-Management“ übergehen, andererseits die Arbeitszeiten so gestalten, dass sie zu den Fahrplänen des öffentlichen Verkehrs passen. Am Ministerium wäre es, für neue öffentliche Verkehrsangebote zu sorgen und neue Gewerbeflächen so zu planen, dass sie von vornherein gut an den Bus angebunden sind.

Denn der Mensch, der ist nun mal ein Gewohnheitstier. Wie die Liser-Studie ebenfalls ergeben hat, unterschätzt die Mehrzahl der Befragten die monatlichen Kosten, die durch die viele Autonutzung entstehen, deutlich: „Die meisten Leute veranschlagen sie auf 100 bis 200 Euro“, resümiert Sylvain Klein. „Bezieht man alles ein, vom Kraftstoff über die Versicherung bis hin zur Abnutzung des Fahrzeugs und den Wartungs- und Reparaturkosten, wären es in Wirklichkeit 600 bis 700 Euro.“



Das Gewerbegebiet Foetz ist eine der autobahnnahe Zonen, die sich am besten per Auto erreichen lassen



Sven Becker

Die Erforschung der Luxemburger Gesellschaft

Who's afraid of public sociology?

Fernand Fehlen

„Wo die Hegemonie der Ökonomie bröckelt, entsteht wieder Raum für die Soziologie“, schreibt Heinz Bude in seinem Aufsatz „Auf der Suche nach einer öffentlichen Soziologie“¹, in dem er die in den USA entstandene Bewegung der *Public Sociology*² nach Europa holen will. Eine Bewegung, die aus dem akademischen Elfenbeinturm heraustritt, um in einer Zeit von *Fake News* der Öffentlichkeit auf eine verständliche Weise Deutungshilfe zu geben. Die dadurch intendierte gesellschaftliche Selbstreflexion würde auch in Luxemburg Not tun, und bei dem neuerdings wieder auf der Tagesordnung stehenden Umgestaltungsprozess der Universität müsste ihr neben der rein akademischen *Professional Sociology* und der anwendungsorientierten *Policy Sociology* ein Platz eingeräumt werden.

Der Soziologie wird nachgesagt, dass sie einfache Zusammenhänge unnötig verkompliziere und in ein unverständliches Fachchinesisch übersetze. Dieses Missverständnis beruht darauf, dass die Soziologie den Alltag der Menschen und auch deren Verständnis von diesem zum Gegenstand hat. Ihre wissenschaftlichen Ausarbeitungen und Bemühungen geraten immer auch in Konkurrenz zum Alltagsbewusstsein, das zum Funktionieren des Einzelnen in einer gegebenen Lebenslage notwendig ist. Man und frau wird in eine historisch gewachsene Gesellschaft hineingeboren und empfindet diese, besonders wenn es keine Brüche in ihrer Lebenslaufbahn gibt, als natürlich. Früher hätte man gottgegeben gesagt. Man und frau müssen ihrem Leben einen Sinn geben, es gegenüber sich und den anderen legitimieren. Mit der Auflösung traditionaler Bindungszusammenhänge wie Familie, Klasse, Geschlecht, Religion und so weiter entstehen neue Freiheiten, aber auch neue Unsicherheiten. „Die Menschen sind zur Individualisierung verdammt“ (Ulrich Beck), und dem lebenslangen Werkeln an der eigenen Bastelbiografie entspricht eine nicht enden wollende Selbsterkundung und Suche nach Identität.

Im akademischen Feld entspricht dem eine Abkehr von der empirischen Erforschung gesellschaftlicher Realität. *Doing Identity* heißt die Parole, und die Kulturwissenschaft wird zur neuen Leitwissenschaft. Doch die Diskursanalyse wird zur Nebelmaschine, wenn sie die Erforschung der Bedingtheit der verschiedenen Diskurse ausblendet.

Gegen den *Common Sense* und auch dessen Widerspiegelung in manchen akademischen Diskursen sowie, noch schwieriger, gegen die eigenen Vorurteile, versucht die Soziologie ihren eigentlichen Gegenstand, den *fait social* (Dürkheim) oder das *soziale Handeln* (Weber), zu konstruieren. Dabei stellt die „Denegation“, eine Verneinung des Offensichtlichen im Freud'schen Sinne³, zum Beispiel der Kleinheit des Luxemburger Landes, ein Hindernis dar, dessen Überwindung umso schwieriger ist, da eine Verdrängung und Ausblendung dieser Tatsache eine Voraussetzung zur Teilhabe am Gemeinwesen, sozusagen zur kollektiven Lebenslüge wird.

Kleinstaaterei

Trotz des Souveränitätsverlustes der Mitgliedstaaten der EU zugunsten supranationaler Instanzen, trotz der zunehmenden Entmachtung der Staaten durch die Finanzmärkte, trotz des Entstehens einer globalen Konsumkultur wird die Lebenswelt der Menschen noch weitgehend nationalstaatlich bestimmt. Paradoxerweise gilt dies verstärkt für den Kleinstaat Luxemburg, weil dessen Wohlstand auf der Vermarktung seiner noch verbleibenden Souveränitätsnischen basiert.

Der zu zahlende Preis ist eine von der nationalen Politik kaum zu beeinflussende Wachstumsspirale und das Odium der Steueroase. Eine noch einschneidendere Auswirkung ist eine *Verflüchtigung* der Luxemburger Gesellschaft, im Sinne von Baumanns *liquid society*. „Laksembörg City“ (Serge Tonnar) wird zur globalen Stadt, bevölkert von einer transnationalen Diaspora aus Bankern, Finanzangestellten und Dienstleistern sowie Eurokraten. Und dazwischen die Alteingesessenen, die, wenn sie nicht über das nötige Verankerungskapital in Form von Immobilien und von auf der traditionellen Mehrsprachigkeit beruhenden Bildungsabschlüssen und Posten verfügen, in die wenigen noch relativ erschwinglichen Wohnlagen zum Beispiel im Norden des Landes oder gar ins nahe Ausland verdrängt werden.

Die Berücksichtigung der Kleinheit als zentralem konstitutiven Element des Luxemburger Gemein-



Sozialdialog: Der Unternehmerverband UEL 2010 auf einer Bipartite mit der CSV-LSAP-Regierung (oben). Die DP-LSAP-Grüne-Regierung 2015 unterwegs zu einer Tripartie, wo der OGBL-Präsident schon wartet



wesens ist die Voraussetzung, um überhaupt Handlungsspielräume der Politik jenseits der von den *Big Four* entworfenen Blaupausen ausloten zu können, während deren Denegation zu einem Pendeln zwischen Ohnmacht und Größenwahn verleitet. Letzterer äußert sich im Traum von der Kolonisierung des Weltraums unter der Flagge des roten Löwen ... aber auch in einer am realen Bedarf der Luxemburger Gesellschaft vorbei wildwüchsig gewachsenen Universität Luxemburg.

Uni.lu

Wenige Allgemeinplätze – wie Mehrsprachigkeit, Forschungsorientierung und Internationalität –, ein utilitaristisches Wissenschaftsverständnis und der Wunsch, mit renommierten Forschungsunis konkurrieren zu können, bildeten die Hauptvorgaben für die Entwicklung der neuen Universität. Hochschulpolitik als *Nation Branding* „to put Luxembourg on the map“.

Trotz der über lange Zeitstrecken im Überfluss zur Verfügung stehenden Geldmittel wurde die Entwicklung der Universität durch einen künstlichen Wettbewerb zwischen Disziplinen und Projekten gesteuert. Wissenschaftlicher Sozialdarwinismus als Steuerungsprinzip unter Aufsicht und Federführung ausländischer Experten, die den von Bourdieu beschriebenen „apparatchiks de la recherche“⁴ nahekommen. Unter dem Vorwand, die Qualität der Projekte zu bewerten, wurden in Wirklichkeit oft disziplinäre Schwerpunktsetzungen getroffen. Éloïse Adde sieht darin eine neo-liberale Strategie und geht sogar so weit, die Finanzierungskrise der Uni Anfang 2017 als künstliche Verknappung der Mittel zu brandmarken, um so ein opportunistisches Argument für sowieso geplante Einsparmaßnahmen zu haben⁵. Eine im Prinzip richtige, aber etwas überzogene Interpretation, da die Krise doch wohl eher einen Nebeneffekt beim Übergang aus der exponentiellen Wachstums- in eine Konsolidierungsphase darstellt.

Während des Entwicklungsbooms fiel es leicht, die Tatsache, dass unsere Universität eigentlich eine kleine Uni ist und eine solche trotz des Geldsegens, wegen des fehlenden Hinterlandes notgedrungen bleiben wird, zu verdrängen. Spätestens wenn die Konjunktur nachlässt, wird man sich darauf besin-

nen, dass nicht alle Universitäten im Spiel der Großen, im Ringen um Fleischtopfe der Exzellenz-Cluster mitspielen können. Es gibt auch ehrbare Aufgaben für mittlere und kleine Universitäten, und das nicht nur in Luxemburg, wie Robert Harmsen in einem *Land*-Beitrag zur Universitätsdebatte mit dem aus den USA stammenden Konzept der *Flagship University* gezeigt hat. Dabei handelt es sich in der Regel um die größte und älteste öffentliche Universität eines Bundesstaates, die bewusst andere Missionen übernimmt als die prestigeträchtigeren Institutionen der Ivy League⁶. Ben Fayot setzt sich seit je her für eine *université de service public* ein, zuletzt im *Land* mit einem Vorschlag, zumindest eines ihrer vom Gesetz vorgesehenen Interdisziplinären Forschungszentren der Politikberatung, insbesondere in der Sprachfrage, zu widmen⁷. Ich selber hatte mich bereits 2003 zu Wort gemeldet mit einem Plädoyer für ein Centre interdisciplinaire d'études sur le Luxembourg (CIEL), für eine auf das Großherzogtum und die Großregion zentrierte empirische Sozialforschung, Geschichte, Volkswirtschaft und Sprachwissenschaft⁸.

„Vivre demain au Luxembourg“

Es ist hier nicht die Stelle, die Geschichte dieser Initiative zu schreiben oder gar des darüberhinausgehenden Kampfes, die Human- und Sozialwissenschaften überhaupt in den Genuss der Förderung durch den Fonds national de la recherche (FNR) zu bringen, in den sie sich einordnet. Hauptergebnis dieser hauptsächlich von den Forschern des Centre de recherche public – Centre universitaire getragenen Bemühungen war das mittlerweile eingeschlagene Forschungsprogramm „Vivre demain au Luxembourg“. Im Hauptförderprogramm des FNR, genannt Core, gibt es zwar noch den Eintrag „Societal Challenges“ als eine von fünf Forschungsprioritäten, doch im *Project Finder* auf der FNR-Internetseite erscheint kein einziges Projekt in dieser Rubrik. Es soll allerdings nicht unterschlagen werden, dass es daneben eine Rubrik *Humanities and Social Sciences* mit dem einen oder anderen Projekt gibt, das auch unter der nunmehr verwaisten Kategorie der *gesellschaftlichen Herausforderung* firmieren könnte; so zum Beispiel das hochdotierte Pearl-Projekt von Louis Chauvel zur sozialen Ungleichheit.

Auch haben sich einige Fachsoziologien an der Universität etablieren können (zum Beispiel Jugend-,

Die mit der öffentlichen Soziologie intendierte gesellschaftliche Selbstreflexion würde auch in Luxemburg Not tun. Bei dem neuerdings wieder auf der Tagesordnung stehenden Umgestaltungsprozess der Universität müsste ihr ein Platz eingeräumt werden

Alters-, Bildungs-, Gesundheits-, Migrationssoziologie und so weiter). Sie betreiben weitestgehend das, was im angelsächsischen Sprachgebrauch *Policy Sociology* genannt wird, indem sie als Experten der Verwaltungen und als Problemlösungslieferanten für gesellschaftliche Konfliktkonstellationen auftreten. Ihre Anerkennung und Legitimierung verdanken sie nicht zuletzt der Drittmittel-Akquise. Nicht zu vergessen das aus dem Ceps-Instead hervorgegangene Liser-Institut, das zumindest in seiner Selbstbeschreibung sich auch der *Policy Sociology* widmet: „LISER is an independent institute for social and economic research addressing policy relevant issues based on state-of-the-art scientific methodology.“

Neben der hier kurz besprochenen angewandten Soziologie gibt es keine akademische Soziologie (*Professional Sociology*) im eigentlichen Sinne. Wünschenswert wäre ein Lehrstuhl für Makrosoziologie zur Erforschung der Grenzen nationaler Souveränität im Spannungsfeld von Europäisierung und Globalisierung, unter besonderer Berücksichtigung der spezifischen Luxemburger kleinstaatlichen Bedingungen.

Er könnte die bestehenden Ansätze bündeln, um ihnen eine größere Sichtbarkeit zu geben, und im Sinne der *Public Sociology* eine Brücke zur Öffentlichkeit und zur Zivilgesellschaft, einen Ort für die gesellschaftliche Selbstreflexion darstellen.

Doch die Erforschung der Luxemburger Gesellschaft nicht nur durch Soziologen, sondern auch in anderen Disziplinen, kann nur stattfinden, wenn diese vom FNR und universitätsintern explizit gefördert wird, ohne dass sie in einen aussichtslosen, weil von Anfang an verzerrten Konkurrenzkampf mit Natur- oder Ingenieurwissenschaften geschickt wird. Der Vorwurf, dass so ein Reservat für eine Nationalwissenschaft geschaffen würde, kann leicht mit dem Hinweis, dass auch die Erforschung eines kleinen Gegenstandes auf Augenhöhe und in permanentem Austausch mit der internationalen *Scientific Community* geschehen kann, entkräftet werden.

Bis zu seiner Pensionierung 2015 war Fernand Fehlen Dozent für Soziolinguistik und Soziologie am Institut für luxemburgische Sprach- und Literaturwissenschaft der Universität Luxemburg.

¹ Bude, Heinz (2005): „Auf der Suche nach einer öffentlichen Soziologie“. In: *Soziale Welt* 56 (4), S. 375-380

² Burawoy, Michael (2016): „For Public Sociology“. In: *American Sociological Review* 70 (1), S. 4-28. <http://burawoy.berkeley.edu/Public%20Sociology.%20Live/Burawoy.pdf>

³ Bourdieu, Pierre; Champagne, Patrick (2017): *Anthropologie économique. Cours au Collège de France (1992-1993)*. Paris: Raisons d'Agir, S. 46f

⁴ Bourdieu, Pierre (2002): „Les apparatchiks de la recherche“. In: *Actes de la recherche en sciences sociales* 141 (1), S. 82-83. www.persee.fr/doc/ars_0335-5322_2002_num_141_1_3519

⁵ Adde, Éloïse (2017): „Quelle dette pour quelle université?“ In: *d'Lëtzebuurger Land*, 14.07.2017. www.land.lu/page/article/148/333148/FRE/index.html

⁶ Harmsen, Robert (2017): „A Flagship University for Luxembourg?“ In: *d'Lëtzebuurger Land*, 18.08.2017. www.land.lu/page/article/245/333245/FRE/index.html

⁷ Fayot, Ben (2017): „L'Université service public“. In: *d'Lëtzebuurger Land*, 10.10.2003. www.eluxemburgensia.lu/Bn/Viewer/view/index.html?lang=de#panel.pp/issue:1879920/article:DTL192

⁸ Fehlen, Fernand (2003): „Pour le CIEL“. In: *d'Lëtzebuurger Land*, 10.10.2003. www.eluxemburgensia.lu/Bn/Viewer/view/index.html?lang=de#panel.pp/issue:1879920/article:DTL192

Das European Center for Geodynamics and Seismology forscht viel im Kongo

Die Wahl des Schönheitschirurgen an der Unfallstelle

Michèle Sinner

Ein auffallend großer Fleck ist am Montagmorgen auf der Weltkarte auf dem Bildschirm im Flur des Europäischen Zentrums für Geodynamik und Seismologie zu sehen. Im Grenzgebiet zwischen Iran und Irak hat es Stunden zuvor ein Erdbeben von 7,2 Punkten auf der Richterskala gegeben. Im Flur des alten Bauernhauses in Walferdingen werden die Messdaten der seismologischen Stationen in Echtzeit angezeigt, denen in der stillgelegten Gipsmine in Walferdingen und denen im Kongo, nahe der Stadt Goma, die seismische Aktivitäten auch rund um den Erdball spüren. Im Kongo sind die Forscher des ECGS seit rund zwölf Jahren aktiv, um alle möglichen Phänomene zu erforschen und neue Methoden zu testen. Das ist für die Mitarbeiter des ECGS auch eine Frage des Gewissens.

Angefangen hat das damit, dass das Walferdinger Laboratorium über eine Reihe von Instrumenten verfügte, um die Erdgezeiten – das zweimal tägliche Steigen und Sinken der Erdkruste – zu messen, wie Nicolas d'Oreye de Lantremange erklärt, und über besonderes Knowhow in der Beobachtung von Veränderungen der Erdkruste. Vor 13 Jahren begannen die Forscher neue Methoden zu erpro-

ben, nämlich die Beobachtung von oben, mittels Satellitenbildern. Radar-Interferometrie nennt man es, wenn der Satellit zu verschiedenen Zeitpunkten an der gleichen Stelle Radarwellen aussendet und misst, wie viele Wellen das Signal auf dem Weg zurück bildet. Je nachdem, ob es zwischen den Messungen mehr oder weniger sind, hat sich die Erdkruste gesenkt oder gehoben.

Um die Methode zu testen, suchten sich die Forscher Regionen aus, in denen die Wahrscheinlichkeit, Veränderungen zu sehen, groß war: Vulkanregionen auf den Kapverdischen Inseln, in Kamerun, in Tansania und im Kongo. Damals, so d'Oreye, waren Satellitenbilder selten und teuer. Doch unter den bereits existierenden Bildern, die das Zentrum erwarb, waren Messungen des Gebietes um den Vulkan Nyiragongo nahe der Stadt Goma an der Grenze zwischen Kongo und Ruanda, die große Veränderungen der Erdkruste von bis zu mehreren Dutzend Zentimetern auswiesen. Die Bilder waren eine Woche vor, beziehungsweise zwei Wochen nach einer Eruption am 1. Januar 2002 aufgenommen worden. Die beobachteten Veränderungen sind nicht etwa auf die durch den Ausbruch zu Tage

Weil sie nicht wussten, dass es unmöglich sein sollte, haben die Forscher ein System von Messgeräten installiert

geförderten Lavamengen entstanden, die sich auf die Oberfläche gelegt hätten. Denn das Gebiet in dem sich sozusagen der Boden gehoben hat, ist viel größer als der vergleichsweise schmale Lavastrom. Die Forscher stellten Veränderungen in bis zu 30 Kilometern Entfernung fest. Was sie sahen, ist die Wirkungen der Magma, die sich ihren Weg durch das Gestein an die Oberfläche sucht und diese dabei dehnt. Durch den Vergleich vieler Satellitenbilder, werden solche Veränderungen des Bodens sichtbar, obwohl er von dichten Wald und Laubwerk bedeckt ist. Als dann während der Projektzeit der Vulkan Nyamulagira ausbrach, konnten die Forscher die Veränderungen genau festhalten.

Die Region um die Stadt Goma sei ein ganz besonderes Gebiet, erklärt Nicolas d'Oreye. Sie liegt am See Kiwu, der sich im Ostafrikanischen Rift gebildet hat, dort wo tektonische Bewegungen den afrikanischen Kontinent vom Norden Äthiopiens bis in den Süden Mosambiks langsam teilen, und der bis zu 500 Meter tief ist. Wegen des Rifts ist die Gefahr von Erdbeben groß, die leicht eine Stärke von um die sechs Punkten auf der Richterskala erreichen können, wie Eric Buttini vom Museum für Naturgeschichte erklärt. Der See selbst enthält große Mengen Methan und Kohlendioxid, Gase, die, falls sie austreten, binnen Minuten bis zu eine Million Menschen und Tiere in der Region töten würden, so wie 1986 bei einer Ausgasung des kamerunischen Kratersees Nyos binnen Minuten 1 500 Menschen starben.

Der Nyiragongo, gut 15 Kilometer von der Stadt entfernt, enthält den größten Lava-See der Welt, der je nach Pegel einen Durchmesser von bis zu 250 Meter erreicht. „Größer als der Petersplatz in Rom“,

veranschaulicht d'Oreye, „das ist wirklich enorm.“ Die Lava des Nyiragongo ist besonders flüssig und daher auch besonders schnell. Noch auf flachen Untergrund fließt sie mit bis zu 30 Stundenkilometern, hangabwärts mit bis zu 70. Ihr auszuweichen, ist wie ein Auto zu vermeiden. Sie kommt zudem nicht oben aus dem Krater, sondern fließt aus kilometerlangen Rissen die sich irgendwo unterhalb des Vulkans bilden, also auch mitten im Stadtgebiet, wie beim letzten Ausbruch beobachtet. Dann bleibt den Bewohnern nur die Flucht über die Grenze, wenn diese nicht geschlossen ist. Wegen dieser Besonderheiten, so die Forscher des ECGS, ist der Nyiragongo einer der wenigen Vulkane, die töten, weil den Menschen bei einem Ausbruch wenig Zeit für die Flucht bleibt.

Der Nyiragongo und der Nyamulagira, nur weitere 15 Kilometer entfernt, sind ohnehin eine Belastung für die Gesundheit von Menschen und Tieren durch die Gase und Asche, die sie ausstoßen, die auch die Landwirtschaft erschweren und die Versorgung der Stadt in Frage stellen. Hinzu kommt die „Mazuko“ – Teufelswind – genannte natürliche und spontane Bildung von Kohlendioxid, die, wenn sie der Wind nicht vertreibt, regelmäßig Menschen und Tiere erstickt. Weil das Gebiet um die Stadt seit Jahrzehnten Kriegsgebiet ist, flüchteten sich immer mehr Menschen nach Goma. Von 33 000 Einwohnern beim Ausbruch 1977 auf 350 000 Einwohnern beim Ausbruch 2002 auf mittlerweile fast eine Million ist die Stadtbevölkerung gewachsen und entsprechend steigt das Risiko, dass immer mehr Menschen Opfer einer Naturkatastrophe werden.

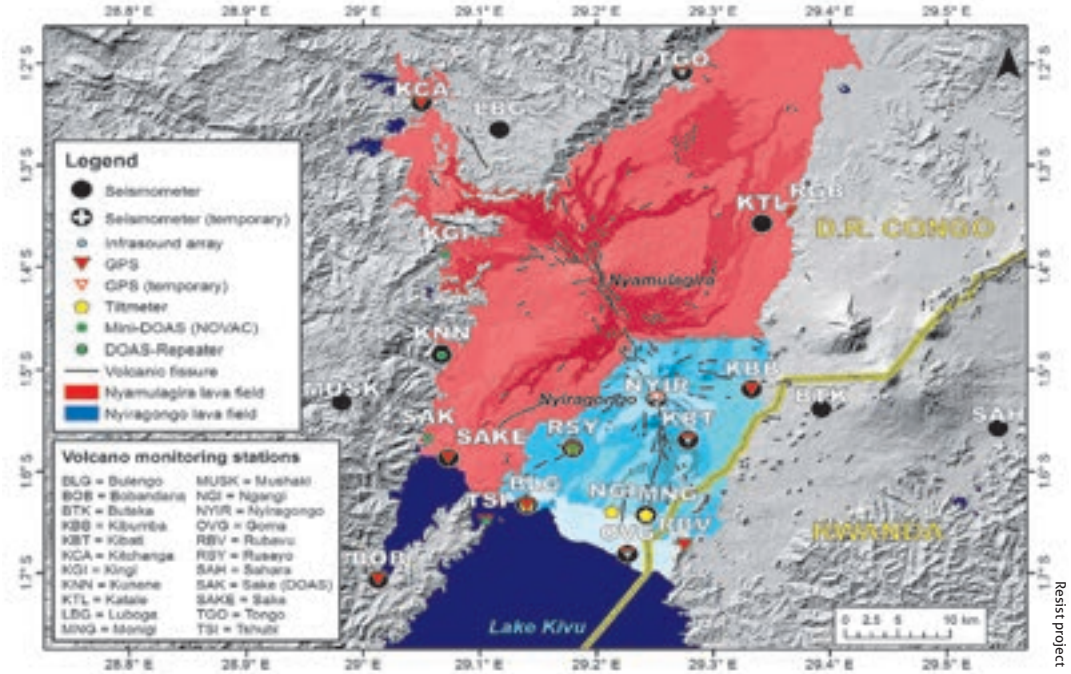
Trotz dieses enormen Gefahrenpotenzials stellten die Forscher vom ECGS vor dreizehn Jahren fest, dass es fast überhaupt keine Überwachung der Vulkanaktivität in der Gegend gab. „Das war anscheinend aufgrund der Krisensituation nicht möglich“, so d'Oreye. „Das war uns nicht bewusst, also haben wir es gemacht.“ Zusammen mit anderen Partnern, allen voran dem Musée royal d'Afrique centrale in Brüssel, hat das ECGS Projekt an Projekt gereiht und so ein System aus 18 seismologischen Messstationen und 18 am Boden verankerten GPS-Stationen errichtet, die minimalste Verschiebungen der Erdkruste aufzeichnen. Alle diese Methoden, auch die der Radar-Interferometrie, seien komplemen-



Krater des Nyiragongo. Die Terrassen zeigen, wie hoch die Lava bei den Ausbrüchen 1977 und 2002 anstieg

tär, unterstreicht Adrien Oth. „Unsere Aufgabe ist es die Forschung, die Wissenschaft voranzubringen, nicht die Überwachung der Vulkanaktivität an sich“, fügen er und d'Oreye hinzu. „Aber angesichts dieser Gefahrenlage wäre es einfach unanständig zu sagen: „wir schreiben eine schöne wissenschaftliche Arbeit zur Publikation und für den Rest könnt ihr sehen, dass ihr klarkommt“, sagt d'Oreye. Er vergleicht die Situation mit der eines Schönheitschirurgen, der täglich in seine Privatklinik fährt und eines Tages Zeuge eines Autounfalls wird. „Er kann sich dann entscheiden, weiterzufahren in seine Klinik oder demjenigen Hilfe zu leisten, der sie am meisten braucht.“

Um den Unterhalt der Messinfrastruktur an den Vulkanen Nyiragongo und Nyamulagira finanziell zu gewährleisten, reihen das ECGS und ihre Partnerinstitute Forschungsprojekt an Forschungsprojekt. Die Daten übermitteln sie an das vulkanologische Beobachtungszentrum in Goma. „Das Ziel“, erklärt Eric Buttini, „ist ein Frühwarnsystem zu entwickeln, das rechtzeitig einsetzt, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, die Stadt zu evakuieren.“ Das System auszulösen, bliebe die Verantwortung der lokalen Behörden, ein Institut wie das ECGS könne keine Vulkanüberwachung in Drittstaaten machen. Aber dabei helfen, die dafür notwendigen Methoden und Instrumente zu entwickeln. Sie setzen diese auch in Gebieten mit vergleichsweise niedriger Gefahrenlage ein, beispielsweise in der Großregion um Luxemburg, um die Senkung von Minenschächten zu dokumentieren.



Karte der Messgeräte in der Region um die Stadt Goma am See Kiwu im Kongo

Ein Lehrstuhl für Parlamentarismus

Die Erforschung der heimischen Politik

Romain Hilgert

Die Frage, ob Politologie eine Wissenschaft ist oder Restekochen aus Soziologie, Geschichte und Ökonomie, tut nichts zur Sache. Tatsache ist, dass die Luxemburger Politik bis in die jüngste Vergangenheit kein Forschungsgegenstand war. Denn deren Erforschung hätte nur den frommen Glauben beschädigt, dass eine endlose Dynastie christlich-sozialer Staatsminister mit väterlicher Güte über eine klassenlose Volksfamilie herrscht.

Wie mit der Nationalgeschichte und der Nationallinguistik drohte die Gründung einer Universität auch mit dieser Gewohnheit aufzuräumen. Umso mehr, als sie anfangs den Auftrag hatte, nicht nur die Forschungsabteilungen der Industrie zu entlasten und sich in den globalisierten akademischen Markt einzuklinken, sondern sich auch der heimischen Gesellschaft anzunehmen. Und tatsächlich unterhält die Fakultät für Sprachwissenschaften und Literatur, Geisteswissenschaften, Kunst und Erziehungswissenschaften eine Forschungseinheit *Identités, politiques, sociétés, espaces* (Ipse), zu der auch ein Institut für Politikwissenschaft gehört, das einen *Master in European governance* und einen *Master en histoire européenne contemporaine* anbietet.

Mit der Luxemburger Politik befasste sich in erster Linie der Lehrstuhl für Parlamentarismusforschung. Der Lehrstuhl war im Herbst 2011 durch eine Konvention zwischen dem Parlament und der Universität geschaffen worden. Im November 2014 wurde die Konvention bis 2018 verlängert. Bis heute ließ das Parlament sich den Lehrstuhl mehr als eine halbe Million Euro kosten.

Die im Parlament vertretenen Parteien waren zuerst an den Wahlanalysen interessiert, die sie seit dem Wahlfiasco der CSV 1974 kauften, um sich Wahlkampfhilfen auf Kosten des Parlaments zu beschaffen. Zuerst hatten sie das Brüsseler Centre de recherche et d'information socio-politiques (Crisp) mit diesen Untersuchungen beauftragt, danach das inzwischen im Luxembourg Institute of Science and Technology (List) aufgegangene Centre de recherche public Gabriel Lippmann. Schließlich vergab die Kammer den

Auftrag an Politologen der Universität, die sich 2004 *Unité de recherche interdisciplinaire sur le Luxembourg* (Stade) nannten und 2009 *Programme gouvernance européenne, études des parlementaires et politiques*.

Die parlamentarischen Fraktionen, die sich oft über die lustlosen und oberflächlichen Wahlanalysen beschwert hatten, hofften, mit der Finanzierung eines Lehrstuhls an der neuen Universität einen beständigen und zuverlässigen Partner für ihre Wahlanalysen zu finden. Als Geldgeber können sie zudem ein Wort mitreden, indem sie das *Comité de pilotage* mit den fünf Abgeordneten Claude Adam, Taina Bofferding, Alex Bodry, Eugène Berger und Laurent Mosar besetzten und den parlamentarischen Generalsekretär Claude Frieseisen zu einem der drei Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats machten. Die Universität war an den frischen Drittmitteln interessiert und die Politologen an Arbeitsplatzgarantie. Denn die befristet eingestellten Autoren waren nach der Veröffentlichung der Wahlanalysen regelmäßig ohne Arbeitsvertrag, womit auch ihre Erfahrung für weitere Analysen verloren zu gehen drohte.

Der Inhaber des Lehrstuhls und Leiter des nunmehr elfköpfigen Forscherteams ist der französische Politologe Philippe Poirier. Dass Poirier sich vor zehn Jahren zum Vorsitzenden des rechten UMP-Auslandsablegers Union des Français de l'étranger in Luxemburg wählen ließ, läßt bei Abgeordneten links von der CSV bis heute Zweifel an seiner wissenschaftlichen Unvoreingenommenheit aufkommen.

Aufgabe des Lehrstuhls ist es grundsätzlich, zu erforschen, wie die Parlamente national und europaweit dazu beitragen, politische Entscheidungen zu treffen. Dabei sollen sich die Forscher auf die parlamentarische Demokratie und die nationale Gesetzgebung konzentrieren und sie mit denjenigen in anderen europäischen Staaten vergleichen. Die Forscher betreuen Doktoranden und organisieren Symposien, die sich allerdings kaum mit Luxemburger Politik befassen.

Mit einer Meinungsumfrage und einer Fokusgruppe versuchten die Parlamentarismusforscher, die öffentliche Akzeptanz für den Kompromiss zwischen CSV, DP, LSAP und Grünen über die geplante Verfassungsrevision zu ergründen. Neben Wahlanalysen veröffentlichten sie mehrere Studien zur Parlamentarismusforschung. Von einer, *Les pouvoirs d'un parlement. La Chambre des Députés du Luxembourg* (2014), hatte sich das Parlament Trost erwartet und erhalten, dass es auch nach der Abtretung der Budgethoheit an die Europäische Union eine Daseinsberechtigung hat.

Allerdings hat die Parlamentarismusforschung in der Belvaler *Maison des sciences humaines* eine recht einseitige Ausrichtung. Sie kreist um die modische Idee der „Gouvernance“, womit die möglichst konfliktarme Herrschaftstechnik eines scheinbar demokratischen, aber in Wirklichkeit autoritären und manipulativen Liberalismus gemeint ist. Ihre ökonomischen Wahlanalysen gehen von einem Markt aus, auf dem Parteien Politikangebote machen, für die sich die Wähler als monadische Politikkonsumenten entscheiden können.

Die Untersuchung nach sozialen Klassen und Schichten schränken die Wahlforscher zunehmend ein und gaben sie nach 2013 ganz auf – „there is no such thing as society“, sagte die englische Krämertochter. Als politischen Regelfall setzen sie eine wirtschaftsliberale, EU-freundliche CSV voraus, die anderen Parteien beschreiben sie implizit als Abweichungen oder pathologisieren sie als Populisten und Souveränisten. Die geplante Wahlanalyse des Referendums von 2015 wurde nie in der gewohnten Form veröffentlicht, da die Wähler sich offenbar verwählt hatten. Womit wir wieder beim frommen Glauben von der endlosen Dynastie christlich-sozialer Staatsminister wären, die mit väterlicher Güte über eine klassenlose Volksfamilie herrschen.



Philippe Poirier ist seit 2011 Inhaber des Lehrstuhls für Parlamentarismusforschung

Werden Ideen zu „Smart Cities“ in erster Linie als business-freundliche Projekte realisiert, statt auf alle Bürger bezogen, können sich soziale Probleme verschärfen. Wofür es vor zehn Jahren schon Beispiele gab

Rifkin in der Stadt

Peter Feist

Auf einem vielleicht anderthalb mal einen Meter großen Touchscreen in Tischform ist eine Karte von Luxemburg-Stadt und Umgebung zu sehen. Man kann mit einem Fingerwischen hinein und heraus zoomen, aber nicht nur das: Die Software hat Zugriff auf ein Reservoir an topografischen und Verkehrsdaten. Sie kennt die Resultate von Luftmessstationen, sie kennt die Emissions- und Verbrauchskennziffern von LKW, sie weiß Bescheid über die Verkehrsregeln auf den Straßen und nicht zuletzt über die Materialflüsse, die an ausgewählten Baustellen im Stadtgebiet benötigt werden.

Success lautet der ziemlich verpflichtende Name eines EU-Forschungsprojekts, an dem Computerwissenschaftler des Luxembourg Institute of Science and Technology (List) in Belval beteiligt sind. Es geht um Logistik, um die Optimierung der Materialflüsse zu Großbaustellen bei gleichzeitig möglichst wenig LKW-Verkehr und möglichst wenig Schadstoffemissionen. Der Zugriff auf die vielen Datensätze soll es erlauben, die beste Entscheidung zu treffen: Welche Materialien wann und über welche Straßen transportiert werden. Ob man eher große oder kleine Laster dafür nutzt und welcher Euro-Schadstoffnorm sie genügen sollen. Nicht zuletzt soll die Konfiguration mit dem großen Tisch-Touchscreen es ermöglichen, dass verantwortliche Personen gemeinsam die beste Entscheidung treffen, ähnlich wie Staboffiziere bei einer taktischen Lagebesprechung. Dazu werden LKW, aber auch Material wie Spielfiguren über den Bildschirmstisch geschoben. Durch einen eingebauten Chip werden sie erkannt; dreht man sie, lassen sie sich konfigurieren. Anschließend lässt sich simulieren, was die Entscheidung für Auswirkungen hätte.

Diese Anwendung gehe in Richtung „Smart City“, sagt Projektleiter Francesco Ferrero, Computerwissenschaftler am List. Er sagt das vorsichtig, denn die schlaue Stadt ist zurzeit noch eher ein Hype, ein ähnlich wenig fassbarer Begriff wie das „Internet of things“ oder die „Sharing Economy“, die nach der „dritten Industriellen Revolution“ Einzug halten soll. Absehbar sei aber: „Es werden immer mehr Daten gewonnen.“ Sei es zum Beispiel, dass das in Städten ganz gezielt erfolgt. Oder sei es, dass Internet-Firmen Daten sammeln – etwa, wenn Smartphone-Nutzer zustimmen, ihre Position weiterzugeben.

Dann fragt sich natürlich, was mit den Daten geschieht. Doch das ist nicht nur eine Frage von Datenschutz. Francesco Ferrero beschäftigte sich schon, ehe er ans List kam, am Politecnico in Turin mit dem Konzept „Smart City“. Nicht nur mit dessen technischen Umsetzungsmöglichkeiten, sondern auch mit soziologischen und ideologischen Implikationen. „Smarte Städte“ werden manchmal auch „intelligente Städte“ genannt. Den Begriff „digitale Stadt“ gibt es ebenfalls. Zuvor war die „elektronische Stadt“ angesagt, aber auch die „unternehmerische Stadt“. Soll heißen: Oft heften gerade dort, wo der Wandel von der verarbeitenden Industrie zur Dienstleistungswirtschaft besonders ausgeprägt ist, Städte sich ein solches Etikett an, versuchen IT-Firmen, neue Technologiebetriebe und hochqualifizierte Fachkräfte anzulocken, winken mit Steuergeschenken und Beihilfen, bringen lokale Universitäten ins Spiel und möchten ein „Ökosystem“ zum Gedeihen bringen. Welches smarte Produkte und Lösungen hervorbringen soll, die nicht zuletzt ökologisch nachhaltig wären, indem sie Verkehr vermeiden, Energie sparen oder Ressourcen schonen helfen. Die wissenschaftliche Literatur sei allerdings voller Beispiele, bei denen das nicht so klappte wie gehofft. Schon deshalb weil, wenn jeder smart sein will, sich der altbekannte Konkurrenzkampf einstellt, und findet privates Kapital anderswo bessere Verwertungsbedingungen, zieht es in die nächste smarte Stadt.

Dabei ist „Datennutzung in der Stadt“ aber ohne Zweifel ein Synonym für Fortschritt. Das habe sich schon Mitte des 19. Jahrhunderts in London gezeigt, erklärt Francesco Ferrero: Dort kam 1854 der Arzt John Snow den Ursachen einer Cholera-Epidemie auf die Spur, nachdem er auf einer Karte



Auch in einer smarten Stadt ist nicht jeder Bürger computeraffin

der Stadt auftrug, wo die Todesfälle sich ereignet hatten, und herausfand, dass die Cholera-Erreger nicht durch die Luft übertragen wurden, sondern von einer Wasserpumpe ausgingen, die mit infiziertem Abwasser belastet war.

Was das für heute heißt? Zum Beispiel, dass die Gewinnung von Daten und ihre Auswertung die Grundlage für eine „evidenzbasierte Kommunalpolitik“ sein können. So ähnlich wie die kollaborative Suche nach der besten Lösung an dem Touchscreen-Tisch zum Thema Verkehr und Materialfluss von und zu Baustellen. Oder wie eine andere Anwendung des List es demonstriert – eine 3D-Simulation von Baustellen großer Gebäude. Sie erlaubt, sämtliche Planungs- und Realisierungsschritte vorwegzunehmen und Bauherren, Architekten, Ingenieure und Handwerksbetriebe in Dialog miteinander zu bringen. Die Luxemburger Branche interessiere sich dafür schon, denn „Dialog am Bau“ sei eher nicht die Regel. Aber wenn es Nerven schont und Geld spart, wieso nicht?

Die Kollaboration von Entscheidern aus Wirtschaft und Verwaltungen dank neuer Technologien zu verbessern, ist allerdings nicht alles, wenn es um „Smart Cities“ geht. Francesco Ferrero gehört zu jenen Theoretikern, die finden, Konzepte dafür müssten die Bürger als Bewohner und Nutzer der Stadt und als politische Subjekte in den Mittelpunkt rücken. Noch gebe es keine Beispiele für geglückte Smart-City-Konzepte abseits vom Standort-Marketing, sagt Ferrero, nur „Ansätze“ dafür. In Barcelona gebe es interessante Ideen, in

Amsterdam auch, und dass die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo vor Jahren entschied, einen Teil des kommunalen Haushalts als „Budget participatif“ der Mitsprache der Bürger zu übergeben, gehe prinzipiell ebenfalls in diese Richtung, weil das auf mehr Bürgerbeteiligung abziele.

Smarte Stadt Luxemburg?

Smart-City-Ideen klingen natürlich wie ein Teil der laufenden Rifkin-Debatte. Dass sie nicht bloß Zukunftsmusik sind, wird dadurch klar, dass die potenziell nutzbare Datenmenge wächst. Auch in Luxemburg-Stadt ist „Smart City“ kein unbekannter Begriff, wenngleich er noch nicht zum Marketing benutzt wurde – vielleicht, weil die Stadt als weiterhin prosperierender Finanzplatz das nicht nötig hat. Im neuen Schöffenrat aber wird Serge Wilmes von der CSV, der künftige Erste Schöffe, das Ressort Digitales übernehmen; darauf hat er ausdrücklich bestanden. Was damit verbunden sein soll, wird die Schöffenratserklärung von DP und CSV enthüllen. Bislang ist DP-Schöffe Patrick Goldschmidt für den Bereich zuständig. Er habe, sagt er, darauf gehalten, dass neue informationstechnische Ansätze zwischen den Fachdiensten der Stadtverwaltung koordiniert werden.

Und obwohl die Hauptstadt bislang offenbar noch kein umfassendes Konzept dafür hat, gewinnen verschiedene Fachdienste schon seit längerem eigene Daten: Im Verkehrsbereich, aber auch in der Wasserversorgung sei man schon „ziemlich weit fortgeschritten“, erklärt Corinne Pommerell, die IT-

Als eine der ersten smarten Städte gilt London: Weil dort 1854 ein Arzt die Ursache einer Epidemie ermitteln konnte, nachdem er auf einer Karte der Stadt vermerkt hatte, wo Todesfälle sich ereigneten

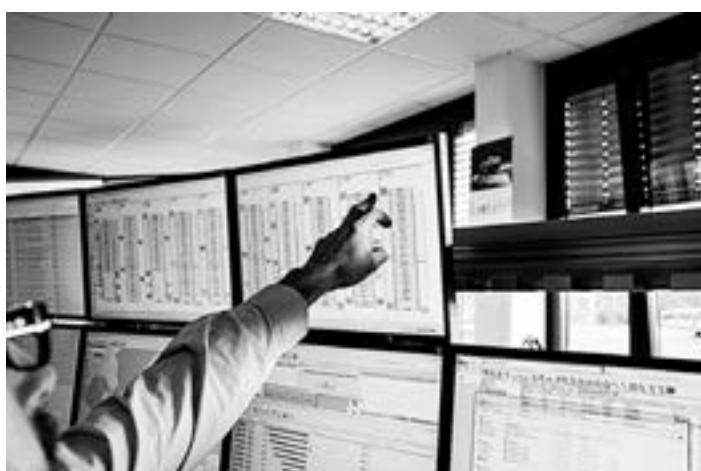
Chefin der Stadtverwaltung. Und die Entwicklung geht weiter: Der Busbetrieb AVL betreibt nicht nur seit 2010 ein computergestütztes Leitsystem. „Wir zählen mittlerweile über Sensoren in den Bustüren die Fahrgäste in den Bussen“, sagt Lex Bentner, Chef de service beim AVL. Weitere Anwendungen seien möglich: Stimmt die Passagiere zu, sich über ihre Smartphones orten zu lassen und das an den AVL zu übermitteln, ließe sich in Echtzeit erfassen, welche

Busse in Spitzenzeiten besonders voll sind. „Dann könnten wir kurzfristig Verstärkung bereitstellen. Oder, wenn die Verkehrslage besonders angespannt ist, den Leuten per Push-Mitteilung alternative Routenvorschläge machen.“

Eine eigene App namens VDL, die nicht nur, aber vor allem Mobilitätsinformationen liefert – von den Bussen über die Belegung der Parkhäuser bis hin zu freien Fahrradleihplätzen oder den wartungsbedingten Schließzeiten des Lifts zwischen Oberstadt und Pfaffenthal –, hat die Stadt programmieren lassen. Bisher sei sie 40 000 Mal installiert worden, berichtet Corinne Pommerell, und sie werde im Schnitt 2 250 Mal am Tag aufgerufen. Dass die Stadt für die App noch kaum Werbung gemacht hat, liege daran, „dass wir sie erst einmal testen wollten“, räumt Patrick Goldschmidt ein. Aber weitere Informationsangebote seien möglich. Er kann sich auch vorstellen, dass die Stadt Daten „offen“ zur Verfügung stellt. Wie etwa jetzt schon das Solarkataster, auf dem Solarstrom-Interessenten die Energie-Ergiebigkeit ihrer Dachlage prüfen können. Vielleicht kämen ja demnächst Handwerksbetriebe auf die Idee, die besten Sonnenstandorte aus dem Kataster zu ermitteln, um die Hausbesitzer aufzusuchen und ihnen Angebote zu machen. Oder vielleicht meldet ein großes Internetunternehmen sich und nutzt die Stadt als „Testbed“. Er denke jedoch nicht in erster Linie an „Business Opportunities“ in einer „smarten“ Stadt, versichert Patrick Goldschmidt auf Nachfrage. „Vor allem muss das eine Entwicklung sein, die den Bürgern zugute kommt und ihre Lebensqualität verbessert.“

Ein wenig klingt das nach dem letzten DP-Wahlprogramm, aber wahrscheinlich sollten verantwortungsbewusste Kommunalpolitiker das so sehen. Es ist zwar schon fast zehn Jahre her, dass der britische Soziologieprofessor Robert G. Hollands 2008 in einem absichtlich polemisch gehaltenen Wissenschaftsartikel¹ die Ansätze zu „Smart Cities“ vor allem in Nordamerika, Großbritannien und Australien Revue passieren ließ. Und anhand zahlreicher Beispiele aus unter anderem Ottawa, San Diego, Brisbane, Leeds oder Newcastle zeigte, welche Auswirkungen es haben kann, wenn versucht wird, „smart“ und „digital“ allein als neue Art von business-freundlicher Ausrichtung von Städten zu verwirklichen: Neue Branchen können sehr wohl entstehen und internationale Talente angezogen werden. Mehrwert wird geschaffen und eine hippe Alltagskultur kommt auf; zumal, wenn ICT und anderen neuen Technologiebranchen auch die „Kreativindustrie“ nachfolgt. Doch nicht jeder Bürger wird damit erreicht. Dann besteht die Gefahr, dass Wohnen immer teurer wird, die Gentrifizierung der Stadt einen Extraschub erhält, Kulturangebote bis hin zum Nachtleben sich derart polarisieren, dass alles Neue für „nicht-smarte“ Bürger uninteressant oder unerschwinglich wird. Die von der vermeintlich nachhaltigen Entwicklung Abgehängten finden sich dann als Dienstboten der ebenfalls vermeintlich fortschrittlichen Klasse wieder – und die sozialen Probleme einer Stadt werden größer als vorher.

¹ Robert G. Hollands (2008): „Will the real smart city please stand up?“, *City: analysis of urban trends, culture, theory, policy, action*, 12:3, 303-320



Das 2010 in Betrieb genommene Leitsystem des Busbetriebs AVL ist der bisher sichtbarste Schritt von Luxemburg-Stadt zur Nutzung von Daten zur Verbesserung kommunaler Leistungen und zur Information der Bürger

Von der „katholischen Arbeitertochter“ zum „städtischen Migrantensohn“? Forschung zu Bildungsungleichheiten in Luxemburg

Beitrag zur sachlichen Debatte

Thomas Lenz, Antoine Fischbach, Sonja Ugen

Fabio stammt aus einer Einwandererfamilie und lebt in Echternach. Er schafft einen beruflichen Abschluss an einer technischen Sekundarschule und wird Mechatroniker. Lynns Familie lebt schon seit Generationen in Sandweiler. Nach dem Abschluss am klassischen Lyzeum besucht Lynn die Universität und wird Lehrerin.

So oder so ähnlich sehen typische Bildungskarrieren in Luxemburg aus, und viele Lehrerinnen und Lehrer werden Ähnliches aus ihren Klassenzimmern anekdotisch zu berichten wissen. Wenn man sich allerdings nicht auf Anekdoten verlassen möchte, braucht man wissenschaftliche Studien und eine auf Dauer gestellte Berichterstattung zum Thema Schule und Bildung. Zwei wichtige Quellen für dieses Wissen um das Schulsystem sind dabei der *Bildungsbericht* sowie das nationale *Bildungsmonitoring* (die „Épreuves standardisées“), die beide an der Universität Luxemburg angesiedelt sind.

Der *Bildungsbericht*, der alle drei Jahre erscheint, nimmt das luxemburgische Bildungssystem mit Hilfe von Daten, Kennzahlen, Experimenten und qualitativen Untersuchungen vom Kindergarten bis zur Universität unter die Lupe und zeigt zum Beispiel, dass es vor allem die alteingesessenen Schüler sind, die im luxemburgischen Schulsystem erfolgreich sind, und dass die Mädchen dabei noch etwas erfolgreicher sind als die Jungen. Zudem spielen die ökonomischen Verhältnisse der Schülerfamilien beim Übergang von der Grund- zur Sekundarschule eine wichtige Rolle. Der schulische Erfolg hängt also offenbar – nicht nur, aber eben auch – mit Geschlecht, familiärer Herkunft und sozialer Schicht der Kinder und Jugendlichen zusammen. Würde das Schulsystem rein meritokratisch funktionieren und alle Schülerinnen und Schüler nur nach ihren Fähigkeiten und Leistungen beurteilt, dürften soziale Kriterien wie Schicht, Geschlecht, Herkunft und so weiter keine Rolle spielen. In Luxemburg ist die Wirkmacht dieser sozialen Ungleichheiten in Bezug auf die Bildungschancen jedoch so ausgeprägt wie in kaum einem anderen europäischen Land.

Dieser Befund ist nicht neu: Bereits im Jahr 1968 illustrierte die Magrip-Studie des damaligen Institut pédagogique, wie eng die Herkunft der Schülerinnen und Schüler und ihr Schulerfolg zusammenhängen. Eine Neuauflage der Studie an der Universität Luxemburg im Jahr 2009 konnte zudem zeigen, dass der Schulabschluss in Luxemburg mehr als in anderen Ländern maßgeblich den späteren beruflichen Erfolg bestimmt. Die Weiterentwicklung der kognitiven Fähigkeiten war für den beruflichen Erfolg hingegen eher nebensächlich: Während sich in angelsächsischen Ländern die kognitiven Fähigkeiten einer Person mit fortschreitender Berufslaufbahn zunehmend positiv auf den beruflichen Werdegang auswirken, war das für Luxemburg nicht der Fall. Verpasste Bildungsabschlüsse können so in Luxemburg kaum noch kompensiert werden. Ein schwerwiegender Befund, da das luxemburgische Schulsystem nicht alle talentierten Schülerinnen und Schüler gleichermaßen fördert. Viele Kinder aus sozioökonomisch schwachen Familien besuchen eben keine höheren weiterführenden Schulen, obwohl sie das nötige kognitive Potential dazu besäßen.

In den 1970er Jahren war es vor allem die – wie es der Soziologe Ralf Dahrendorf in einer vergleichbaren Studie für Deutschland formulierte – „katholische Arbeitertochter vom Lande“, in der alle Merkmale der Bildungsbenachteiligung in einem einprägsamen Stereotyp zusammenflossen. Heute scheint es eher der „migrantische Arbeitersohn aus der Stadt“ zu sein, für den das Schulsystem nicht die gleichen Bedingungen bereithält wie für seine Altersgenossen.

In Luxemburg kommt noch dazu, dass ein Kind, das in einem Vorort der Stadt Luxemburg aufwächst, das Schulsystem meist erfolgreicher durchläuft als ein Kind im Norden oder Süden des Landes – unabhängig davon, ob es einen so genannten Migrationshintergrund hat oder nicht. Zu diesem Schluss kam der *Bildungsbericht* der Universität Luxemburg im Jahr 2015, und er verweist darauf, dass der sozioökonomische Status einer Familie einen großen Einfluss auf den Bildungserfolg der Kinder hat. Denn natürlich beeinflusst nicht der Wohnort als solcher den Schulerfolg. Der Wohnort ist vielmehr ein Indikator für die ökonomische und soziale Zusammensetzung der Familien. Ein Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Schulerfolg existiert ebenfalls, denn Kinder, die zuhause nicht eine der drei Landessprachen sprechen, müssen im Bildungssystem nacheinander Luxemburgisch, Deutsch und Französisch neu lernen. Der geringere Bildungserfolg des „migrantischen Arbeitersohns“ lässt sich also auf ein ganzes Bündel an Faktoren zurückführen.

Der *Bildungsbericht* von 2015 förderte damit etliche altbekannte Probleme, aber auch einige Überraschungen zu Tage: Dass sich Bildungskarrieren auch regional stark unterscheiden, war eine dieser Überraschungen – wie stark Übergangsentscheidungen auch von leistungsfremden Faktoren beeinflusst werden, war eine andere. So konnten die Forscher der Universität zeigen, dass



Das Luxemburger Schulsystem fördert nicht alle talentierten Schülerinnen und Schüler gleichermaßen

Der *Bildungsbericht* 2015 förderte Überraschungen zu Tage. Etwa, dass Schüler mit Migrationshintergrund häufiger auf ein technisches Lyzeum orientiert wurden

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund auch bei gleichen Leistungen häufiger auf ein technisches Lyzeum orientiert wurden als ihre luxemburgischen Mitschüler. Und der Befund, dass das „Sitzenbleiben“ die Leistungen der Schülerinnen und Schüler nur kurzfristig verbessert, dürfte den einen oder anderen auch eher überrascht haben. Schließlich ist die Sitzenbleiberquote an luxemburgischen Schule auf einem internationalen Höchststand und die Klassenwiederholung scheint an einigen Schulen als pädagogisches Allheilmittel angesehen zu werden.

Das nationale *Bildungsmonitoring*-Programm ist ein zweiter wichtiger Eckpfeiler zur Evaluation des Luxemburger Schulsystems. Hier stehen vor allem die erreichten Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler im Vordergrund. Die *Épreuves standardisées* analysieren wichtige sprachliche und mathematische Fähigkeiten von Schülern aus unterschiedlichen Jahrgangsstufen mit Hilfe standardisierter Tests. Damit können die Ergebnisse von Schülerleistungen über einzelne Klassen oder ganze Schulen hinweg relativ leicht verglichen werden. Zudem orientieren sich die „ÉpStan-Tests“ im Gegensatz beispielsweise zu den Pisa-Untersuchungen an den luxemburgischen Bildungsstandards, sie sind also speziell auf die Luxemburger Schul- und Bildungslandschaft zugeschnitten. Vor allem die besondere Sprachensituation an den Schulen kann so besser als bei anderen, internationalen Vergleichstests berücksichtigt werden.

Die Ergebnisse der standardisierten Schulleistungstests werden in unterschiedlichen Berichten an die Schulleitungen, die Fach- und Klassenlehrer, die Erziehungsberechtigten sowie an die Schülerinnen und Schüler weitergegeben. Sie tragen damit zu einer sachgerechten und wissenschaftlich fundierten Diskussion über Schule in Luxemburg bei.

„Without data“, so der amerikanische Physiker William Edwards Deming, „you are just another person with an opinion.“ Ohne Datengrundlage bleibt die eigene Meinung also immer eine schwache und führt die öffentliche Diskussion über Schul- und Bildungsfragen häufig in die Irre. Der *Bildungsbericht* und die *Épreuves standardisées* liefern aus unterschiedlichen Perspektiven und mit unterschiedlichen Methoden die Daten, die für eine sachliche und unaufgeregte Debatte über schulische Fragen nötig sind. „Vom Wiegen“, so weiß allerdings der Volksmund, „wird die Sau nicht fett.“ Daten alleine machen also noch keine bessere Schule – da sind dann die Politik, die Lehrerschaft und das Engagement jedes Einzelnen gefragt.

Thomas Lenz, Antoine Fischbach und Sonja Ugen arbeiten als Bildungsforscher an der Universität Luxemburg.



Plus de profondeur

Découvrez le Lëtzebuerg Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1